Abend-Ausgabe

Preis 20 Pfg.

Deutsche Allgemeine Zeitung

60. Jahrg.

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal und bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage und das illustrierte Sportblatt, jeden zweiten Mittwoch eine Kunstbeilage, Donnerstags die große illustrierte Bilderchronik, außerdem täglich wechselnd die Beilagen: „Wirtschaft und Recht", „Kraft und Stoff", „Der Weltverkehr", „Frau und Welt", „Lehren und Lernen", „Reisen und Wandern". Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32. Fernsprecher: Rollendorf 4783-88.

Donnerstag, 2. Juni 1921

Bezugspreis monatlich Mk. 12,—. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, auswärts bei der Post. In Dänemark, Deutsch-Oesterreich, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn Bezug durch die Post, im übrigen Ausland nur unter Streifband vom Verlag. Preis für die 33 mm breite mm-Anzeigenzeile Mk. 1,50, für die 67 mm breite mm-Reklamezeile Mk. 4,50. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32. Fernsprecher Rollendorf 5980-88.

Nr. 253
B 52

Tages-Spiegel.

Im preußischen Landtag begann heute die Aussprache über den Staatshaushalt mit der Etatsrede des Finanzministers Saemisch.

*

Der österreichische Etat für das zweite Halbjahr 1920/21 weist einen Fehlbetrag von 25 421 Millionen Kronen auf.

*

Der amerikanische Senat bewilligte 494 Millionen Dollar für Marineausgaben.

*

Der japanische Kronprinz und Millerand betonten das enge Einvernehmen zwischen Japan und Frankreich.

*

In Wladiwostok hat sich eine republikanisch-demokratische Regierung gewaltsam gebildet, die von Japan bedingt anerkannt wird.

Das Arbeitslosenproblem im Reichstag.

Von
Dr. Hugo, M. d. R.

Der Volkswirtschaftsausschuß des Reichstags hat sich mit der Frage der Erwerbslosenfürsorge in mehreren Sitzungen beschäftigt, und zwar auf Grund von Anträgen, die dem Reichstag von seiten der sozialistischen Fraktion vorgelegt worden waren. Die Vorschläge, die vom Gewerkschaftsbund formuliert sind, zielen darauf ab, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und andererseits erhöhte Unterstützungen für verbleibende Arbeitslose zu bewilligen.

Wesentlich beeinflußt sind die Verhandlungen durch die Stellungnahme der Reichsregierung. Die Forderung der sofortigen Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten im weitesten Umfange, insonderheit hinsichtlich der Vergebung von Aufträgen der Eisenbahnbehörden, wurde von der Reichsregierung anerkannt und wird auch beschleunigt zur Durchführung gelangen. Es mag hier aber vermerkt sein, daß die Reichsregierung sich nicht auf den Standpunkt der sozialistischen Anträge stellt insofern, als diese zur Mitwirkung bei der Regelung der Auftragserteilung allein Vertreter der Gewerkschaften hinzuzuziehen verlangen, sondern daß zur Beratung des Reichsverkehrsministeriums eine paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzte Kommission eingesetzt worden ist. Tatsächlich war bereits im Reichsverkehrsministerium eine Gewerkschaftskommission zusammengetreten, die ihrerseits auf die Begebung der Aufträge Einfluß zu gewinnen suchte. Durch den Einspruch von bürgerlicher Seite ist dann aber die Parität für diese Kommission hergestellt worden. Daß bei der Begebung der Aufträge die von der Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Bezirke in erster Linie berücksichtigt werden sollen, wurde ebenfalls von der Regierung als berechtigt anerkannt.

Wesentlich war aber der Einspruch von seiten der Reichsregierung gegen diejenigen Punkte der Gewerkschaftsanträge, die verlangen, daß den Arbeitslosen durch Verkürzung der Arbeitszeit der bisher Vollbeschäftigten und die Einführung von Schichtwechsel Beschäftigung verschafft werden soll. Den Kurzarbeitern soll nach den Anträgen bei verkürzter Arbeitszeit der Lohnausfall zu ²/₃ von dem Arbeitgeber ersetzt werden und das Reich und die Länder sollen die Hälfte der sich daraus erwachsenden Kosten auf die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge übernehmen. Die Zustimmung für ein derartig weitgehendes Eingreifen mit gesetzgeberischen Mitteln in die Freiheit der Wirtschaftsführung erklärte der Reichsarbeitsminister nicht ohne Stellungnahme des Reichswirtschaftsrates, der Reichsarbeitsgemeinschaft und des Reichsrates übernehmen zu können. Dieser Punkt der Forderung wurde deshalb zurückgestellt.

Zustimmend erklärte sich die Regierung hinsichtlich derjenigen Maßnahmen, die zur Belebung des Baugewerbes gefordert werden. Zu diesem Zweck sind im Jahre 1920 4½ Millionen und im Jahre 1921 1½ Millionen zur Verfügung gestellt. 200 Millionen Mark sollen aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zum Bau von Landarbeiterwohnungen zur Verfügung gestellt werden. Es wurde aber vom Minister darauf hingewiesen, daß bereits auf dem Gebiete des Baugewerbes ein Mangel an gelernten Bauarbeitern zu verzeichnen ist. An materiellen Forderungen wurde einerseits die Weiterzahlung der Unterstützung für die Wintermonate gefordert. Die Reichsregierung erklärte sich vorläufig bis zum 1. August dazu bereit, dagegen lehnte sie es ab, sich auf die hohen Sätze der Arbeitslosenunterstützung, wie sie die sozialistischen Anträge fordern, festzulegen.

Im Einvernehmen mit der Reichsregierung hat der Ausschuß dann einen Antrag angenommen, der für die langfristigen Arbeitslosen, die mehr als 26 Wochen erwerbslos sind, eine besondere geldliche Beihilfe vorsieht, die den Erwerbslosen ermöglichen soll, die nötigen Anschaffungen an Kleidung und Schuhwerk für sich und ihre Angehörigen vorzunehmen. Diese langfristigen Erwerbslosen sollen bei der Durchführung von Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge besonders berücksichtigt werden. Eine endgültige Stellungnahme zu den materiellen Forderungen der sozialistischen Anträge wird erst in einer späteren Sitzung erfolgen. Die sozialistischen Parteien verzichteten auf eine Abstimmung im gegenwärtigen Augenblick, weil die Anträge restlos abgelehnt worden wären. Sie hoffen aber, für die Zukunft noch eine Meinungsänderung der Regierung herbeiführen zu können.

Von der Voraussetzung ausgehend, daß die Frage der Erwerbslosigkeit wesentlich mit der wirtschaftlichen Gesamtlage zusammenhängt, und von den Absatzmöglichkeiten beherrscht wird, hat dann der Ausschuß einstimmig gefordert, daß ihm über die gegenwärtige Wirtschaftslage im Kohlenbergbau, im Eisenbergbau, in der Eisenindustrie, im Kalibergbau, in der verarbeitenden und Exportindustrie, im Baugewerbe über die Rohstoffversorgung und Absatzmöglichkeiten, über die Wiederaufbaulieferungen nach Frankreich und über die Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln von den zuständigen Ministerien Bericht erstattet wird. Bei der Lage der verarbeitenden Industrie soll — bezeichnenderweise gegen die Stimmen der Mehrheitssozialisten — insonderheit die Wirkung der Luxussteuer hinsichtlich der Behinderung der Produktion einer Erörterung unterzogen werden. Es ist vorgesehen, daß über alle diese Fragen in kürzester Frist im Volkswirtschaftsausschuß von seiten der Regierung berichtet und von seiten der Parteien Stellung genommen werden soll.

Die deutschen Zahlungen.

Drahtmeldung.

London, 1. Juni. (W. T. B.) Reuter meldet aus New York:

Die erste Rate der durch Vermittlung der Vereinigten Staaten an die Alliierten zu leistenden deutschen Reparationszahlung in Höhe von 45 733 000 Dollar gelangte heute in den Besitz der Federal Reserve Bank. Die deutsche Regierung ergänzte gestern durch Vermittlung von vier New Yorker Bankinstituten die Einzahlung. Die Banken, die Deutschland vertraten, sind Hallgarten & Co., Speyer & Co. sowie die Equitable Trust Co. und die Guaranty Trust Co. Die Zahlungen erfolgten nicht in bar oder Gold, sondern durch Banküberweisungen.

Paris, 2. Juni. (W. T. B.) Wie die „Chicago Tribune" mitteilt, ist die Reparationskommission seit der Zahlung der ersten deutschen Milliarde in Gold eifrig beschäftigt, ein Mittel gegen entstehende Kursverluste zu suchen. Die deutschen Darlehen seien nach den Durchschnittskurssätzen vom 23. berechnet. Seitdem hätten sowohl das englische Pfund, wie der amerikanische Dollar angezogen und auch die skandinavischen Währungen seien bedeutend gestiegen. Der holländische Kurs sei leicht gefallen, ebenso die italienische Lira, während die Pesete ein wenig im Kurse gewonnen habe. Die Reparationskommission habe gestern in der Angelegenheit beraten, man nehme an, daß der Verlust von den Alliierten getragen werden müsse.

Paris, 1. Juni. (W. T. B.) Senator Dausset hat im Senat eine Interpellation eingebracht über die Nutzbarmachung der deutschen Jahreszahlungen aus dem Londoner Abkommen. Die Interpellation soll in einer Woche zur Beratung gelangen.

Deutsche Kohle in England.

London, 1. Juni. (W. T. B.) Im englischen Unterhause wurde von Regierungsseite mitgeteilt, daß seit dem Ausbruch des Bergarbeiterstreiks 94 000 Tonnen deutscher Kohlen, die auf Grund der Reparationsbestimmungen an Frankreich und Belgien geliefert wurden, in England eingeführt worden seien. Die englische Regierung habe keine Kenntnis von irgend einem Protest Deutschlands. Uebrigens sei auch im Friedensvertrag keine Bestimmung enthalten, die eine Wiederausfuhr der fraglichen Kohle aus Frankreich und Belgien verbiete.

*

Der Sinn der deutschen Kohlenlieferungen war der, Frankreich und Belgien Ersatz für erlittene Kriegsschäden zu geben, nicht aber damit Geschäfte zu machen. Selbstverständlich widerspricht dies durchaus dem Geist des Friedensvertrages.

Barthou an die Jahresklasse 1919.

Paris, 2. Juni. (E. E.) Auf seiner Inspektionsreise ins Rheinland hielt Barthou vor den französischen Soldaten in Worms eine Ansprache, in der er ausführte, er habe sich allenthalben davon überzeugt, daß die Leute gut gekleidet, gut ernährt seien und gute Wohnungen hätten. Er beglückwünsche die Offiziere zu ihrer Wachsamkeit und Aufmerksamkeit und stelle fest, daß der Jahrgang 1919 allen Drohungen und Versuchungen Widerstand geleistet habe. Seine Einberufung sei nicht zwecklos gewesen. Der Anwesenheit dieser Soldaten sei es zu verdanken, daß Deutschland sich unterworfen habe. Die Soldaten wären es, die Deutschland zum Zahlen zwangen. Und darauf könnten sie stolz sein.

Der französische Gesandte in China.

Paris, 1. Juni. (W. T. B.) Der bisherige französische Botschaftsrat in London und langjährige Mitarbeiter Paul Cambons, de Fleuriau, wird, wie „Temps" mitteilt, zum Nachfolger des verstorbenen französischen Gesandten in China Boppe ernannt werden.

Fleuriau war wiederholt als Geschäftsträger in London tätig.

Dr. Wirth und die Anschlußfrage.

Zu der Wiener Meldung eines hiesigen Morgenblattes, wonach ein Telegramm des Reichskanzlers die deutsch-österreichische Regierung ersucht hätte, auf ein Unterbleiben weiterer Ausschußabstimmungen hinzuwirken, erfahren wir von zuständiger Stelle, daß ein solches Telegramm nicht ergangen ist.

Vor dem englischen Vormarsch.

Londons Entrüstung über Korfanty.

Eigene Drahtmeldung.

P. **London**, 2. Juni.

Londoner Blätter äußern große Entrüstung über das wüste Auftreten der polnischen Aufständischen und die Wiederholungen ihrer Angriffe auf die alliierten Truppen. Wie die Blätter feststellen, erhielten die Polen den Befehl zum Vorgehen vom Grafen Mielczinski, der neben Korfanty Leiter der ganzen Bewegung ist und direkt mit den politischen Führern in Warschau in Verbindung steht.

Oppeln, 1. Juni. (W. T. B.) Ein englisches Bataillon ist heute in die Stadt Groß Strehlitz eingerückt, ohne auf Widerstand zu stoßen.

In den Kreisen Kreuzburg und Rosenberg hat sich die Erregung der dortigen Bevölkerung außerordentlich gesteigert, da die polnischen Aufrührer, obgleich sie Verstärkungen an Menschen und Material erhalten haben, sich in diesem Gebiet nicht sicher fühlen und nunmehr die deutschgesinnte Bevölkerung aufs schlimmste brandschatzen und mißhandeln. In den übrigen Kreisen ist die Lage im wesentlichen unverändert. Der Ort Fischerei, nördlich von Cosel, mußte unter dem Drucke der polnischen Aufrührer von den deutschen Verteidigern geräumt werden.

Die „Times" an Frankreich.

Drahtmeldung.

London, 2. Juni. (W. T. B.) Die „Times" weist darauf hin, daß sich Polen in politischen Schwierigkeiten befinde und den Aufstand in Oberschlesien jetzt bedauere. Sie fordert, daß Franzosen und Engländer gemeinsam handeln sollen. Durch einen Zwischenfall in Oberschlesien würde die Haltung der englischen Besatzungstruppen in schwersten Gegensatz zu der der französischen kommen. In solch einem Falle würden die Helden der Orgesch und des Baltikums den Engländern eine baldige und unerwünschte Unterstützung zu teil werden lassen wollen.

Der Gedanke, daß diese Truppen den Engländern helfen, und daß britische Truppen, wenn auch mittelbar, deren Operationen gegen die Polen erleichtern sollten, sei für alle Engländer unerträglich. Trotzdem könnte nichts diese Schmach abwenden, wenn die englischen Truppen gezwungen werden sollten, ohne die gründliche Unterstützung der andern Mächte die Ordnung gegen Polen zu erzwingen. Die Wirkung einer abgesonderten britischen Aktion zu diesem Zwecke auf die Entente und auf das Gesamtfeld der Weltpolitik brauche nicht erst hervorgehoben zu werden.

*

Gerade diese Ausführungen der Northcliffe-„Times" mit den üblichen scharfen Ausfällen gegen Deutschland wirft ein klares Licht auf die Gegensätze zwischen London und Paris. Sie sind außerdem geeignet, deutsche Hoffnungsseligkeit auf ein vernünftiges Maß zurückzudämmen.

Percival und Lord d'Abernon.

I. N. S. **London**, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Es verlautet von maßgebender Seite, das Auswärtige Amt sei außerordentlich erbittert wegen der Angriffe französischer Zeitungen auf Oberst Percival. Das Ministerium stellt noch einmal fest, der Oberst habe schon vor einigen Wochen aus gesundheitlichen Gründen seine Entlassung verlangt, er sei nur auf das dringende Ersuchen der englischen Regierung im Amte geblieben. Der einzige Grund für seinen Rücktritt sei eine ernste Krankheit, die ihn zwinge, das Bett zu hüten. Hohe Beamte des Auswärtigen Ressorts erklären unverhohlen, daß die Beziehungen zwischen London und Paris durch die unverantwortliche Haltung der französischen Presse gefährdet werden.

London, 2. Juni. (E. E.) Gestern fand ein Kabinettsrat statt, der sich mit der Frage von Oberschlesien und von Angora beschäftigte. In Ergänzung der vor zehn Tagen abgesandten englischen Note ist gestern neuerlich eine Note an die französische Regierung gesandt worden, in der gesagt wird, daß Lord d'Abernon bisher in der oberschlesischen Frage wertvolle Dienste geleistet habe.

General Höfer über den Selbstschutz.

Paris, 2. Juni. (E. E.) General Höfer empfing in Kosel den Vertreter des „Newyork Herald" und erklärte ihm etwa folgendes:

Wir Oberschlesier verteidigen unser Leben und Recht. Wir sind keine Rebellen. Wir üben nur Selbstverteidigung und handeln im Einvernehmen mit den Alliierten. Wir erfüllen alle ihre Forderungen und legen unsere Karten offen auf den Tisch.

Auf den Einwand des Korrespondenten, daß General Le Rond erklärt habe, die Organisation des General Höfer sei das stärkste Hindernis gegen die Wiederherstellung der Ruhe, erwiderte der General:

Die Franzosen kennen unseren Wunsch, mit ihnen zusammenzuarbeiten, aber sie ignorieren ihn. Dagegen arbeiten die Engländer mit uns zusammen. Höfer erklärte weiter, die meisten seiner Freiwilligen seien Oberschlesier, doch es wäre unmenschlich, andere deutsche Kameraden, die sich seinen Kräften anschließen wollten, daran zu hindern. Die Polen hätten manchen tüchtigen Offizier, jedoch keine Disziplin. Dadurch bestehe mehr Gefahr, als die Alliierten übersehen könnten.

Der General hält es für das beste Mittel, das ganze Gebiet hermetisch abzuschließen und starke militärische Aktionen einzuleiten. Die Alliierten dürften mit Korfanty nichts gemein haben.

Oppeln, 1. Juni. (W. T. B.) **Dem Zwölferausschuß der deutschen Parteien gab General Le Rond die Erklärung ab, die Interalliierte Kommission betrachte den deutschen Selbstschutz nicht als eine Insurgententruppe.**

Lügengerüchte.

Breslau, 2. Juni. (W. T. B.) Die umlaufenden Gerüchte, daß Oberpräsident Bitta Auftrag gegeben habe, Geistliche, welche sich polenfreundlich zeigten, in Schutzhaft zu nehmen, sind völlig aus der Luft gegriffen. Weder vom Oberpräsidenten Bitta, noch sonst von einer Verwaltungsstelle ist ein solcher Auftrag erteilt worden.

Deutsch-schweizerische Tarifabreden

Bei den zwischen der Deutschen und Schweizer Regierung über die gegenseitigen Handelsbeziehungen geführten Verhandlungen ist eine Einigung dahin getroffen worden, daß die Tarifabreden erst mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab in Wegfall kommen. Die durch die Bekanntmachung des Reichsministers der Finanzen vom 19. Mai d. J. — Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 436 fg. — veröffentlichten Aenderungen des Warenverzeichnisses zum Zolltarif und der Anleitung für die Zollabfertigung treten daher erst von diesem Tage, nicht schon vom 6. Juni d. J. ab, in Kraft. Nähere Auskunft erteilen die Zollstellen.

Die Unruhen in Alexandrien.

P. **London**, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Wie aus Alexandrien gemeldet wird, sind durch den Brand in den Baumwollagerhäusern 5600 Ballen Baumwolle vernichtet, die für 250 000 Pfund Sterling versichert war. Aus Chatham sind Marinesoldaten zur Verstärkung der englischen Garnison in Alexandrien abgesandt worden.

Die Stellungnahme der Parteien.

Die Fraktionen des Reichstages haben sich nunmehr in Fraktionssitzungen mit den Erklärungen des Reichskanzlers beschäftigt.

Die erste Fraktionssitzung war die des Zentrums, die schon gestern abend stattfand. Diese Sitzung hat sich hauptsächlich mit den Steuerfragen befaßt, während die Frage einer Zustimmungserklärung zu dem Programm der Reichsregierung noch nicht erörtert worden ist. Eine Stellungnahme zu den neuen Steuern behält sich das Zentrum vor, bis die Einzelentwürfe der vorläufig nur in großen Umrissen bekannten Steuerprojekte vorliegen. Als erster Fraktionsredner des Zentrums für die heute beginnende Debatte ist der Abgeordnete Becker-Arnsberg bestimmt worden. Als zweiter Redner ist eventuell Abgeordneter Burlage in Aussicht genommen.

Die anderen Fraktionen haben im Laufe des heutigen Vormittags getagt. Es ist selbstverständlich, daß die Regierungsparteien eine Zustimmungserklärung zum Regierungsprogramm einbringen und natürlich auch annehmen werden. Was die Stellungnahme der Unabhängigen betrifft, so rechnet man in parlamentarischen Kreisen damit, daß sie diesem Vertrauensvotum zum mindesten keine Schwierigkeiten bereiten werden. Beachtenswert ist auch ein Artikel des „Vorwärts", der den Unabhängigen in diesem Sinne ins Gewissen redet. Wie sich die Deutsche Volkspartei zu der Vertrauenserklärung stellen wird, ist noch nicht völlig geklärt. Jedoch scheint in der Fraktion Stimmung dafür vorhanden zu sein, sich an dem Vertrauensvotum nicht zu beteiligen. Die Deutsche Volkspartei will jedoch, wie verlautet, keine grundsätzliche Opposition treiben, nachdem das Ultimatum nun doch einmal unterschrieben ist. Die sachliche Stellungnahme zu den Steuerprojekten wird sich die Partei vorbehalten. In der demokratischen Fraktion ist auch heute noch keine einheitliche Stimmung vorhanden. Das wird aber auf die Annahme der Vertrauenskundgebung durch die Demokraten keinen Einfluß ausüben.

In den Verhandlungen über die Steuerfragen, die gestern und heute stattfanden, wurde allgemein betont, daß man diese wichtigen Vorlagen nicht übers Knie brechen könnte. Einzelne Steuern, wie die Körperschaftssteuer, deren Ausgestaltung relativ einfach ist, sollen allerdings, wenn irgend möglich, noch in dieser Session verabschiedet werden. Im allgemeinen rechnet man damit, daß der Reichstag nur drei bis vier Wochen zusammenbleibt. Namentlich sind die Rechtsparteien dafür, daß der Reichstag sehr bald in die Ferien geht, um der Regierung Gelegenheit zu geben, die riesigen Steuerprojekte während der Parlamentsferien sorgfältig auszuarbeiten.

Der Reichstag dürfte dann erst wieder im September zusammentreten.

Die deutsche Valuta
unter dem Einfluß der Reparationszahlungen.

Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wurde, sind die Schatzwechsel, die für die an der festgesetzten 1 Milliarde Goldmark noch fehlende Summe bis zum 31. Mai geliefert werden mußten und einen Betrag von etwa 840 Millionen Goldmark darstellen, bereits am 28. Mai an die Reparationskommission abgesandt worden. Die Schatzwechsel sind mit dem Indossament der sogenannten D-Banken versehen worden. Man wird nun bestrebt sein müssen, innerhalb von drei Monaten — der Laufzeit der Schatzwechsel — zu deren Einlösung einen entsprechenden Betrag in Gold und Golddevisen zu beschaffen. Letztere sind sicherlich in größerem Ausmaß vorhanden, kommen aber vorerst nur in geringen Mengen an den Markt, weil man wohl glaubt, daß der Markkurs infolge der allgemeinen Verhältnisse doch wieder herabgehen könnte. Es ist schwer, heute schon etwas Bestimmtes hierüber zu sagen, aber es ist immerhin anzunehmen, daß die pünktliche Zahlung der bisherigen Forderungen einen günstigen Eindruck im Auslande machen und befestigend auf unsere Valuta einwirken wird.

Inwieweit die oberschlesische Frage in einer für Deutschland vorteilhaften Weise geregelt werden wird, ist ebenfalls noch recht ungewiß; aber nach den neuesten Nachrichten gibt man sich doch der Hoffnung hin, daß wenigstens ein Teil der Entente zur Besinnung kommt und den furchtbaren Terror sowie die Machinationen eines Korfanty als das bewertet, was sie sind. Dazu kommt, daß wegen der deutschen Konkurrenzfrage das Ausland ein Interesse daran hat, den Kurs der Reichsmark nicht weiter sinken zu sehen; ist es doch eine hinreichend bekannte Tatsache, daß die deutsche Konkurrenz in vielen Ländern bereits jetzt als bedenklich angesehen wird. Bei einem weiteren Rückgang der deutschen Valuta würde sie immer noch stärker werden, und hiergegen wird und muß sich das Ausland wehren. Alle diese Momente sollten eigentlich dafür sprechen, daß in der nächsten Zeit größere Beträge fremder Golddevisen an den Markt kommen. Jedenfalls werden die deutschen Devisenbesitzer gut daran tun, sich die dargelegten Umstände vor Augen zu halten.

Streiks in Indien.

X. **Rotterdam**, 2. Juni. In den Teeplantagen von Assam in Indien ist ein Streik von etwa 15 000 Arbeitern ausgebrochen, die sich der ihnen zuteil werdenden unwürdigen Behandlung nicht mehr unterwerfen wollen. Gegen die Ausständigen sind Gurkhatruppen verwandt worden, die sich schwere Ausschreitungen zuschulden haben kommen lassen. Im Zusammenhang mit dem Ausstand der Arbeiter ist auch auf der Eisenbahn von Assam nach Bengalen ein Streik ausgebrochen, dem sich die Mannschaften der Dampfschiffe vermutlich anschließen werden.

Der österreichische Etat.

Drahtmeldung.

Wien, 2. Juni. (W. T. B.)

Der dem Nationalrat vorgelegte Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das zweite Halbjahr 1920/21 weist Gesamtausgaben in Höhe von 49 495 Millionen Kronen und Gesamteinnahmen von 24 075 Millionen Kronen auf. Somit besteht ein Fehlbetrag von 25 421 Millionen Kronen, der durch Kreditoperationen gedeckt werden soll.

19 Milliarden Ausgaben sind durch Kursverluste infolge des niedrigen Standes der Krone verursacht worden. Personal- und Pensionsaufwand erfordern 14 Milliarden, die staatlichen Zuschüsse zur Verbilligung von Mehl, Fleisch, Fett und Kondensmilch über 10 Milliarden. Im Vergleiche zu 1920/21 weisen die Gesamtausgaben eine 40prozentige Steigerung auf, während die Bundeseinnahmen, insbesondere die öffentlichen Abgaben, dann die Einnahmen aus den Monopolen und Betrieben sich um 63 Prozent erhöhten. Der Gesamtschuldenstand der Republik Oesterreich beträgt einschließlich der Auslandskredite für Lebensmittel und Rohstoffe und der bei diesen Schulden berechneten Kursverluste rund 170 Milliarden. Nach dem dem Entwurfe beigegebenen wirtschaftlichen Ertragsvoranschlag beträgt der Verlust beim Bundesbahnbetrieb 4600 Millionen, bei der Post 354 Millionen und beim Telegraphen 144 Millionen.

Steuerkrawalle in Oesterreich.

Freiwaldau, 2. Juni. (T. U.) Die hiesige Bevölkerung veranstaltete große Straßenkundgebungen gegen die unerträgliche Besteuerung. Es kam zu Zusammenstößen mit der Gendarmerie, welche mit gefälltem Bajonett gegen die Demonstranten vorging. Mehrere Personen wurden schwer verletzt. Schließlich wurde Militär aufgeboten. Drei Bürger von Freiwaldau wurden verhaftet und nach Troppau gebracht.

Der Umsturz in Wladiwostok.

(Drahtmeldung.)

Paris, 2. Juni. (W. T. B.)

Nach einer Kabelmeldung der „Chicago Tribune" aus Tokio ist die teilweise bolschewistische Regierung von Wladiwostok durch einen Aufstand am 26. Mai gestürzt worden. **Die Aufständischen geben die von ihnen eingesetzte Regierung als republikanisch-demokratisch aus. Die japanische Regierung** hat die Anerkennung der durch die neue Regierung gebildeten Miliz unter der Bedingung zugesagt, daß sie sich dem Präsidenten der Regierung unterordne.

*

Vorstehende Meldung bildet offenbar die Ergänzung zu der von uns in Nr. 250 vom 1. Juni gebrachten Nachricht über die Besetzung Wladiwostoks durch den bolschewistenfeindlichen General Kappel. Wie wir von russischer Seite erfahren, kann es sich nur um die Truppen des Generals Kappel handeln, da dieser selbst im vorigen Jahr beim Rückgang der Koltschakarmee verstorben ist.

Eine Richtigstellung.

W. T. B. meldet: Laut einer in der „B. Z. am Mittag" heute verbreiteten Meldung aus Washington behauptet die „Chicago Tribune", daß die am 31. Mai erfolgte erste Zahlung Deutschlands an die Entente in Höhe von 35 733 000 Dollar infolge von Kursschwankungen statt 150 nur 140 Millionen Goldmark betrage. Diese Auffassung ist unrichtig, da der Dollar auf Grund der Goldparität von ca. 420 gutgeschrieben wird.

Zu der weiteren Meldung, daß Deutschland bereit sei, einen der Wechsel über zehn Millionen Dollar einzulösen, und daß die Berliner Banken an der Arbeit seien, die Summe aufzubringen, hören wir, daß die zehn Millionen Dollar bereits vorhanden sind.

Echo der Presse.

Die Programmrede des Reichskanzlers.

Die gestrige Programmrede des Reichskanzlers Dr. Wirth wird von der Berliner Presse eingehend besprochen und von den einzelnen Blättern, je nach ihrer Parteistellung, mehr oder weniger kritisiert. Uebereinstimmung herrscht darüber, daß Dr. Wirth bezüglich Oberschlesiens die trefflichsten Worte gefunden hat.

Die „Deutsche Zeitung" spricht von einem „Programm der Phrase". Wirth habe so wenig gegeben, wie ein Reichskanzler nur hätte geben können: eine Fülle von Worten und Redensarten.

Die „Kreuzzeitung" meint, wer von der Aufnahme der Herren Rosen und Rathenau eine Einwirkung auf die Rede erhofft habe, habe sich enttäuscht gesehen. Was Dr. Wirth vortrug, sei das gewesen, was man von ihm erwartet habe. Als bemerkenswert bezeichnet es das Blatt, daß selbst dieser deutsche Kanzler nach dem Herzen der Alliierten es nicht gewagt habe, von der gänzlichen Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen zu sprechen. Er wolle mit einemmale nicht mehr über die Erfüllbarkeit streiten, sondern den Versuch wagen. Ein schlimmeres va banque-Spiel als von Dr. Wirth sei niemals von einem Staatsleiter unternommen worden.

Die „Deutsche Tageszeitung", die ihren Artikel überschreibt: „Wir unterschreiben — Ihr dürft zahlen!" sagt, der Kanzler habe gelegentlich, bei den Ausführungen über Oberschlesien, wie bei dem Eingehen auf die französische Kammer- und Senatsdebatte Töne gefunden, wie man sie leider von Herrn Dr. Simons niemals zu hören bekommen habe, Wendungen, die wenigstens den Willen zu einer diplomatischen Abwehr aufleuchten ließen. Es seien freilich nur kleine Inseln in dem Meer der Trostlosigkeit gewesen, das die sonstigen außenpolitischen Darlegungen des Kanzlers dargestellt hätten. Die Formulierungen, die der Kanzler für das Reparationsprogramm seines Kabinetts gab, hätten vor allen Dingen unter einer Undeutlichkeit und Verschwommenheit gelitten, von der man den Eindruck gehabt habe, daß sie nicht ungewollt seien. Wenn das Reichskabinett mit einem Reparationsprogramm komme, das in seiner Grundtendenz auf die sozialdemokratisch-unabhängige Zumutung: „Ihr dürft zahlen, was wir unterschreiben", abgestellt sei, so sei es allerdings schwer, zu sehen, welche praktische Bedeutung unter solchen Umständen ein Sammlungsruf gewinnen solle.

Die „Germania" betont, daß man durch die Aufzählung aller jener Verpflichtungen, die nach des Kanzlers Feststellungen bereits erfüllt sind oder deren Erfüllung eingeleitet wurde, einen tiefen und, wie man hoffen dürfe, nach innen und außen überzeugenden Eindruck von der ehrlichen Energie erhalten habe, mit der die Regierung des 10. Mai an die Einlösung ihres Wortes herangehe, und das nennt das Blatt im Augenblick das Entscheidende für das Schicksal und die Zukunft unseres Vaterlandes. Nur zu bald aber werde sich das Schwergewicht verschieben, wenn es gälte, die namens der Gesamtheit übernommenen Lasten auf die einzelnen Schultern zu verteilen. In „militärischer" Hinsicht werde das noch verhältnismäßig leicht gehen. Die eigentlichen inneren Schwierigkeiten würden wohl erst beginnen, wenn die finanziellen Grundlagen unserer Leistungen an die Entente gelegt werden sollen. Bei der Durchführung des finanziellen Programms, das naturgemäß unter den gegebenen Umständen außerordentlich weitschweifend und vielseitig, ja selbst hart sein müsse, würden sich für die neue Regierung immer wieder Klippen einstellen, zu deren glücklichen Ueberwindung nicht nur weiseste Staatskunst, sondern auch fester Wille einer entschlossenen und zielbewußten Parlamentsmehrheit unerläßliche Notwendigkeit sein dürfen. Ob sie überhaupt im Bereich der Möglichkeit läge, das sei die große Frage, die die Parlamentsdebatte der nächsten Tage klären müsse. Wie von der äußersten Rechten, so werde auch auf der äußersten Linken dafür kein überparteiliches Verständnis zu erwarten sein. Das habe gestern die Aufnahme des Steuerprogramms seitens der Deutschnationalen, der stereotype Ruf nach Amnestie seitens der Herrschaften ganz links bewiesen.

Die „Vossische Zeitung" meint, die Rede habe zersplittert, weil sie mit allzu vielen Einzelheiten, namentlich in ihrem Anfang, belastet gewesen wäre. Die Stärke des Beifalles am Schlusse der Rede habe bis zu einem gewissen Grade überrascht. Zuzustimmen sei dem, was der Reichskanzler gestern als Grundgesetz seines Wirtschaftsprogramms deklariert habe. Aeußerste Sparsamkeit im Lande, Vermeidung der überflüssigen Einfuhren, Steigerung der inländischen Produktion für nützliche Verbrauchsgüter, Steigerung des Exports, Vermehrung der Produktenmengen, Verfeinerung und Verbesserung der Produktivität. Was er als sein außenpolitisches Programm verkündet: „Verständigung, Wiederaufbau, Versöhnung", das sollte im Augenblick auch leitender Wahlspruch für alle Deutschen in innerpolitischer Beziehung sein.

Das „Berliner Tageblatt" nennt die Rede des Kanzlers, als Ganzes genommen, ein Bekenntnis zur Tat, zur Bereitwilligkeit, in systematisch aufbauender Arbeit Deutschland stark zu machen, um Generationen hindurch die Wiedergutmachungsschuld abtragen zu können. Der äußere Beifall, den die Rede fand, dürfe aber nicht über die inneren Schwierigkeiten hinwegtäuschen, die sich einer gradlinigen, sachlichen Politik des Kanzlers, wie er sie im Auge habe, entgegenstellten. Es gäbe Leute, die dem Kabinett Wirth keine lange Lebensdauer voraussagen. Nun, man werde ja sehen. Das Debut sei nicht schlecht gewesen, aber die eigentlich entscheidenden Schritte stünden uns noch bevor.

Der „Vorwärts" vergleicht die Rede mit einem weitläufigen Gebäude, an dem verschiedene Baumeister mitgearbeitet hätten. Aber es fehle ihr doch nicht die Verbindung durch einen einheitlichen Gedanken, nämlich den, daß die Annahme des Ultimatums viel mehr sein müsse, als eine bloße Geste, daß Leistungen vollbracht werden müßten, die jeden Zweifel an Deutschlands gutem Willen, seinen Verpflichtungen nachzukommen, in der Welt ausrotteten. Diesem Grundgedanken sei zuzustimmen. Seine energische Ausführung, sei die Voraussetzung aller weiteren Politik. Die heute beginnende Debatte werde vielleicht noch deutlicher als die Kanzlerrede zeigen, wie groß oder wie gering die Aussichten der Regierung seien, dauernde Erfolge zu erzielen.

Nach der „Freiheit" hat die Rede keine Ueberraschung gebracht. Das Programm sei zwar recht umfangreich, aber nicht bestimmt und so klar, daß die Absichten der Regierung daraus zweifelsfrei hervorgingen. Es sei der deutliche Versuch einer schwachen Regierung, die aus Bürgerlichen und Sozialisten bestehe, die Unterstützung mehrerer Seiten zu gewinnen; die Rede habe deshalb die im Kabinett herrschenden widerstrebenden Ansichten und Interessen deutlich wiedergespiegelt. Durchaus unzulänglich seien die Erklärungen des Reichskanzlers über die politischen Absichten des Kabinetts (Amnestie, Aufhebung der Sondergerichte, Entwaffnung) gewesen. Im wirtschaftlichen Teile seiner Rede habe der Kanzler manches treffende Wort, daß die besitzenden Klassen endlich auch ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend, zu den schweren Lasten Deutschlands beitragen müßten, gesprochen.

Der preußische Staatshaushalt.

Etatsrede des Finanzministers Saemisch.

Preußischer Landtag.

24. Sitzung.

Donnerstag, den 2. Juni 1921.

Präsident **Leinert** eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten.

Ein Antrag des Zentrums, wonach den durch den polnischen Aufstand in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedrohten Einwohnern des oberschlesischen Abstimmungsgebietes zur Fortführung ihres Haushalts, Betriebes oder Gewerbes in gleicher Weise vom Staate zu Hilfe gekommen werden soll, wie dies 1914 usw. in Ostpreußen geschehen ist, wird nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt und ohne Erörterung einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) beantragt heute vor Eintritt in die Tagesordnung wiederum auch den Bericht des Rechtsausschusses über die Sondergerichte auf die Tagesordnung zu setzen. Wenn die Rechte auch heute widerspreche, so tue sie es aus Sadismus. (Gelächter rechts.) — Auf der Rechten säßen Mitglieder, die der Mörderzentrale angehören. (Entrüstungssturm rechts.) Der Abg. Engberding habe im Eisenbahnwagen davon gesprochen, daß Mittel und Wege gefunden werden müßten, um den kommunistischen Abg. Eberlein ermorden zu lassen. (Große Erregung.)

Abg. **Siering** (Soz.) unterstützt den Antrag Meyer und bittet die Rechte dringend, keinen Widerspruch zu erheben. Man werde ohnehin bei der Beratung des Antrages auf Verfolgung des Abg. Scholem wegen Hochverrats eine eingehende Debatte haben, so daß sich die Mitverhandlung eines Berichts nur empfehle.

Präsident **Leinert** stellt fest, daß gegen den Antrag Widerspruch nicht laut wird. Unmittelbar nach dieser Feststellung erhebt Abg. Graef-Anklam (D. Nat.) Widerspruch, und erklärt Abg. Dr. v. Campe (D. Vp.), sich rechtzeitig zum Wort gemeldet zu haben, um Widerspruch zu erheben.

Der Widerspruch wird als zu spät erhoben zurückgewiesen, der Ausschußbericht wird heute zur Beratung kommen.

Hierauf nimmt zur Einbringung des Etats für 1921 das Wort

Finanzminister Saemisch:

Wenn ich es im Folgenden unternehme, dem Ihnen zur Beratung vorgelegten Entwurf eines Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1921 einige begleitende Worte mit auf den Weg zu geben, so möchte ich dabei in meinen Betrachtungen etwas weiter ausholen.

Es wird so viel von der trüben und trostlosen Finanzlage Preußens gesprochen. Wer den neuen Haushaltsplan zur Hand nimmt und darin bereits auf der ersten Seite des Vorberichts liest, daß der Haushaltsvorschlag auch in diesem Jahre wiederum mit einem

sehr erheblichen Fehlbetrage

— über 2,3 Milliarden Mark — abschließt, wird bestätigt finden, daß das, was von den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen Preußens gesagt wird, nicht übertrieben ist. Und doch darf dieser preußische Haushaltsplan nicht für sich allein betrachtet werden. Er muß vielmehr, will man ihn in seinen Einzelheiten und Auswirkungen richtig beurteilen, im Rahmen der finanziellen Lage Gesamt-Deutschlands bewertet werden. Diese steht im Zeichen des Vertrages von Versailles. Nach der Unterzeichnung des Londoner Abkommens vom 5. Mai 1921 ist jedem von uns die fürchterliche Last der dem deutschen Volke von unseren Gegnern auferlegten Verpflichtungen mit greifbarer Deutlichkeit nahe gerückt. Ihre letzten Auswirkungen werden sich nicht nur im Haushalt des Reichs, sondern auch in dem Haushalt der einzelnen Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände, ja schließlich im Haushalt jedes einzelnen Bürgers bemerkbar machen. Bei der Frage, wie wir uns künftig finanziell einrichten, müssen wir uns daran gewöhnen, alles unter dem Gesichtswinkel der Verpflichtungen gegen unsere Kriegsgegner zu betrachten. Ich bitte, sich zu vergegenwärtigen, daß diese Verpflichtungen in Verbindung mit den ungedeckten Fehlbeträgen des Reichshaushalts zahlenmäßig ein Vielfaches der sämtlichen Einnahmen des Reichs aus Steuern betragen, in denen zugleich der größte Teil der Einnahmen der Länder und Gemeinden aus Steuern enthalten ist. Die Verpflichtungen gegenüber den verbündeten Mächten kommen in ihrer Größenordnung etwa derjenigen der bisherigen Reichseinnahmen aus Steuern gleich. Außerdem muß zur Deckung der an den verschiedensten Stellen des Reichshaushalts befindlichen Fehlbeträge ein annähernd ebenso hoher Betrag aufgebracht werden, so daß also allein im Reich mit etwa einer Verdreifachung der Einnahmen gerechnet werden muß. Letzten Endes kann auch das Reich seine Verpflichtungen nur dann erfüllen, wenn die Länder finanziell gesund sind. Andererseits müssen die Länder angesichts der schweren Notlage des Reichs sich zweifellos starke Beschränkungen auferlegen und dürfen fortan keine nur auf eigene Interessen gerichtete Politik treiben. Dies gilt auch von den Gemeinden und Gemeindeverbänden höherer Ordnung, die sich ebenfalls mehr und mehr in finanzieller Not befinden. Diese Nöte sind mir wohl bekannt. Ich bin gewillt, an meinem Teile alles zu tun, um diese Elemente des staatlichen Organismus lebensfähig zu erhalten.

Das Problem der Deckung des preußischen Fehlbetrages für 1921 kann nicht für sich allein betrachtet und gelöst werden. Es bildet nur einen Teil des allgemeinen deutschen Finanzproblems, wie es sich gegenwärtig unter den Einwirkungen des Versailler Vertrages und der sich anschließenden späteren Verhandlungen darstellt. Es muß also für die künftige Gestaltung der deutschen Finanzwirtschaft

ein einheitliches Finanzprogramm

aufgestellt werden, das in weitgehendem Maße auch auf die finanziellen Verhältnisse der Länder und der Kommunalverbände Rücksicht nimmt, die in unlösbarer Schicksalsgemeinschaft auf Gedeih und Verderb mit dem Reich verbunden sind. Deshalb wird es auch notwendig sein, daß bei den kommenden Beratungen im Reich über das zur Durchführung der übernommenen Leistungen notwendige Finanzprogramm auch die Länder und die Gemeinden in einem Stadium beteiligt werden, wo sie noch ein entscheidendes Wort mitzureden imstande sind.

Um Ihnen den ganzen Ernst der Lage noch einmal vor Augen zu führen, möchte ich, ehe ich auf meine eigentliche Aufgabe komme, noch auf folgendes hinweisen:

Das verarmte und leistungsunfähiger gewordene Deutschland soll an die Verbündeten eine Jahresleistung abführen, die letzten Endes nur aus dem Ueberschuß unserer Ausfuhr über unsere Einfuhr genommen werden kann, wenn sie nicht im Laufe der Zeit zur völligen Auszehrung des deutschen Wirtschaftskörpers führen soll. Aber es ist klar, daß es der größten Anstrengung bedarf, um überhaupt erst einmal den Einfuhrüberschuß der Gegenwart in einen Ausfuhrüberschuß der Zukunft verwandeln zu können. Noch deutlicher erhellt die Größe der Aufgabe, wenn ich Ihnen sage, daß nach meiner Auffassung die Einfuhr wesentlich unter den gegenwärtigen Stand gesenkt, und die Ausfuhr auf einen den Höchststand der Friedenszeit erheblich übersteigenden Betrag gebracht werden müßte, um den zur dauernden Gewinnung der erforderlichen Zahlungsmittel erforderlichen Ausfuhrüberschuß zu erzielen, wobei es fraglich bleibt, ob überhaupt für eine solche gesteigerte Ausfuhr bei eingeschränkter Einfuhr die Absatzmöglichkeit vorhanden ist. Hiernach kann nur die

Steigerung der Produktion

und Einschränkung unserer Ausgaben uns helfen. An der Produktionssteigerung ist die Finanzverwaltung nur mittelbar interessiert und beteiligt insofern, als sie sich bei allen finanziellen und steuerlichen Maßnahmen fragen muß, wie weit diese produktionsfördernd und nicht hemmend wirken. Viel größer ist die unmittelbare Möglichkeit, mit Zoll- und Steuermaßnahmen auf eine Einschränkung des vermeidbaren Verbrauchs hinzuwirken. Freilich darf dieses Ziel niemals Hauptziel einer finanziellen Maßnahme sein, da sie sich dann selbst tötet. Endlich kann die Finanzverwaltung unmittelbar auf die Ausgabenseite der öffentlichen Körperschaften einwirken. Hierbei werden sich gewiß sehr erhebliche Widerstände ergeben, weil den Betreffenden der Ernst der finanziellen Lage noch nicht zum Bewußtsein gekommen ist. Es handelt sich aber darum, alle Heilmittel zur Anwendung zu bringen, deren der kranke Gesamtorganismus zur Heilung bedarf, und es müssen auch unbequeme Forderungen hierbei mit in Kauf genommen werden.

Ich wende mich nunmehr dem Entwurf eines

Haushaltsplans für 1921

zu. Der unter Leitung meines Herrn Amtsvorgängers ausgearbeitete Entwurf wurde mir im wesentlichen abgeschlossen und bis auf kleine Einzelheiten druckreif vorgelegt, und ich mußte mich entscheiden, ob ich diesen Entwurf unverändert dem Staatsministerium zur Vorlage an den Landtag empfehlen oder ihn erst nach einer gründlichen Durchprüfung und Umänderung nach den von mir als richtig gehaltenen Gesichtspunkten unterzeichnen sollte. Ich habe den ersten Weg gewählt, weil das Rechnungsjahr bereits begonnen hatte und ich vom Standpunkt des Beamten der Staatsverwaltung den größten Wert darauf legen mußte, daß die Ressorts möglichst bald in den Besitz der Kassenanschläge gelangten. Außerdem würde die Vornahme größerer Aenderungen mit sehr erheblichen Mehrkosten verknüpft gewesen sein, die mit den Grundsätzen der Sparsamkeit nicht zu vereinbaren gewesen wären. So ist denn manches in dem Entwurf enthalten, das ich nicht ohne weiteres mit meinem Namen gedeckt haben würde, wenn ich mich nicht in der geschilderten Zwangslage befunden hätte. Im großen ganzen aber hat auch die gegenwärtige Staatsregierung dem vorstehenden Entwurf zustimmen können.

In dem neuen Haushaltsplan fällt sofort auf, daß die Schlußsumme gegenüber derjenigen der früheren Jahre ganz außerordentlich angewachsen ist. Der Entwurf schließt

in Einnahmen und Ausgaben mit 16,7 Milliarden Mark

ab, während die Schlußsumme im Vorjahre nur 9,6 Milliarden Mark betrug. Der Ausgabebedarf ist somit um rund 7,1 Milliarden Mark höher als der Ausgabebedarf von 1920. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß diesmal der Anteil der Gemeinden (Gemeindeverbände) an den Reichssteuern in Einnahme und Ausgabe mit 2,6 Milliarden Mark veranschlagt worden ist, wofür im Vorplan nur blinde Titel eingesetzt waren. Aber auch nach Abzug dieser durchlaufenden Posten verbleibt immer noch eine Ausgabesteigerung von rund 4,5 Milliarden. Die Einnahmen weisen gegenüber dem Vorplan eine Steigerung von 4,8 Milliarden Mark auf, die sich auf rund 2,2 Milliarden Mark ermäßigt, wenn die Anteile der Gemeinden (Gemeindeverbände) an den Reichssteuern mit zusammen rund 2,6 Milliarden Mark außer Betracht gelassen werden. Mithin ergibt sich zwischen Ausgaben und Einnahmen ein

Fehlbetrag von 2,3 Milliarden,

genau 2360 Mill. M., für den die Deckungsmittel noch gefunden werden müssen. Der Grund für die Steigerung der Ausgaben liegt in der allgemeinen Senkung des Geldwertes, der vor allem auf dem Gebiet der Beamten- und Lehrerbesoldung sehr erheblich höhere Ziffern notwendig machte. Außerdem hat, wie bereits erwähnt, der preußische Staat durch die Aufstellung der staatlichen Schutzpolizei und durch die Uebernahme von ¾ gegen früher ¼ der persönlichen Volksschullasten ganz ungeheure neue dauernde Ausgaben übernommen. Die Gesamtsumme der Staatsausgaben für die Beamten- und Lehrergehälter, die nach dem letzten Friedensetat 600 Millionen Mark betrug, ist in dem Voranschlag von 1921 auf 5,8 Milliarden Mark, also fast das Zehnfache, gestiegen. Berücksichtigt man nur die Beamtengehälter ausschließlich der Volksschulgehälter, so ergibt sich ein Anwachsen von 484 Millionen Mark im Friedensetat auf jetzt rund vier Milliarden Mark. Doch ist hierbei zu berücksichtigen, daß auch die Zahl der Beamten, insbesondere durch das Hinzutreten der Schutzpolizei, sehr erheblich gewachsen ist. Die Steigerung in den Besoldungssätzen selbst beträgt bei den Gruppen 1 bis 4 etwa durchschnittlich 516 %, in den Gruppen 5 bis 9 etwa 328 %, 10 bis 13 226 %, wobei jedoch die Kinderbeihilfe einschließlich Ausgleichszuschlag und Notzuschlag noch nicht berücksichtigt sind. Auf der anderen Seite konnten die Einnahmen nicht der allgemeinen Senkung des Geldmarktes entsprechend automatisch gesteigert werden. Vielmehr haben die Einnahmensätze den tatsächlichen Wirtschaftsverhältnissen entsprechend gestaltet werden müssen.

Von einzelnen besonderen

Mehrausgaben

seien kurz erwähnt: 100 Mill. Mark für Erwerbslosenfürsorge, 23 Mill. Mark für Wirtschaftsbeihilfen für die Beamten im besetzten Gebiet als Staatsanteil, 17 Mill. Mark Unterhaltungszuschüsse für die Beamten im Vorbereitungsdienst, 18 Mill. Mark für Fortbildungsschulen.

Diesen Mehrausgaben gegenüber haben die Mehreinnahmen nicht gleichen Schritt gehalten. Die Haupteinnahmequelle bildet nach wie vor der Anteil Preußens an den Reichssteuern (der Einkommen-, Körperschafts-, Erbschaftssteuer, Grunderwerbssteuer und Umsatzsteuer) nach dem L. St. G. Hier ergibt sich ein Mehr gegenüber 1920 von 194 Millionen Mark, die im wesentlichen aus der im vorigen Jahre noch nicht berücksichtigten Körperschaftssteuer fließen. Bei den Ansätzen ist, wie im Vorjahr, von den Ansätzen des Reichshaushaltsplans für 1920 ausgegangen. Bei der Einkommensteuer sind im Reich 12 Milliarden Mark angesetzt, das ergibt für Preußen = 4,8 Milliarden Mark einschließlich 2,4 Milliarden der Gemeindeanteile. Bei der Körperschaftssteuer ist beim Reich mit 1020 Millionen Mark gerechnet, wonach sich der Staatsanteil Preußens auf 210 Millionen Mark beläuft. Wie hoch die Reichssteuern demnächst tatsächlich eingehen werden, läßt sich zurzeit auch noch nicht annähernd übersehen, da es hier an allen sicheren Unterlagen fehlt. Immerhin spricht eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür, daß das tatsächliche Aufkommen nicht wesentlich von den veranschlagten Sätzen abweichen wird.

Von dem landeseigenen Steuern ist bei der Stempelsteuer auf Grund der Novelle vom 14. Januar 1921 mit einem Mehr von 35 Millionen und infolge der Geschäftszunahme mit einem weiteren Mehr von 10 Millionen Mark, insgesamt also mit 45 Millionen Mark mehr zu rechnen.

Die Nettoeinnahmen aus den Betriebsverwaltungen sind gegenüber dem Jahre 1920

um 441 Million Mark zurückgeblieben.

In erster Linie kommt für diesen Rückgang die Forstverwaltung in Betracht. Im ursprünglichen Haushaltsplan für 1920 war mit einer Holzeinnahme aus den Forsten von 530 Millionen Mark gerechnet. Dieser Betrag ist dann im Nachtragsetat auf 1524 Millionen Mark erhöht. Mit diesem außerordentlich hohen Betrag auch für 1921 zu rechnen, erschien bei der Unsicherheit der Preise nicht vertretbar; der Ertrag ist für 1921 auf 1200 Millionen Mark veranschlagt, also um 324 Millionen Mark geringer, aber immerhin doch um 670 Millionen Mark höher als im ursprünglichen Haushaltsplan für 1920.

Dagegen weisen höhere Ueberschüsse als im Vorjahr auf die Domänen (3 Millionen) die Lotterie (20 Millionen), die Staatsbank (18 Millionen), die Bergwerke (58 Millionen) und die Porzellanmanufaktur (0,2 Millionen). Insgesamt beträgt der Ueberschuß aus den Betriebsverwaltungen 923 Millionen Mark, aber, wie gesagt, gegenüber 1920 weniger 441 Millionen Mark.

Die Einnahmen aus Kosten und Gebühren bei den eigentlichen Staatshoheitsverwaltungen sind, soweit irgend durchführbar, erhöht worden, und ihre Weitererhöhung ist in Arbeit. Zu erwähnen ist die Mehreinnahme bei der Justizverwaltung aus der Erhöhung der Gerichtskosten von 220 Millionen Mark, bei der Katasterverwaltung aus der Gebührenerhöhung ein Mehr von 20 Millionen Mark, bei der Eichverwaltung von 8,6 Millionen Mark und bei der Handels- und Gewerbeverwaltung aus Schulgelderhöhungen usw. von 4,4 Millionen Mark. Wenn auch aus der weiteren Erhöhung der Gebühren und Kosten noch höhere Mehreinnahmen für die künftigen Jahre zu erhoffen sind, so können diese Beträge im Verhältnis zu den Ausgaben der Staatshoheitsverwaltungen doch immer nur eine geringere Rolle spielen.

Daß auch der Voranschlag für 1921 trotz aller Einschränkungen in den Ausgaben mit einem ähnlichen erheblichen Fehlbetrage abschließt wie der Voranschlag für 1920, beweist, daß es sich hier um eine tatsächlich

dauernd vorhandene Lücke

in unserem Haushalt handelt. Dieser Fehlbetrag ist an sich nur von vorläufiger Bedeutung insofern, als erst die Rechnung für 1921 erweisen wird, in welchem Umfange die für den Unterhalt des Staates im Jahre 1921 erforderlichen Mittel tatsächlich gefehlt haben.

Mag nun die im Haushalt fehlende Summe demnächst aussehen wie sie will, jedenfalls muß unter allen Umständen für die Deckung des etatsmäßigen Fehlbetrages gesorgt werden. Das Dispositiv zu Kap. 24 Tit. 3a im Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung lautet: „2360 Millionen Mark aus neuen Steuern." Wenn ich die Feder geführt hätte, so würde ich lieber gesagt haben: „durch Erhöhung der steuerlichen Einnahmen", um der Regierung volle Handlungsfreiheit in der Wahl des zu beschreitenden Weges zu wahren. Eine endgültige Entschließung ist in dieser Beziehung noch nicht erfolgt. Darüber kann allerdings kein Zweifel sein, daß eine Ausschöpfung aller Steuermöglichkeiten bis zum letzten unerläßlich ist. Auch die in dieser Woche eingeleiteten Beratungen der Landesfinanzminister mit der Reichsfinanzverwaltung, worüber gestern auch der Herr Reichskanzler andeutungsweise gesprochen hat, können und dürfen in ihrem Ergebnis nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der Einnahmeseite der einzelstaatlichen Haushaltspläne bleiben. Aus diesen Gründen bin ich im Augenblick zu meinem Bedauern nicht in der Lage, Ihnen ein klar umrissenes Steuerprogramm vorzulegen. Dabei betone ich aber, daß ich durch die nunmehr gewährleistete Mitarbeit eines aus einer Wahl einzelstaatlicher Finanzminister gebildeten besonderen Ausschusses an der Ausgestaltung des Reichsfinanzprogramms die Möglichkeit haben werde, die Interessen Preußens rechtzeitig zur Wirkung zu bringen.

Ich verkenne nicht, daß bei der Erschließung eigener neuer Steuerquellen vorsichtig zu Werke gegangen werden muß. Wird z. B. auf die

Grundsteuer

zurückgegriffen, die bisher den Gemeinden zur Verfügung stand, so darf nicht aus dem Auge gelassen werden, daß die finanzielle Not, in der sich Preußen befindet, sich auch bei den Gemeinden zum Teil in erschreckendem Umfang bemerkbar macht. Auch den Gemeinden muß die finanzielle Existenzmöglichkeit gewahrt bleiben, und sie darf durch staatliche Maßnahmen nicht gelähmt werden. Ebenso muß aber das finanzielle Interesse der Länder gegenüber den im einzelnen noch nicht geklärten Steuerplänen des Reichs voll zur Geltung kommen. Der Staatsrat hat erklärt, daß er sich der Einsicht keineswegs verschließe, daß bei der Finanznot des Reichs auf dem Gebiet der Steuerhoheit Opfer auf Kosten der Glieder zugunsten des Ganzen gebracht werden müssen. Es hat es dabei für unbedingt erforderlich bezeichnet, daß für die Zukunft, und zwar baldigst, eine reinliche Grenzscheidung auf dem Gebiete des Steuerrechts zwischen Reich, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden vorgenommen werde. Inwieweit es möglich sein wird, dieser Forderung und gleichzeitig der Gesamtlage Rechnung zu tragen, werden die Verhandlungen mit dem Reich in der nächsten Zeit ergeben. Jedenfalls kann ich erklären, daß ich bei dem Reichsfinanzministerium volles Verständnis für eine Revision des Landessteuergesetzes gefunden habe, die nunmehr einen Teil des Gesamtprogramms des Reiches bilden wird.

Mit der Erhöhung der Einnahmen muß selbstverständlich nach wie vor eine dauernde

Einschränkung aller Ausgaben

auf das unbedingt notwendige Maß Hand in Hand gehen. In dieser Beziehung werde ich auch weiterhin darauf bedacht sein, die Bestrebungen zu fördern, die auf die Förderung äußerster Sparsamkeit gerichtet sind. Wichtig ist vor allem, daß auch weiterhin an der Vereinfachung der Verwaltung unter möglichster Einschränkung der Beamten- und Angestelltenzahl gearbeitet wird.

Bei dem ganzen Ernst unserer Lage müssen wir uns daran gewöhnen, daß wir künftig Aufgaben kultureller und sozialer Art, die wir bisher als selbstverständliche Staatsaufgaben betrachtet haben, nicht mehr mit derselben Freigebigkeit wie bisher erfüllen können. Im Gegenteil: die Prüfung der Ausgabenseite des Haushaltsvoranschlages wird nach meinem Dafürhalten die Hauptaufgabe des Landtages sein. Ich spreche die Hoffnung aus, daß es in gemeinsamer Arbeit gelingen wird, in allen Fällen die durch die Einnahmeseite des staatlichen Haushaltplans bedingte Grenzlinie festzulegen und einzuhalten, über die hinaus Wünsche auf Bewilligung von Staatsmitteln eine Befriedigung nicht finden können.

Meine Damen und Herren! Ich kann meine Ausführungen aus Anlaß der Vorlegung des Staatshaushaltsplanes nicht schließen, ohne mit einigen Worten noch auf den augenblicklichen Ernst unserer politischen Lage hinzuweisen. Preußen ist zweifellos dasjenige deutsche Land, das durch den Krieg und seine Folgen am meisten in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Blühende Landesteile hat es verloren, weite Gebiete sind in gegnerischer Hand. Besonders ernste Sorge empfinden wir gegenwärtig um

das Schicksal Oberschlesiens.

Wir haben nicht nur Worte des Mitgefühls für unsere dortigen Brüder und Schwestern, sondern wir bekunden im Rahmen des Möglichen auch durch die Tat, daß ihr Schicksal von uns als das unsrige empfunden wird. Auch wer den Beziehungen Oberschlesiens zum preußischen Gesamtstaat aus eigener Anschauung ferner gestanden hat, muß aus der Entwicklung, welche die Dinge dort in der letzten Zeit genommen haben, klar erkannt haben, daß Oberschlesien nur im ungeteilten und unmittelbaren Zusammenhang mit Preußen-Deutschland wirtschaftlich gedeihen kann. Dementsprechend hat auch die Abstimmung mit klarer Gesamtheit entschieden. Daß in dieser Frage sich die weltgeschichtliche Gerechtigkeit durchsetzen wird, ist die zuversichtliche Hoffnung, die wir hegen, und die Voraussetzung, an die wir den Glauben an den Wiederaufstieg Preußens aus dem Elend der Gegenwart knüpfen.

(Fortsetzung des Berichts im Morgenblatt.)

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß über die Erwerbslosigkeit.

Der Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft veröffentlicht seinen 2. Teilbericht über die dem Ausschuß überwiesenen Anträge, betreffend die Erwerbslosigkeit, und empfiehlt dem Reichstag folgende Entschließung anzunehmen:

1. Für die langfristigen Erwerblosen, die mehr als 26 Wochen erwerbslos sind, ist den Gemeinden eine besondere geldliche Beihilfe zu gewähren, die es ihnen ermöglicht, die nötigen Anschaffungen an Kleidung und Schuhwerk für die Erwerbslosen und ihre Angehörigen vorzunehmen. Die langfristig Erwerbslosen sind bei den Notstandsarbeiten der produktiven Erwerblosenfürsorge besonders zu berücksichtigen. Insbesondere wird der Zuschuß, der für die Beschäftigung von Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gewährt wird, bei langfristig Erwerbslosen höher zu bemessen sein als bei anderen Erwerbslosen.

Den Erwerbslosen soll die Unterstützung auch über die Dauer von 26 Wochen hinaus in allen den Fällen fortgewährt werden, in denen es nach der Lage des Arbeitsmarktes zur Vermeidung unbilliger Härten erforderlich ist. Der § 9a der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge ist in diesem Sinne anzuwenden.

2. Die einzelnen Ministerien zu ersuchen, dem 5. Ausschuß Bericht zu erstatten über die gegenwärtige Lage im Stein- und Braunkohlenbergbau, im Eisenerzbergbau und der Großeisenindustrie, im Kalibergbau, in der verarbeitenden und Exportindustrie, im Baugewerbe, über die Rohstoffversorgung und die Absatzmöglichkeiten der verschiedenen deutschen Industriezweige, über den Stand der Verhandlungen wegen der Beteiligung Deutschlands an dem Wiederaufbau in Nordfrankreich und Belgien und der damit in Aussicht stehenden Aufträge für die deutsche Industrie, in der Landwirtschaft, der Düngerbeschaffung und Oedlandurbarmachung.

Um die schwarz-weiß-rote Handelsflagge.

TU. **Bremen**, 2. Juni.

Gestern mittag hatte sich, einem Rufe der Bremer Handelskammer folgend, eine imposante Versammlung in der Haupthalle der Börse eingefunden, um ihrer Ueberzeugung eindrucksvollen Ausdruck zu verleihen, daß deutsche Ehre und deutsches Ansehen auf dem Weltmeere ihren festesten Stützpunkt nur in der alten angesehenen Handelsflagge finden können. Bremens Kaufmannschaft und Seefahrer sind einmütig der Ueberzeugung, sich vom reinen Schwarz-weiß-rot der deutschen Handelsflagge nicht trennen zu dürfen, denn sie ist weder eine monarchische noch eine republikanische Flagge; sie ist einfach nur das Sinnbild des Deutschtums und das Wahrzeichen der trotz aller Schicksalsschläge nicht gestorbenen Unternehmungskraft des deutschen Volkes. Kein Deutscher im Auslande würde für seinen Privatgebrauch auf die alte geliebte, rein schwarz-weiß-rote Flagge verzichten, und einen kläglichen Eindruck würde es auf das Ausland machen, wenn gegenüber dem selbstbewußten Verhalten der Auslandsdeutschen die deutschen Schiffe mit einer neuen Flagge in den Häfen des Auslandes erscheinen würden.

Heute findet in Hamburg eine Konferenz des deutschen nautischen Vereins, des deutschen Seefahrtsausschusses und des Aktionsausschusses seemännischer Berufsverbände statt, die schleunige Schritte unternehmen soll, um zunächst eine Hinausschiebung des bevorstehenden Termins der Einführung der neuen Handelsflagge zu erreichen und sodann die Verhandlungen mit dem Reichstag zu führen zwecks Aenderung des Artikels 3 der Reichsverfassung, soweit er sich auf die Handelsflagge bezieht.

Amerikanische Marineausgaben.

Washington, 2. Juni. (W. T. B.)

Der Senat nahm heute den Gesetzentwurf über die Marineausgaben, die sogenannte Naval Bill Appropriation, an, indem er die Summe von 494 Millionen Dollar bewilligte und den Zusatz des Senators Borah guthieß, der den Präsidenten Harding beauftragt, eine Konferenz von Vertretern Amerikas, Englands und Japans einzuberufen, um die Abrüstungsfrage zu erörtern.

Abmeldungen aus dem Völkerbund.

Paris, 2. Juni. (E. E.) Wie „New York Herald" meldet, treffen alle Staaten des lateinischen Amerika Vorbereitungen, um aus dem Völkerbund auszutreten. Der Gedanke Hardings über Schaffung einer neuen Völkervereinigung soll auch von ihnen aufgegriffen werden. Man erklärt ferner, daß mehrere Diplomaten in den Vereinigten Staaten diese Frage bereits mit dem amerikanischen Staatsdepartement erörtert hätten.

Keine Einfuhrabgabe in Polen.

Pa. **Essen**, 1. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die Handelskammer Essen erfährt, hat die polnische Regierung dem englischen Gesandten mitgeteilt, daß Polen, weil es nach den Beschlüssen von Spaa an den deutschen Entschädigungszahlungen nicht teilnimmt, nicht die Pflicht hat, sich an den wirtschaftlichen Sanktionen zu beteiligen. Die Regierung hat daher den bereits unterzeichneten Gesetzentwurf über die 50-prozentige Abgabe für die nach Polen eingeführten deutschen Waren zurückgezogen.

Die Ermordung Talaat Paschas.

Die Ermordung des ehemaligen türkischen Großwesirs Talaat, bildete heute den Gegenstand einer umfangreichen Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Lehmberg. Welches außerordentliches Interesse dieser Prozeß in den weitesten Kreisen erregt, geht aus dem kolossalen Andrang zum Zuschauerraum und den Logen hervor, die schon lange vor Beginn der Sitzung dicht gefüllt sind. Zahlreiche auswärtige Journalisten wohnen der Verhandlung bei, auch sonst bemerkt man viele orientalische Typen. Die Anklage wegen Mordes richtet sich gegen den persischen Staatsangehörigen Studenten der Mechanik Salomon Teilirian aus Charlottenburg, der beschuldigt ist, am 15. März den früheren türkischen Großwesir Talaat Pascha ermordet zu haben.

Die Anklage wird vom Staatsanw.-Rat Dr. Gollnick vertreten, die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Geh. Justizrat Dr. von Gordon, Justizrat Dr. Werthauer und des bekannten Staatsrechtslehrers Prof. Dr. Niemeyer-Kiel.

Da der Angeklagte der deutschen Sprache nicht mächtig ist, sind zwei Dolmetscher der armenischen und der französischen Sprache geladen.

Unter den zahlreichen von der Anklage und der Verteidigung geladenen Zeugen befindet sich die Witwe des Ermordeten, Frau Talaat Pascha, General Liman von Sanders, Lektor Hahn-Charlottenburg, Prof. Dr. Cassirer, Prof. Geh. Sanitätsrat Dr. Schmielinsky-Charlottenburg, Prof. Dr. Caßirer, Prof. Forster, Geh. Rat Prof. Liepmann, Medizinalrat Dr. Störmer, prakt. Arzt Dr. med. Schloß, Kaufmann Bahen, Hofbüchsenmacher Barella.

Der jetzt 24 Jahre alte Angeklagte ist in Pakaritsch in der Türkei geboren und hat von früher Jugend an in Erzindschan in Türkisch-Armenien gelebt. Seine Eltern waren persische Staatsangehörige. Auf Befragen des Vorsitzenden schildert er zur Vorgeschichte der Tat ausführlich die türkischen Maßnahmen in Armenien. Im Jahre 1915 sei die armenische Bevölkerung dieses Ortes durch die Nachricht in die höchste Erregung versetzt worden, daß die türkische Regierung gewaltsame Maßregeln gegen die Armenier ergreifen werde. Er war damals 18 Jahre alt. Es sei plötzlich das Gerücht gekommen, daß die Schulen geschlossen werden und die angesehensten Personen der Stadt weggebracht werden würden. Das sei denn auch geschehen, die Bevölkerung sei in Kolonnen unter Führung von Gendarmen und Soldaten, denen sich zahlreicher Pöbel angeschlossen habe, weggeschleppt worden, und es sei dann ein Zusammenstoß erfolgt, dem auch seine Eltern und Geschwister zum Opfer gefallen seien. Er selbst habe, nachdem seinem jüngsten Bruder mit einem Beil der Schädel gespalten worden sei, einen Schlag auf den Kopf erhalten, so daß er bewußtlos zu Boden stürzte. Nach seiner Meinung sei er erst nach zwei Tagen wieder zu sich gekommen. Auf weitere Fragen des Vorsitzenden erklärte er Angeklagte durch Vermittlung des Dolmetschers: Seit jenem Tage habe er weder Eltern noch Geschwister wiedergesehen und auch bis heute noch keine Spur von ihnen wiedergefunden. Er sei dann in das nächste Dorf gewandert, wo ihn eine zum Stamme der Kurden gehörende alte Frau beherbergte, bis seine Wunden geheilt waren. Dann habe ihn die Frau bedeutet, daß sie ihm nicht weiter Gastfreundschaft gewähren könne, da die Regierung es verboten habe, armenischen Flüchtlingen Obdach zu gewähren. Er flüchtete dann in die Wildnis und stieß in den Bergen auf zwei Leidensgenossen. Sie wären zu dreien dann des nachts marschiert und am Tage hätten sie geschlafen, da sie sich nicht vor den türkischen Gendarmen sehen lassen durften. Einer der Genossen sei gestorben, als er giftiges Gras gegessen hatte. Nach zweimonatiger Wanderung seien sie in dem Kaukasus auf russisches Gebiet gekommen und dort von russischen Gendarmen festgenommen worden. Der Angeklagte schildert, mit Hilfe des Dolmetschers schwer verständlich, sein weiteres ruheloses Hin- und Herwandern in Persien und anderen Ländern. Als er gehört, daß seine Vaterstadt wieder befreit sei, sei er dorthin zurückgekehrt, habe aber nur noch zwei Familien der früheren armenischen Bevölkerung vorgefunden. Als er sein völlig verwaistes und verödetes Vaterhaus betreten, sei er völlig haltlos geworden, ohnmächtig zusammengesunken und habe seitdem mehrfach solche Anfälle gehabt. Von seinen Eltern wußte er, daß sein Vater etwas Geld in der Erde vergraben gehabt hatte, er habe danach gefahndet und auch 4800 türkische Pfund ausgraben können. Er sei dann nach Tiflis gegangen, habe dort russisch gelernt; nach zweijährigem Aufenthalt daselbst sei er Anfang Februar 1919 nach Konstantinopel gegangen, wo inzwischen ein völliger Umschwung der Verhältnisse und eine Armenier-Freundlichkeit Platz gegriffen hatte. Dann ging er nach Saloniki, nach Serbien, kehrte nach Saloniki zurück und ging dann nach Paris. Auf Befragen nach dem Grunde dieses Hin- und Herreisens erklärte er, daß er studieren wollte; er hat aber in Saloniki und Serbien Schulen oder Institute nicht besucht. In Saloniki habe er sich bei Verwandten aufgehalten, um sich gegen die ihn belästigenden Anfälle in ärztliche Behandlung zu begeben. Anfang 1920 sei er nach Paris gekommen. Die Armenier haben Talaat Pascha für den Urheber und Verantwortlichen für ihre Leiden angesehen und allgemein sei bei ihnen die Empörung gegen diesen Mann gewesen. Schon damals sei ihm der Gedanke gekommen, Rache für die an seiner Familie begangenen Verbrechen zu nehmen. — Geh. Rat Prof. Dr. Niemeyer: Ist dem Angeklagten bekannt, daß Talaat Pascha vom Kriegsgericht in Konstantinopel wegen der armenischen Greuel zum Tode verurteilt worden ist? — Dem Angeklagten ist dieses bekannt. — Geh. Rat Prof. Dr. Niemeyer bittet den Angeklagten zu fragen, ob er weiß, daß die Armenier im Jahre 1908 die Revolution gemeinschaftlich mit den Jungtürken unternommen hatten und daß man insbesondere auf Talaat Pascha und Enver Pascha große Hoffnung gesetzt hatte. Später habe es sich gezeigt, daß die Jungtürken es noch schlimmer trieben als der Sultan Abdul Hamid. Der Angeklagte erklärte hierzu, daß er 1908 noch zu jung gewesen sei um dies zu wissen. Später habe man ihm erzählt, daß das armenische Volk nach der im Jahre 1904 erfolgten Massakern, dem ca. 40 000 Armenier zum Opfer gefallen war, unter den Armeniern über die Jungtürken große Enttäuschung entstanden sei.

Hierauf wird der Eröffnungsbeschluß verlesen und ins armenische übersetzt. Der Angeklagte erklärt heute, daß er die Tat nicht mit ruhiger Ueberlegung begangen habe. Auf den Vorhalt, daß er früher dies offen zugegeben habe, erklärt Teilirian: Ich fühle mich nicht schuldig, weil mein Gewissen rein ist. Etwa zwei Wochen vor der Tat tauchten wieder die Bilder der Vorgänge von Erzindschan vor mir auf. Ich sah meine Mutter, meine Brüder und meine Schwester als Leichen bringen. Plötzlich stand die Leiche meiner Mutter auf, stellte sich vor mir hin, und sagte: „Du weißt, daß Talaa Ptascha hier ist. Du bist völlig indifferent, Du bist also nicht mein Sohn!" Ich wurde nun plötzlich wach, und da faßte ich den Entschluß, Talaat Pascha zu töten. (Forts. folgt.)

Deutsches Reich.

Das Urteil im dritten Leipziger Prozeß.

Sk. **Leipzig**, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Heute mittag 12 Uhr wurde von dem II. Strafsenat des Reichsgerichts das Urteil in dem Kriegsbeschuldigtenprozeß gegen den Arbeiter Neumann aus Güstow gefällt. Es lautete auf 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung der 4 Monate Untersuchungshaft auf die zuerkannte Strafe. Da kein Fluchtverdacht vorliegt, wurde die sofortige Haftentlassung angeordnet.

Neuregelung der Restprovinzen Posen und Westpreußen.

Nach einer Mitteilung des Preußischen Ministeriums des Innern wird die Vorlegung des Gesetzentwurfs, betreffend die Neuregelung der kommunalen Verhältnisse in den Restprovinzen Posen und Westpreußen, in dem auch die Schaffung eines **selbständigen** Landeskommunalverbandes **Grenzmark** vorgesehen ist, unabhängig von der Vorlage der Provinzial-, Kreis- und Gemeindeverfassungsgesetze erfolgen. Die Vorarbeiten für die Ausarbeitung des bezeichneten Gesetzentwurfs sind in vollem Gange. Jedoch ist die Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des neuzubildenden Landeskommunalverbandes Grenzmark noch nicht völlig abgeschlossen. Diese Prüfung wird auf das äußerste beschleunigt. Es ist beabsichtigt, den Gesetzentwurf sobald als möglich dem Landtage vorzulegen.

Ergänzungsprüfung der Beamten der Gruppe VI.

Als zweiter Punkt steht auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagssitzung die Interpellation der Deutschnationalen Volkspartei betr. Ergänzungsprüfung der Beamten der Besoldungsgruppe VI. **Die Interpellation lautet folgendermaßen:**

Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 11. Mai bei der zweiten und dritten Beratung des Entwurfes eines Nachtrags zum Haushaltsplane für das Rechnungsjahr 1920 mit großer Mehrheit die als Vorbedingung für die Ueberführung eines Teiles der Beamten der Gruppe A 6 nach 7 geforderte Ergänzungsprüfung abgelehnt und hat demgemäß beschlossen, in sämtlichen Haushaltungsplänen die diesbezügliche Bestimmung zu streichen.

Trotz dieses Beschlusses haben verschiedene Reichsministerien die Abhaltung der Ergänzungsprüfung angeordnet und zum Teil schon abhalten lassen.

Wir ersuchen den Herrn Reichskanzler um Auskunft über diese dem klar ausgesprochenen Willen des Reichstages kraß entgegenstehende Haltung der Reichsregierung.

Personalnachrichten.

Den durch den Tod des Generals Mueler verwaisten Vorsitz des Kolonialkriegerdanks hat Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg, der letzte Gouverneur von Togo, übernommen.

Die Botschaft des Waldes oder die Seele Indiens.

Rabindranath Tagores Vortrag in der Universität.

Vor einer die neue Aula der Universität dicht gedrängt füllenden Versammlung, die die Spitzen des geistigen Berlin vereinigte, hielt heute mittag der berühmte indische Dichter den angekündigten Vortrag, dessen leitende Gedanken lauteten:

Die Umgebung, in der sich die indische Vergangenheit abgespielt hat, ist der Wald gewesen; auch in späterer Zeit, in der Zeit der klassischen Sanskritdichter, als in prächtigen Städten das Leben pulsierte, ist der Wald mit seinen Einsiedeleien, mit seiner Ruhe, seinem Frieden der Hintergrund für die religiöse Erhebung des Menschen geblieben. In Indien fand sich der Mensch zu allen Zeiten in Harmonie mit der Natur; er richtete keine Schranke auf zwischen seinem eigenen Leben und dem Leben, das sich in tausendfachen Formen in der Natur um ihn manifestierte. Der Gedanke der fundamentalen Einheit alles Seienden, wie er sich ausspricht in dem Gefühl des engen Verwobenseins mit der Natur, ist bei den Hindus zu allen Zeiten wach gewesen und hat bei allen Dichtern einen Ausdruck gefunden, nicht nur in der alten Zeit der Upanischaden und der heiligen Epen, sondern auch bei Kalidasa und den späteren Dichtern. Denn auch bei Kalidasa, als Indien den Zenith der Zivilisation und des Luxus erreicht hatte, klingt noch immer hindurch die Stimme des Waldes, die warnend darauf hinwies, daß all das Leben in Pracht und Herrlichkeit nichts sei gegen die Reinheit und die Einfachheit des Lebens im Walde, wo der Mensch in allumfassender Liebe zu allen Wesen sich mit allem eins weiß. So ist der Wald mit seinen beschaulichen Eremiten das Herz der indischen Religiosität; hier fand, nicht in tatenloser Passivität, sondern in siegreichem Heroismus, die Idee der seligen All-Einheit ihre Vollendung. So wie die vielen Farben des Spektrums in ihrer Vereinigung das weiße Licht hervorbringen, so vereinigen sich hier die mannigfachen irdischen Fähigkeiten und Strebungen zu stiller Ruhe — zu jenem Frieden, der Indiens Waldeinsiedeleien durchdrang, wo der Mensch nicht getrennt war von dem, was ihn umgab, und nicht zu kämpfen hatte mit dem, was um ihn war.

Anders das Abendland. Das Meer, mit dem die Männer des Nordens täglich zu ringen hatten, das sich ihnen als Feind und als Schranke entgegenstellte, repräsentiert gleichsam die Folie für das Drama des europäischen Denkens. Der Kampf ist das Lebenselement der Poesie des Westens, das gewaltige Ringen der Leidenschaften, wie es Shakespeare in höchster künstlerischer Vollendung im „Sturm", im „Macbeth", im „Hamlet", im „Othello" geschildert hat. Ueberall tritt ein Zusammenprall von Gegensätzen zutage, treten sich feindliche Gewalten gegenüber. Dies zeigt sich auch in der Art und Weise, in der der Abendländer der Natur gegenübersteht. In Miltons „Verlorenem Paradies" hätte der Dichter Gelegenheit gehabt, bei der Schilderung des Lebens der ersten Menschen im Garten Eden die Verwandtschaft des Menschen mit der Natur darzustellen. Aber obwohl Milton von der Schönheit der Natur und von dem Frieden spricht, in welchem alle Geschöpfe miteinander lebten, findet er doch keine Worte für das Gefühl der Liebe, das Mensch und Tier verbindet; alle Wesen sind nur für den Menschen geschaffen, der Mensch ist ihr Herr und Meister, er tritt ihnen als ein Fremder gegenüber und macht sie seinen Zwecken dienstbar. Nicht Harmonie, nicht All-Einheit spricht sich im Denken des Westens aus, sondern das Ringen von Gegensätzen, der Dualismus.

So finden wir im Morgen- und Abendland zwei verschiedene Kultur-Ideale, beide in ihrer Art in gewisser Weise vollendet, beide aber doch von grandioser Einseitigkeit. Sollte es nicht möglich sein, diese Gegensätze in einer höheren Einheit zu verschmelzen? Das ganze Weltgeschehen besteht durch die Harmonie zweier gegensätzlichen Kräfte, der Anziehung und Abstoßung. Wenn sie sich vereinigen, dann wandelt sich das Feuer und der Kampf zu dem Lächeln von Blumen und Gesängen; wenn das eine von ihnen endgültig über das andere triumphieren würde, so entstände der Tod der kalten Erstarrung. Die Harmonie der Gegensätze, die der ganzen Welt ihren Rhythmus gibt, ist vom Menschen in seiner Zivilisation noch nicht erreicht worden; aber die ganze Weltgeschichte ist die Geschichte des Strebens, einen Ausgleich herbeizuführen, einen Ausgleich der Gegensätze, der zwar oft unterbrochen, aber immer aufs neue versucht wurde. Die Kraft, welche eine Harmonie herbeiführen kann, ist nicht Leidenschaft, sondern Liebe. Denn, sagen die Weisen der heiligen Upanischaden:

„Durch Liebe werden alle Wesen geboren, durch Liebe leben sie, zu Liebe kommen sie und in Liebe gehen sie ein."

Gl.

Dieser Vortrag wird am morgigen Freitag um 12 Uhr in der Aula der Universität wiederholt, da der heutige Andrang die Aula nicht faßte.

Reichshauptstadt.

Feuerwerk!

Tsch — — — bum! Pfft — bum! und Knatterata! und dann das allgemeine Ah und Oh staunenden Volks. . . .

Die schönen Tage des Feuerwerks sind da. Im Lunapark, auf dem Stadion, im Plenterwald, auf den Treptower Seen, in den diversen Paradiesgärten gibt's große Feuerwerke. Und man strömt dahin, die Wunder des Lichts in der Nacht zu bestaunen. Aus dem absoluten Nichts schwärzester Dunkelheit erheben sich auf ranken Stielen die Raketen, zischen zu den Wolken und verpaffen in güldnem Regen, den Sternen des Himmels Konkurrenz machend, oder entfalten sich zu orchideenhaften Wunderblumen, die silberne Staubfäden schießen lassen, große grüne, rote und orangegelbe Lichtballen als Blütenstaub streuen und in die Nacht hinausschwimmen lassen. Dazu ein Lindenduft, leise und schmachtend, und prickelnde Orchestermusik und am besten (wer es kann) einen Kelch Wein dazu. . . .

Besonders im Lunapark, in diesem sonderbaren Farbenparadies Berlins, gibt es jetzt fabelhafte Feuerwerke. Dazu leuchten die sprudelnden Fontänen, von unten her illuminiert in phosphoreszierenden, opalisierenden, perlmutterhaften Regenbogenfarben. Und die Mörser knallen, als gälte es die Eroberung eines Forts. Illuminierte Schweine laufen über den See. Bengalische Gespensterschiffe schaukeln darüber. Und auf dem Stadion gibt es sogar den „Ausbruch des Vesuvs" zu sehen.

Feuerwerk war von je eine beliebte Berliner Angelegenheit, einerseits für Leute, die gern Ah und Oh rufen in staunendem Entzücken, anderseits für Leute, die dahingehen, um sich über die Ah- und Oh-Rufe zu mokieren, sich dadurch überlegen zu fühlen und somit einen doppelten Genuß zu haben. Jeder kleine Biergarten hatte früher ein Sommerfest mit Raketen und Goldregen. Heute machen wir es pompöser und kostspieliger!

Manchmal entbehrt jedoch die Sache nicht der Komik. War doch kürzlich in der Stadt abends ein Geschieße zu hören, so nah und so drohend, daß ganz besonders Aengstliche an die Telephone liefen und die Zeitungen, die Feuerwehr und das Polizeipräsidium alarmierten. „Ein Bolschewistenanschlag großen Stils?" Aber es waren nur die Mörserabschüsse des Lunaparks, die vom Winde bis unter die Linden getragen wurden. Berlin war wieder einmal gerettet. . . . Chr. B.

Der Charlottenburger Etat. Die gestrige Charlottenburger Bezirksversammlung verabschiedete gestern den Bezirkshaushaltsplan für 1921. Bürgermeister Scholtz führte in längerer Rede etwa folgendes aus. Der vorgelegte Haushaltsplan biete in bezug auf seine Gliederung und Einteilung ein wesentlich verändertes Bild gegen die früheren Pläne. Der vom Magistrat Berlin gegebenen Weisung, mit dem vorjährigen Ansatz auszukommen, sei eine glatte Unmöglichkeit, da der vorjährige Etat weder die Mehrbeträge für Lohn- und Gehaltserhöhungen der Arbeiter, Lehrer und Beamten, mit 13 Millionen Mark, die Erwerbslosenfürsorge mit 12463500 Mark und die Kosten zu Weiterführungsarbeiten an der Caprivibrücke mit 7 Millionen Mark enthalten habe. Nach den Groß-Berliner Beschlüssen hätten ferner 1,5 Millionen Mark für Jugendpflege und 1,6 Millionen Mark für das Armenwesen neueingestellt werden müssen. Der mit aller Vorsicht und mit größter Sparsamkeit für 1920 aufgestellte Haushaltsplan gereiche jetzt dem Bezirk Charlottenburg zum Schaden. Charlottenburg wäre im Vorjahre sehr anständig gewesen, er sehe aber jetzt ein, daß Anstand sich mit Dummheit decke. Die Streichungen der sächlichen Ausgaben gingen so weit, daß diese Ansätze kaum mehr Beträge enthielten. Dadurch müßten auch die Personalausgaben gestrichen und die Arbeiter und Angestellten entlassen werden.

Keine Besteuerung des Existenzminimums. Die Stadt Berlin hatte, wie erinnerlich, nach lebhaften Kämpfen die Besteuerung des reichssteuerfreien Einkommenteils beschlossen und erwartete hieraus eine jährliche Einnahme von zehn Millionen. Durch die Aenderungen des Reichseinkommensteuergesetzes ist diese Steuerquelle der Stadt verschlossen worden. Eine Besteuerung des reichssteuerfreien Mindesteinkommens gibt es nicht mehr.

Der Magistrat als Lagerhalter. Wie die Bezirksverwaltung von Schöneberg-Friedenau mitteilt, sind zur Aufbewahrung von größeren Paketen, Koffern, Teppichen usw. in der Reisezeit besondere Paketräume in den Stahlkammern des Rathauses eingerichtet worden.

Eine Auskunftsstelle für weibliche Handwerker und Lehrlinge hat die Handwerkskammer zu Berlin in ihren Geschäftsräumen im Kammergebäude, Teltower Straße 1/4, Zimmer 11, errichtet, und zwar mit Rücksicht darauf, daß in den Kreisen der Handwerkerinnen vielfach noch Unklarheit über die gesetzlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung und über die Lehrlingsverhältnisse herrscht. In der neuerrichteten Auskunftsstelle gibt die Geschäftsführerin des Verbandes für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frauen, Dienstags nachmittag 5—7 Uhr und Freitags vormittag von 11—12 Uhr Auskunft über alle einschlägigen Fragen.

Streik in den Mineralwasserfabriken. In der Berliner Selterwasser-Limonaden-Industrie ist gestern ein Streik der Arbeiter und Kutscher ausgebrochen. Die von den Arbeitnehmern gestellten Lohnforderungen wurden von den Fabrikanten abgelehnt mit dem Hinweis auf die drohende Konsumeinschränkung, falls die Preise für Limonaden und Mineralwasser eine weitere Erhöhung erfahren würden. Bereits jetzt sei der Verbrauch in Selterwasser erheblich zurückgegangen. Die Streikenden bezeichneten diese Behauptungen als unzutreffend. Die Fabriken seien derart beschäftigt, daß in der letzten Zeit Ueberstunden gemacht worden seien. Einige Betriebe haben, um ihre Anlagen vor Sabotage zu schützen, den Schutz der Polizei erbeten und auch erhalten. Es ist bis jetzt jedoch nirgends zu irgendwelchen Ausschreitungen gekommen.

Das Mädchen aus der Fremde.

Die russische Großgrundbesitzerin aus Neukölln.

Eine Heiratsschwindlerin ungewöhnlicher Art machte am Kaiserdamm eine ansehnliche Beute. Bei einer Familie, die dort wohnte, fand im Dezember v. J. ein junges Mädchen als russischer Flüchtling ein Unterkommen. Es nannte sich Komtesse Tronjewitas Oceana von Odparlemolanowicz und erzählte, daß es vor den Bolschewisten aus der russischen Heimat habe fliehen müssen. Die Russin, die angeblich in Berlin Medizin studieren wollte, um sich auf einen Lebenserwerb vorzubereiten, gab sich für eine Verwandte der Familien von der Osten aus, die in Rußland einen Grundbesitz im Werte von 32 Millionen hätten. Ihr eigener Grundbesitz sei auch 20 Millionen wert. Verfügen könne sie aber darüber einstweilen noch nicht, weil sie noch unter Vormundschaft stehe. Vorgespiegelte Beziehungen zu einem bekannten Staatssekretär und wirkliche Verbindungen mit Aerzten, denen sie die Absicht des Medizinstudiums vortäuschte, waren geeignet, ihr Vertrauen und Ansehen zu verschaffen.

So kam es, daß die Russin nach und nach auf einen Sohn der Familie so großen Eindruck machte, daß er um sie warb. Die „reiche Russin" erwiderte auch die Neigung, bat jedoch, die Verlobung hinauszuschieben, bis sie selbständig über ihr Vermögen verfügen könne. Die Regelung der Vermögensverhältnisse kostete aber einstweilen noch erhebliche Mittel, die dem Flüchtling augenblicklich leider fehlten. Die Aussicht auf die wertvollen Liegenschaften aber ließe gar keine Bedenken aufkommen, ihr das Notwendige vorzustrecken. So erhielt die Russin nach und nach erhebliche Beträge und wertvolle Geschenke, bis sie eines Tages unter Mitnahme schöner Schmucksachen verschwand. Der Familie war alles in allem ein Schaden von 150 000 M. erwachsen.

Jetzt beschäftigte sich die Kriminalpolizei mit dem russischen Flüchtling und erkannte in ihm die aus Neukölln stammende Erna Preize, die Tochter eines Schmiedegesellen wieder, die schon vor einem Jahre einmal festgenommen worden war, weil sie als Gräfin Oceana mit einem jungen Manne zusammen eine Bank um 10 000 M. betrogen hatte. Eine Spur, die die Beamten von der Verschwundenen fanden, führte nach der Lutherstraße. Hier wurde sie dann auch bei einem zweiten Bräutigam, den sie mit den gleichen Vorspiegelungen eingefangen hatte, ermittelt und festgenommen. Die Verhaftete, die in der Familie am Kaiserdamm Deutsch mit starkem russischen Klang gesprochen hatte, fiel bei der Kriminalpolizei gleich wieder in Berliner Mundart und Ton zurück. Sie versichert, daß sie niemals um Geld gebeten habe. Ihr falscher Name und ihre allerdings schwindelhaften Erzählungen allein hätten genügt, die Leute zu veranlassen, ihr das Geld „nur so an den Hals zu werfen".

Sind Sterbende zuverlässige Zeugen? Von dem außerordentlichen Kriegsgericht wurde am 12. Dezember 1919 der Schlosser Otto Meyer wegen versuchten Mordes zu einer Zuchthausstrafe von 5 Jahren und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Nach der Anklage sollte Meyer zusammen mit seinem Vater und einem dritten Unbekannten in Friedrichshagen gewildert und beim Wildern von einem Gendarm ertappt worden sein. Zwischen den Wilderern und dem Gendarm entwickelte sich ein Feuergefecht, in dessen Verlauf der Gendarm angeschossen und der Vater des Meyer tödlich verwundet wurde. Nachdem der Gendarm Verstärkung erhalten hatte, ging er auf den sterbenden Meyer zu und fragte: „Wer ist der zweite Halunke, der bei Ihnen gewesen ist." Der Sterbende antwortete: „Das war mein Sohn!" Auf Grund dieser Bezichtigung wurde am nächsten Tage der junge Meyer verhaftet. Er bestritt, an der Tat irgendwie beteiligt gewesen zu sein. Der Gendarm erklärte, daß nach der Statur und nach der feldgrauen Kleidung Meyer der Täter gewesen sein könne, daß aber der alte Meyer ja ausdrücklich selbst seinen Sohn der Teilnahme bezichtigt habe. Das außerordentliche Kriegsgericht kam auf Grund dessen zur Verurteilung. — Vom R.-A. Dr. Curt Bönheim, der mit der Wiederaufnahme des Verfahrens beauftragt wurde, wurden verschiedene Gutachten ärztlicher Kapazitäten darüber eingeholt, ob überhaupt ein Sterbender in der Lage sei, den Sinn einer Frage, die an ihn gerichtet wird, klar zu beantworten. Die Gerichts- und Fachärzte Dr. Kronfeld, Dr. Birnbaum und Dr. Thiele, die die Gutachten erstatteten, kamen übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß den Bekundungen des sterbenden Meyer kein Wert beizulegen sei, daß vielmehr die Möglichkeit bestehe, daß der Sterbende die Frage des Gendarms gar nicht verstanden habe. Auf Grund dieser Gutachten ist nunmehr von dem Verteidiger die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt. Die Entscheidung des Gerichts steht noch aus.

Die Teppichausstellung im Polizeipräsidium, die gestern geschlossen werden sollte, ist um einige Tage verlängert worden. Bisher haben sich durchschnittlich 100 Bestohlene den Tag eingefunden und ein erheblicher Teil der Besucher ist dadurch auch wieder zu seinem Eigentum gekommen. Es sind aber immerhin noch soviel Teppiche unbekannter Eigentümer vorhanden, daß eine Verlängerung der Ausstellung geboten erschien, zumal da zu den ursprünglich ausgestellten inzwischen noch neugestohlene Teppiche dazugekommen sind. Den Hauptbestandteil der Ausstellung bilden Teppiche, die von der Bande Zoll und Genossen erbeutet worden waren. Diese Bande wird demnächst in einer Stärke von nicht weniger als 58 Mann die Anklagebank in Moabit zieren. Ihr Treiben ist gerade durch die Ausstellung und die durch sie bewirkte Ermittelung der Eigentümer der gestohlenen Teppiche zum größten Teil schon aufgeklärt.

Liebestragödie auf der Havel. In der vergangenen Nacht hörte man in der Nähe von Gatow von der Havel her zwei Schüsse fallen. Man suchte das Wasser ab und fand ein treibendes Boot, in welchem ein Herr und eine Dame mit durchschossener Schläfe blutend am Boden lagen. Ein herbeigerufener Arzt sorgte für die Ueberführung der Schwerverletzten ins Krankenhaus in Spandau. Nach vorgefundenen Briefen handelt es sich um den 25 Jahre alten Paul Zatrieb und das 20jährige Fräulein Alma Abraham aus Spandau. Allem Anschein nach hat Zatrieb seine Begleiterin erschießen wollen und sich dann selbst eine Kugel in den Kopf gejagt, doch ist über den Beweggrund noch nichts Näheres ermittelt worden.

Der Brand des Schimekschen Lumpenspeichers in der Mühlenstraße ist am Mittwoch total gelöscht worden. Der Feuerwehr ist es gelungen, große Vorräte in Altpapier zu retten; infolgedessen ist der Schaden nicht so groß, wie ursprünglich gemeldet worden. Als Entstehungsursache wird Selbstentzündung von Lumpen angenommen.

„Hoch vom Dachstein." Die „Urania" bringt diesmal prachtvolle Aufnahmen aus der österreichischen Grenzmark, aus der deutschen Steiermark, die gerade jetzt in der Zeit der Anschlußbewegung weiteste Kreise interessieren dürfte. Schriftleiter Wilhelm Marx von den „Münchner Neuesten Nachrichten" gab die nötigen Erläuterungen zu den prächtigen Bildern. Die Aufnahmen führten die Zuhörer zum Hohen Dachstein, der höchsten Warte des Landes, von dem aus man unvergleichliche Ausblicke über die Täler und Ebenen der Steiermark hat, an alten Kastellen und schönen Schlössern vorbei nach Graz, dem Bollwerk gegen die Slaven. Weiter sah man Aufnahmen aus dem jetzt an Jugoslawien gefallenen deutschen Gebiet.

Der Bergarbeiterkongreß.

Gießen, 1. Juni. (W. T. B.)

Auf dem Kongreß der Bergarbeiter in Gießen sagte der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Umbreit, daß die Einführung der Frankenwährung im Saargebiet eine ungeheure Verteuerung aller Lebensmittel und vor allem der Kohle, hervorgerufen habe. Die politische Seite der Frankenwährung sei in einem möglichst engen Anschluß des Saargebiets an Frankreich zu erblicken. Die Frankenwährung mache eine Ausfuhr der Saarerzeugnisse nach Deutschland unmöglich. Die Saarindustrie sei daher gezwungen, sich auf den westeuropäischen Markt einzustellen. Vor einiger Zeit hätten Vertreter der Amsterdamer Internationale das Saargebiet zu Informationszwecken bereist und es sei bezeichnend, daß der französische Gewerkschaftsführer Merrheim erklärt habe, wenn die Saararbeiterschaft französisch werden wolle, dann müsse sie sich für die Frankenwährung einsetzen, wenn sie deutsch bleiben wolle, dann für die Markwährung.

Der Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Baumeister, sprach über die Zwecke und Ziele dieses Amtes, das eine überstaatliche Organisation für Sozialpolitik sei, und den Arbeiterschutz in allen Ländern einheitlich gestalten wolle. Das Internationale Arbeitsamt habe auch eine mehrsprachige Denkschrift ausgearbeitet. Die Zweigstelle des Amtes wird von dem früheren Gewerkschaftsführer Schlicke geleitet.

Es wurde u. a. eine Entschließung angenommen, die sich gegen die „wahnsinnigen Putsche" der Kommunisten in Mitteldeutschland und gegen die „feige Flucht" der Führer im kritischen Moment richtet, aber auch die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und die Beseitigung der Sondergerichte fordert.

Aus aller Welt.

Lynchjustiz in Oklahama.

London, 2. Juni. (E. E.) Wegen der Gewalttätigkeiten, die ein Neger einem weißen Mädchen in Tulsa im Staate Oklahama gegenüber beging, kam es zu großen Unruhen. Die Weißen eröffneten ein Feuer auf die Neger und zündeten deren Häuser an. Die Neger erwiderten das Feuer. Es gab im ganzen 75 Tote.

Im Rheinlande hat Frankreich immer noch farbige Truppen stehen, die sich dieselben Gewalttätigkeiten in dem wehrlosen Deutschland zu Schulden kommen lassen.

Bombenlager im Steinbruch.

In einem Steinbruch neben dem Bautzener Flugplatz wurde, wie uns aus Dresden gemeldet wird, ein großes Lager von Fliegerbomben gefunden, und zwar beim Auspumpen des Steinbruchs. In dem 10—12 Meter tiefen Wasser fanden sich auf dem Grunde drei Lastautos voll großer und kleiner Fliegerbomben, die zutage gefördert wurden. Sie haben anscheinend wenig gelitten und sind noch in brauchbarem Zustande.

Friseure und Regierung.

Die sächsische Regierung hat eine Verordnung erlassen, wodurch für das Friseurgewerbe völlige Sonntagsruhe verfügt wurde. Heute aber wurde die Regierung im Landtag durch eine Zufallsmehrheit der Bürgerlichen Parteien gezwungen, die Verordnung zurückzuziehen.

Barometer- und Thermometerstand
bei Petitpierre, Friedrichstr. 68

Am	1. abends	8 Uhr	762,0 mm	+22,5 Grad C
Am	2. morgens	8 Uhr	761,0 mm	+21,0 Grad C
Am	2. mittags	1½ Uhr	761,0 mm	+25,0 Grad C

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend.

Vielfach heiter, am Tage warm und ziemlich schwül aber veränderlich bei mäßigen nordöstlichen Winden, etwas Regen und Gewitterneigung.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Donnerstag, den 2. Juni 1921.

Vom französischen Kohlenmarkt.

Infolge der starken englischen Nachfrage nach Kohlen setzen die Franzosen beträchtliche Mengen nordfranzösischer Kohlen nach England ab. Finanziell ist der englische Kohlenstreik für die französische Kohlenindustrie eine gute Affäre gewesen. Es ist indes jetzt auch soweit gekommen, dass infolge von heftigen Beschwerden gewisser französischer Konsumentengruppen aus dem Norden, Osten und dem Pariser Bezirk, welche besonders eine Preiserhöhung fürchteten, der Minister der öffentlichen Arbeiten im Prinzip beschlossen hat, für die Zukunft keine weitere Ausfuhrerlaubnis für Kohlen nach England zu geben und dass er vorläufig nur noch die getätigten Abschlüsse zur Ausführung gelangen lassen wird. — Andererseits beklagt man sich in Frankreich lebhaft über die Konkurrenz der belgischen Kohlengruben. Die Belgier offerieren Kohlen unter den französischen Inlandspreisen, z. T. bis 10 Fr. pro Tonne billiger. Das lässt auf um so grösseren Kohlenüberfluss schliessen, als Belgien ebenfalls grosse Kohlenmengen nach England absetzt. In beiden Ländern nehmen daher die Kohlenvorräte ziemlich schnell ab. In Frankreich sind die auf den Halden liegenden Mengen (die deutschen Vorräte also ausgeschlossen) von 1 400 000 t auf 600 000 t zurückgegangen, was noch mehr als das Doppelte der gewöhnlich um diese Zeit verfügbaren Haldenvorräte beträgt. — Die jetzt rollenden deutschen Lieferungen sollen reichlicher ausfallen als die vormonatlichen. Das Office des houillères sinistrées verkauft jetzt die deutschen Kohlen im Grosshandel zu folgenden Preisen (für länger laufende Abschlüsse werden noch besondere Preisabschläge gewährt): Anthrazitkohlen: „gewaschener Spatzenkopf" 130, Würfelkohlen 50—80 Fr. und 125 Fr., braisettes (gewaschen) 15—30 und 120 Fr., gekörnte Kohlen (gewaschen) 110 Fr. Fette Förderkohlen 40 % zu 85 Fr., gekörnte Schmiedekohlen 10—30 Fr., dicke Briketts (20 % flüchtige Stoffe) 140 Fr. Braunkohlenbriketts 65 Fr. Es fällt also noch immer ein respektabler Gewinn dabei heraus. — Die Ausfuhr von deutschen Reparationskohlen soll demnächst energisch in Angriff genommen werden. Die Reparationskommission soll sich bereits mit der Angelegenheit befasst und sich dieser Ausfuhr nicht abgeneigt gezeigt haben. Jedenfalls wird systematisch darauf hingearbeitet, den Export deutscher Reparationskohle straff zu organisieren.

Der Arbeitsmarkt im April 1921. Vereinzelte scheinbar günstige Zahlenergebnisse der Arbeitsmarktbeobachtung, wie sie im „Reichsarbeitsblatt" festgestellt werden, können nicht darüber täuschen, dass im verflossenen Monat April die Grundtendenz in der Entwicklung der Beschäftigungslage eine Verschlechterung war. Landwirtschaft und Baugewerbe boten zwar infolge der guten Witterung reichliche Beschäftigung, doch die Industrie hatte aber diese Belebung keine Folgewirkung. Denn von den im Berichtsmonat erfolgten Mehreinstellungen erklärt sich wahrscheinlich ein sehr erheblicher Teil durch die Tatsache, dass der Schulentlassungstermin viele Tausende junger Arbeitskräfte dem Erwerbsleben zuführte, ohne dass diese eigentlich durch eine Vermehrung der Beschäftigungsmöglichkeit erfordert worden wäre. Die Mitgliederzahl der Krankenkassen, die den Umfang der ausgenutzten Beschäftigungsmöglichkeit widerspiegelt, bietet mit einer weiteren Zunahme der Zahl der Versicherten, d. h. Beschäftigten ein verhältnismässig günstiges Bild; es ist aber daran zu denken, daß der in den Berichtsmonat fallende Ostertermin dem Erwerbsleben Neueinstellungen, Lehr- und Anfangsstellen brachte, für die das Vorhandensein eigentlicher Vollarbeitsstellen nicht notwendig die Voraussetzung bildet. Der Bestand der Versicherungspflichtigen betrug bei den 6731 Krankenkassen, von denen Meldungen zum 1. Mai erstattet wurden, 13 246 929; da am 1. April die gleichen Kassen nur 12 919 834 Mitglieder zählten, bedeuten die Zahlen eine Steigerung während des Berichtsmonats um 327 095 Mitglieder oder 2,5 % (im Vormonat 0,7 %). Wesentlich ungünstigere Ergebnisse hatten die übrigen Zweige der Arbeitsmarktstatistik. Nach den Meldungen der Arbeiterfachverbände hat der April eine Steigerung der Arbeitslosigkeit gebracht. Von 5 509 761 organisierten Arbeitern waren am 1. Mai 162 562 männliche und 54 745 weibliche, zusammen also 217 307 ohne Arbeit. Auf je 100 Mitglieder entfielen demnach 3,9 (im Vormonat 3,7) Arbeitslose. Unter den weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern nahm die Arbeitslosigkeit verhältnismässig stärker zu als unter den männlichen. Bei den letzteren entfielen im Berichtsmonat auf 100 Mitglieder 3,8 Arbeitslose gegen 3,7 im März, bei den ersteren stieg die entsprechende Ziffer von 3,7 im Vormonat auf 4,4 im April. Bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen hat sich die Lage gegenüber dem Vormonat verschlechtert. Das wiegt angesichts der ausgesprochen günstigen Witterung bei der Bewertung der Gesamtlage um so schwerer. Die Zahl der Arbeitsgesuche stieg von 1 028 744 im März auf 1 039 226 im April, die der offenen Stellen von 548 103 im März auf 551 057, so dass auf je 100 offene Stellen 189 (im Vormonat 188) Stellensuchende kamen. Zur Besetzung kamen insgesamt 406 420, im Vormonat nur 400 119 Stellen. Die Verschlechterung ist vor allem durch die Verschiebung der Lage für weibliche Kräfte bedingt. An unterstützten Erwerbslosen wurden im Reiche am 1. Mai 400 097 gezählt. Gegenüber dem 1. April mit 415 836 trat also ein weiterer Rückgang um 15 739 oder 4 % ein. Bei Berücksichtigung der Jahreszeit, die durch Entfaltung starker Beschäftigungsmöglichkeiten in Landwirtschaft, Baugewerbe usw. sonst weit stärkere Entlastung brachte, kann die geringe Verbesserung, die in den obigen Zahlen zum Ausdruck kommt, ähnlich wie schon im Vormonat als günstiges Zeichen nicht eigentlich angesprochen werden, lässt vielmehr die Wirkung der „Sanktionen"-Politik auf das deutsche Wirtschaftsleben deutlich hindurchblicken. Auch während des April war zu beobachten, dass nur die Zahl der männlichen Unterstützungsempfänger zurückging, während die der unterstützten Frauen noch gegen den Vormonat anstieg.

Industrieller Kapitalbedarf. Die Summe der Kapitalserhöhungen und Obligationen-Neuemissionen schwankt von Monat zu Monat erheblich. Das Gesamtbild zeigt aber, trotzdem im Mai ein erheblicher Rückgang gegenüber dem Monat April eingetreten ist, noch immer eine ausserordentlich starke Beanspruchung des Kapitalmarktes durch die deutsche Industrie. Die Aufzeichnungen der Bankfirma Stenger, Hoffmann & Co. Kommanditgesellschaft in Berlin-Essen weisen für den verflossenen Monat an Kapitalserhöhungen und neuen Obligationen eine Gesamtziffer von 1179 Mill. M. aus (Mai 1920 1018 Mill. M.), also einen erheblichen Rückgang gegen die 2834 Mill. M. im April, der allein nahezu ¾ Milliarden Mark neue Aktien des Anilinkonzerns gebracht hatte. So entfällt der Rückgang fast durchweg auf Stammaktien und auf Obligationen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass für den Monat Mai die 700 Mill. M. 5 %ige Obligationen der neugegründeten Neckar A.-G. in Stuttgart noch nicht berücksichtigt sind.

In Mill. M.	Stamm-aktien	Vorz.-Akt.	Oblig.	ins-gesamt
Januar	908	247	396	1551
Februar	1329	428	636	2393
März	557	109	143	809
April	1988	152	694	2834
Mai	868	225	86	1179
	5650	1161	1955	8766

Mit den umfangreichsten Emissionen kamen die durch Interessengemeinschaft verbundenen Deutsch-Australische Dampfschiffahrts-A.-G. und die Kosmos Dampfschiffahrts-Gesellschaft, ferner die Zellstoffabrik Waldhof heraus. Die 195 Mill. M. Vorzugsaktien mit einfachem Stimmrecht verteilen sich auf 18 Gesellschaften, während 20 Gesellschaften Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht vorschlugen. Interessant ist, dass mehrere Gesellschaften diesmal neben Vorzugsaktien mit einfachem Stimmrecht auch solche mit mehrfachem Stimmrecht beantragen. Das ist der Fall bei der Kaliwerke Aschersleben A.-G., der Dyckerhoff & Widmann A.-G. und der Zellstofffabrik Waldhof.

Gegen die Patenteinspruchgebühr. Auf die Eingabe des Eisen- und Stahlwaren-Industriebundes in Elberfeld an das Reichspatentamt, die sich gegen die Erhebung der Patenteinspruchgebühr von 50 M. wandte, ist die folgende Antwort des Präsidenten des Reichspatentamts eingegangen: „In der Begründung zu dem Entwurf des Gesetzes über patentamtliche Gebühren wird für die Einführung der Widerspruchs- und Einspruchsgebühr folgendes angeführt: „Mit dem Einspruch wird in den meisten Fällen, mit dem Widerspruch ausnahmslos ein rein privates Interesse verfolgt, dessen Besteuerung in Anbetracht der erheblichen Arbeit, die dem Amte gerade in diesen Fällen erwächst, angebracht ist, zumal etwaige Härten durch Ueberbürdung der Kosten auf den unterliegenden Anmelder (§ 5) ausgeglichen werden können. — Ich verweise auch auf die Entscheidung der Beschwerdeabteilung I vom 28. Dezember 1920, abgedruckt im Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen, XXVI. Jahrgang, S. 189, wonach eine Entscheidung über die Kosten des Verfahrens auch dann zulässig ist, wenn die Warenzeichenanmeldung zurückgenommen worden ist. Soweit hier bekannt ist, wird die bevorstehende Abänderung des Gebührengesetzes vom 4. Juni 1920 Gelegenheit bieten, auf eine den Bedürfnissen der beteiligten Kreise entgegenkommende Handhabung des § 5 durch die zuständigen Stellen des Amts besonders hinzuwirken."

Erhöhung der Zinkblechpreise. Der Zinkblechverband erhöhte seinen Preis am 1. Juni von 800 M. auf 815 M. für 100 kg.

Kapitalertragssteuer bei Vorauszahlungen. Der Erlass des Reichsfinanzministers vom 27. Dezember 1920 erklärt vorbehaltlich einer endgültigen Entscheidung durch den Reichsfinanzhof die Zinsen von vorausgezahlten Beträgen auf künftige Warenlieferungen für kapitalertragssteuerpflichtig. Die Handelskammer zu Berlin hat hiergegen in einer ausführlich begründeten Eingabe an das Reichsfinanzministerium Stellung genommen und darauf hingewiesen, dass solche Zinsen nicht als „Ertrag aus Kapitalvermögen" angesehen werden können. Auch die Annahme des Ministerialerlasses, es handle sich um Zinsen von Forderungen auf Grund einer Vereinbarung nach § 2, I Nr. 4 des Kapitalertragssteuergesetzes, trifft nicht zu, da keine Kapitalforderung, sondern nur eine Warenforderung zugrunde liegt. Die Handelskammer hat beantragt, den Ministerialerlass vom 27. Dezember einer entsprechenden Aenderung zu unterziehen oder ein Gutachten des Reichsfinanzhofes einzufordern.

Rheinzollinie und Industrie. Der Mittelrheinische Fabrikantenverein in Mainz stellt fest, dass unter den katastrophalen Rückwirkungen der Rheinzollinie besonders betroffen werden die chemische Industrie, Kunstwoll-, Kunstbaumwoll- und Tuchfabrikation, Hadernsortierung, Gelatineherstellung, Zigarettenfabrikation, Holzbeschaffung und Holzverwertung, Parkettbodenfabrikation, Schaumweinfabriken und Metallwarenfabriken. Durchweg wird geklagt, dass die Aufträge ausbleiben oder zurückgezogen werden. Das schlechte Arbeiten der Emser Stelle verschärft die Lage, zumal für einzelne Industriezweige, wie für chemische Produkte, die Ausfuhr nicht gestattet wird. Die Stockungen im Güterverkehr durch die Verstopfungen der Güterbahnhöfe haben zur Folge, dass Lieferungen einfach undurchführbar sind. Die Entlassungen, die in einzelnen Betrieben schon die Hälfte der Arbeiterschaft ausmachen, stehen vor weiterem Wachsen. Beschränkungen in der Möglichkeit des Absatzes bis zu 80 % sind eine schwere Gefahr geworden. Die Stockungen greifen immer weiter um sich und müssen zur wirtschaftlichen Katastrophe führen, wenn die Zollinie am Rhein noch weiter aufrechterhalten wird.

Der Verkehr im Hamburger Hafen. Im Mai sind im Hamburger Hafen seewärts angekommen 462 (1913: 918) Dampfer und 120 (824) Segler, im ganzen 582 (1242) Seeschiffe mit 643 921 (1 193 526) Netto-Registertonnen. Hiervon führten 347 Schiffe mit 149 885 Registertonnen die deutsche Flagge. Abgegangen sind 461 (963) Dampfer und 190 (399) Segler, im ganzen 651 (1362) Seeschiffe mit 641 602 (1 253 987) Registertonnen. Hiervon führten 418 Schiffe mit 146 274 Nettoregistertonnen die deutsche Flagge.

Preisermässigung im Holzstoffhandel. Die Vertreter des Holzstoffhandels ermässigten, wie uns aus Mannheim gemeldet wird, die Holzstoffpreise von 280 auf 220 M. zum Ausgleich der Frachterhöhung für die Käufer.

Daimler Motoren Gesellschaft in Stuttgart-Untertürkheim. Die Daimlerwerke haben, wie bereits gemeldet, in ihrem letzten Geschäftsbericht mitgeteilt, dass sie infolge der starken Vorbelastung durch die württembergische Landessteuergesetzgebung gezwungen seien, ihren Betrieb nach Möglichkeit zu verlegen. Wie wir nun von unterrichteter Seite hören, ist die Verlegung der Nutzwagenabteilung nach der Zweigfabrik Berlin-Marienfelde im Gange.

Leipziger Bierbrauerei zu Reudnitz, Riebeck u. Co. A. G., Leipzig. Die Generalversammlung genehmigte den Verschmelzungsvertrag mit der Altenburger Aktienbrauerei in Altenburg und beschloss zur Durchführung dieser Transaktion die Erhöhung des Grundkapitals um 7 Mill. Mark. Von den auszugebenden Stammaktien von 6 Mill. Mark dienen 4,2 Mill. Mark zur Uebernahme der Altenburger Brauerei. Die restlichen 1,8 Mill. Mark werden unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre einem Konsortium zum Kurse von 110 % überlassen. Ferner gelangt 1 Mill. Mark 6 % Vorzugsaktien mit zehnfachem Stimmrecht zur Ausgabe.

Reis- und Handels-A. G. in Bremen. Das Geschäftsjahr 1920 schliesst mit einem Geschäftserträgnis nach Abgang der Unkosten und Zinsen von 4 916 471 (6 169 829) M. und einem Gewinn von 2 570 430 M. ab. Aus der Veräusserung der Geschäftsanteile an den Hamburger Reiswerken m. b. H. nach Dotierung der Werkserhaltungs- und Wertverminderungskonto mit 4 Millionen (2 500 000) Mark verbleibt einschliesslich 144 807 M. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr ein Reingewinn von 3 616 709 M. (8 922 490 M.), aus dem 6 % Dividende auf die Vorzugsaktien und 20 % (i. V. 22 ½ %) auf die Stammaktien zur Verteilung kommen sollen.

Walther u. Co. A. G., Köln. In der Generalversammlung, welche die Dividende von 15 % sofort zahlbar festgesetzt, wurde, wie uns ein eigener Drahtbericht meldet, mitgeteilt, dass in der letzten Zeit die Aufträge sich vermehrt haben, dagegen aber der Hereinholung neuer Aufträge Schwierigkeiten entgegentreten können.

Bayerische Hartstein-Industrie A. G., Würzburg. Der Vorstand beruft zum 28. Juni cr. eine ausserordentliche Generalversammlung ein, um über eine Kapitalserhöhung von 1,2 Mill. auf 22 Mill. Mark durch Ausgabe von 600 000 M. Inhaber-Stammaktien zwecks Erwerb eines weiteren Steinbruchunternehmens und ferner von 200 000 M. Inhaber-Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht zu beschliessen.

Ed. Züblin u. Cie, A. G. in Stuttgart. Das 1919 in Duisburg mit 200 000 M. Kapital gegründete, jetzt mit 2,5 Mill. Mark Aktienkapital ausgestattete Tief- und Eisenbetonbau-Unternehmen, an dem süddeutsches und schweizerisches Kapital beteiligt ist, weist für 1920 einen Ueberschuss von 353 074 M. (i. V. 2205 M.) aus, wodurch sich der Gewinnvortrag auf 355 278 M. erhöht. Zu Abschreibungen und Rückstellungen dienten 468 559 M. In der Bilanz sind u. a. Schuldner einschl. Bankguthaben mit 2 263 269 M., Materialien mit 850 758 M. ausgewiesen, andererseits Kreditoren mit 1 594 653 M.

A. Schaaffhausen'scher Bankverein — Rotterdamsche Bankvereeniging. Der durch Verfehlungen der früheren Leiter der Zweigstelle Wesel des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins hervorgerufene Rechtsstreit des Instituts mit der Rotterdamschen Bankvereeniging und der dieser nahestehenden Nationalen Bankvereeniging wurde durch freundschaftlichen Vergleich der Parteien erledigt.

Landshuter Keks- und Nahrungsmittelfabrik A.-G. in Landshut in Bayern. Bei beträchtlich gesteigertem Umsatz nach Abzug der Unkosten und Kursverluste von zusammen 3,77 Mill. M. (1,13) und 192 006 M. (37 810) Abschreibungen ergibt sich ein Reingewinn von 443 719 M. (67 353), woraus nach Zuweisung von 190 000 M. an die Reserve eine Dividende von 10 % (5) auf das erhöhte Aktienkapital von 3 Mill. M. (1,1) verteilt und 48 719 M. (12 356) vorgetragen werden. 1921 sei der Geschäftsgang im allgemeinen befriedigend.

Neue Filmgründung in Breslau. Unter der Firma Filmhaus Sage A. G. ist in Breslau das bisher unter dem Namen Filmverleih Schlesien Willy Sage angesehene Filmverleihgeschäft mit einem Aktienkapital von 750 000 M. in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Eine Erhöhung des Kapitals auf 1½ Mill. M. steht bevor. Den Vorstand der neuen Gesellschaft bilden die Herren Willy Sage und Hermann Gruhl. Dem ersten Aufsichtsrat gehören an Oberingenieur Hans Spiller, Bankdirektor Hugo Berliner, Rechtsanwalt Dr. Dienstfertig, Hans Silberstein und Major Flögel, Beuthen O. S.

Der Ledermarkt im Mai. Die Zurückhaltung der Käufer, die fast den ganzen Monat hindurch angehalten hat, scheint vorüber zu sein, denn gegen Ende des Monats wurde die Nachfrage nicht nur lebhafter, sondern man zeigte sich auch geneigter, höhere Preise zu bewilligen. Die ständig steigenden Rohhäutepreise lassen einen Rückgang der Lederpreise nicht erwarten und da auch in allen Sorten Bedarf vorhanden ist, dürften sich auch die erhöhten Lederpreise immer mehr durchsetzen, wenn man die Betriebe aufrecht erhalten will. Gegenüber April haben sich die Lederpreise nicht wesentlich verändert und zwar kosteten im:

	April M.	Mai M.
Eichenlohg. Rhein. Sohl- u. Vacheleder Hälften	62—70	65—70
Eichenlohg. Rhein. Sohl- u. Vacheleder, Kernstücke	85—95	88—95
Sohlleder in Hälften	48—54	53—58
Sohlleder in Kernstücken	75—80	82—86
Zahm Vacheleder in Hälften	48—56	52—58
Zahm Vacheleder in Kernstücken	70—76	75—82
Rindbox, schwarz	15—16	18—20
Rindbox, farbig	22—28	24—28
Boxcalf, schwarz	19—22	19—23
Boxcalf, farbig	28—37	30—37
Chevreaux, schwarz	28—32	28—32
Chevreaux, farbig	32—40	34—42

Die Preise für die drei ersten Ledersorten verstehen sich pro kg, die für die drei letzten Sorten pro Quadratfuss.

Addier- u. Subtrahier Maschine CONTINENTAL
Erzeugnis der Wanderer-Werke A.-G. Schönau b/ Chemnitz
Eine Entlastung für alle Grofsbetriebe.
Man verlange Druckschriften u. Auskünfte über Verwendung.
Verkauf durch Ernst & Rohde, Berlin SW. 68, Friedrichstr. 207.

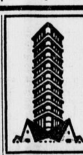
Rheinische Handelsgesellschaft m. b. H.
Düsseldorf, Oststrasse 129
Telegramm-Adresse: Velox • Fernsprecher: 998, 4410, 4411, 4431, 4432, nach Geschäftsschluss 5531 — Reichsbank-Giro-Konto. • Postscheck-Konto Cöln Nr. 19173
Handel in allen vorkommenden Effekten sowie speziell in Werten ohne Börsennotiz.

Leicht - Lungenkranke
Sanatorium Blitzengrund
b. Görbersdorf i. Schles.
Das ganze Jahr geöffnet.

Victoria-Institut zu Falkenberg in der Mark.
Berechtigte Erziehungsanstalt für Söhne aus den gebildeten Ständen. Realgymnasium. Herrliche Lage inmitten eines großen Gartens.

Emmlers Möbel-Fabrik S. 59. Kottbuserdamm 25/26
Speise-Zimmer, Herren-Zimmer, Schlaf-Zimmer, Wohn-Zimmer, Küchen in allen Preislagen.

Büro-Möbel
Musterlager Jerusalemerstr. 63-64
Vertreterbesuch unverbindlich
Konieczny & Lindemann
Fabrik u. Hauptlager Berlin-O. 112 Frankfurter Allee 287 Fernr. Alexander 1921


Instandhaltung und Erneuerung aller Bauwerke durch HAUSLEBEN
Versicherungs-A. G. unter Reichsaufsicht
Berlin NW. 7, Dorotheenstr. 31
Zentrum 2912.
Vertreter zu günstigen Bedingungen gesucht.

BÜROEINRICHTUNGEN
Diplomatenschreibtische
Aktenschränke
Schreibmaschinentische
Aktenständer
Hans Hofmann, G. m. b. H, Berlin SW48
Verl. Hedemannstr. 5
Abteilung Büromöbel
Fernspr. Nlldf. 3678

Theodor Kaiser Stempel-Fabrik
Stempel-Kaiser
Gravier-Anstalt, Mechanische Werkstatt
Berlin S.W. 68 Charlottenstrasse 16

Brot-Mühlen
vermahl. Mais, Bohnen und sämtliche trockenen Produkte zu jeder Feinheit, sowie Ersatzfuttermittel aller Art.
Eisenwerke Dunningen 2 (Wttbg.) J. Billing & Söhne.

Koks- u. Kohlenbrecher
Einwalzen-, Zweiwalzenbrecher, Backenbrecher. Bewährte Konstruktionen.
Gleichförmiges, würfelförmiges Brechgut.
Geringste Griessbildung, daher bester Heizeffekt.
Billigster Preis. Solide schwere Bauart.
Maschinenfabrik BAUM Actiengesellschaft
Herne (Westfalen).

Stahlformguss aller Art roh und bearbeitet bis zu den schwersten Gewichten.

Gerade u. konische Zahnräder mit rohen und geschnittenen Zähnen bis zu 5 m Durchmesser.
Stahlwerk Oeking, A.-G., Düsseldorf.

Konzentration im Hypothekenbankgewerbe.

Die Erweiterung der Interessengemeinschaft Deutsche Hypothekenbank zu Meiningen und Preussische Boden-Credit-Aktien-Bank zu Berlin durch Anschluss der Westdeutschen Bodenkreditanstalt zu Köln am Rhein und der Norddeutschen Grund-Credit-Bank zu Weimar ist soeben beschlossen worden. Die Westboden und die Nordkredit werden mit Wirkung vom 1. Januar d. J. ab dem zwischen den beiden bisherigen Gemeinschaftsbanken abgeschlossenen Interessengemeinschaftsvertrag beitreten. Gewinn und Verlust soll auf das jeweilige Aktienkapital im Verhältnis von 7 bei der Westboden und der Nordkredit, zu 8 bei den beiden anderen Banken verteilt werden. Dieses Verhältnis gilt auch als Richtschnur bei der Festsetzung der Dividende. Im übrigen finden die Bestimmungen des zwischen den bisherigen Gemeinschaftsbanken abgeschlossenen Vertrags im wesentlichen entsprechende Anwendung. Um die Einheitlichkeit der Leitungen zu gewährleisten, ist auch hier ein wechselseitiger Eintritt von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern in den Vorstand und Aufsichtsrat der anderen Banken vorgesehen.

Die im Jahre 1893 gegründete Westdeutsche Bodenkreditanstalt hat ein Aktienkapital von 10 Millionen Mark und an offenen Rücklagen mehr als 3 Millionen Mark. Das Aktienkapital der Norddeutschen Grund-Credit-Bank, die als Hypothekenbank seit 1885 besteht, beträgt 7½ Millionen Mark, ihre offenen Rücklagen betragen ebenfalls mehr als 3 Millionen. Bei den anderen Gemeinschaftsbanken, der Meininger Hypothekenbank und der Preussischen Boden-Credit-Actien-Bank, die schon seit 1862 bzw. 1868 bestehen, beträgt das Aktienkapital 36 bzw. 30 Millionen Mark, die offenen Reserven belaufen sich auf je 16 Millionen Mark. Das gesamte werbende in Erscheinung tretende Kapital beziffert sich also bei den in Zukunft der Gemeinschaft angehörenden vier Gesellschaften auf mehr als 120 Millionen Mark. Der Hypothekenbestand belief sich am Schluß des Vorjahres bei der Kölner Bank auf 124, bei der Nordcredit auf 104 Millionen, bei den beiden anderen Banken auf 1,1 Milliarden Mark. Zusammen wird also in der Gemeinschaft ein Hypothekenbestand von 1⅓ Milliarden Mark vereinigt, während an Pfandbriefen 120 Millionen Mark bei der Kölner Bank, 100 Millionen bei der Nordcredit und über eine Milliarde bei den anderen beiden Banken im Umlauf waren, insgesamt über 1¼ Milliarden.

Zur Beschlussfassung über den Zusammenschluss laden sämtliche beteiligten 4 Banken ihre Aktionäre gleichmässig auf den 25. Juni d. J. zu ausserordentlichen Generalversammlungen ein. In diesen Generalversammlungen wird gleichzeitig beantragt werden, dass zur äusseren Kennzeichnung ihrer Zusammengehörigkeit und in Ausprägung des Gemeinschaftsgedankens jede der vier Gemeinschaftsbanken ihrer Firma den Zusatz „... Gemeinschaft deutscher Hypothekenbanken" beifügt. Bei der Westboden geht neben dem Gemeinschaftsvertrag ein Aktienumtauschangebot nebenher. Den Aktionären der Westboden wird durch ein den Gemeinschaftsbanken nahestehendes Konsortium ein Umtausch ihrer Aktien in solche der Meininger Hypothekenbank auf der Basis angeboten, dass für 4000 M. der Westboden mit Dividendenschein für 1921 und folgende 3600 M. Aktien der Meininger Hypothekenbank mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1922 ab sowie eine bare Zuzahlung von 261 M. angeboten wird.

Für den Fall, dass mehr als 50% des Aktienkapitals der Westboden zum Umtausch angeboten werden, bleibt eine entsprechende Repartierung der Umtauschanmeldungen vorbehalten. Andererseits wird das Umtauschangebot hinfällig, falls nicht 25% zum Umtausch angeboten werden.

Erwerbsgesellschaften.

Eisenwerk Kraft A.-G. Berlin. Der Betriebsgewinn des abgelaufenen Geschäftsjahres beträgt 25 845 455 M. (10 661 472 i. V.). Dazu kommen aus verkauften Beteiligungen 6 862 890 Mark (0) und ein Vortrag von 65 696 M. (389 580). Auf der anderen Seite erforderten Generalunkosten und Steuern 11 814 368 M. (3 450 305), Zinsen 4 558 358 M. (1 952 555). Es verbleibt ein Reingewinn von 16 391 315 M., aus dem nach Abschreibungen von 4 086 141 M. (2 938 224) eine Dividende von 15% (6%) verteilt werden soll; ferner soll, wie schon mitgeteilt, um für den Substanzverlust, der aus dem Verkaufe von zwei Dritteln des schwedischen Grubenbesitzes entstanden ist, einen Ausgleich zu bieten, den Aktionären aus dem Verkaufsgewinne eine Entschädigung von 250 M. auf die Aktie gegeben werden. Aus der Bilanz ist zu erwähnen: Von den Anlagewerten steigt das Grundstück-Konto auf 2 595 000 M. (2 230 000), während das Immobilien-Konto auf 18 Mill. zurückgeht (20). Das Bankguthaben ist auf 20 563 161 M. gestiegen (7 367 528). Bei sonstigen Debitoren standen 63 149 569 M. aus (30 087 073). Die Bestände an Materialien sind mit 43 265 519 M. bewertet (84 758 256) und die an Produkten mit 9 977 938 M. (4 891 850). Die sonstigen Kreditoren zeigen eine Zunahme auf 116 048 941 M. (32 756 852).

Zeche Friedrich Heinrich in Lintorf. Nach der Besetzung durch die Franzosen wurde die Zeche, an der französisches Kapital massgebend beteiligt ist, und die während des Krieges liquidierte und in den Besitz der Rheinischen Stahlwerke übergegangen war, wieder als selbständige Gesellschaft errichtet, d. h. die Liquidation ist von den Franzosen als nichtig bezeichnet worden. Die Zeche wird aber nach wie vor durch Rheinstahl für Rechnung bezw. im Interesse von Krupp, Badische Anilin und Rheinstahl selbst verwaltet. Die Franzosen haben ihre Ansprüche noch keineswegs aufgegeben. Sie bilden vielmehr den Gegenstand diplomatischer Verhandlungen.

Gewerkschaft Reinhardsbrunn. Der Grubenvorstand hat beschlossen, eine weitere Zubusse von 1000 M. pro Kux am 25. Juni einzuziehen.

Aktien-Maschinenfabrik Kyffhäuserhütte vormals Paul Rauss, Artern. Die Verwaltung beschloss, wie uns drahtlich gemeldet wird, das gesamte Aktienkapital von 6 Mill. Mark zur Einführung an der Berliner Börse anzumelden. Bisher ist nur 1 Mill. Mark eingeführt.

Neckar-Aktiengesellschaft. Gestern ist diese Gesellschaft, über die wir in der letzten Zeit wiederholt ausführlich berichtet haben, die den Bau des Neckarkanals von Mannheim bis Ciochingen als Teil der Neckar-Donau-Grossschiffahrts-Strasse bezweckt, von Reich, Württemberg, Hessen, Baden, in Verbindung mit Geheimrat Dr. Bruckmann mit einem Grundkapital von 350 Mill. M. gegründet worden. Daran sollen sich beteiligen das Reich mit 160 Mill. M., Württemberg, Baden und Hessen mit ihren öffentlich-rechtlichen Verbänden mit 80, 15½ und 2½ Mill. M. Zwecks Beteiligung der Industrie, Elektrizitätswerke, Banken und privaten Kreise sollen alsbald Zeichnungsscheine ausgegeben werden.

Hamburger-Elbe-Schiffswerft-A.-G. Der Betriebsgewinn des Jahres 1919/20 stellt sich unter Berücksichtigung des Verlustvortrages von 10 510 M. auf 1 541 366 M. (125 241). Nach Abschreibungen in Höhe von 569 435 M. (119 677) und Abzug der Instandhaltungskosten von 355 575 M. (16 073) bleibt ein Reingewinn von 636 354 M., aus dem, wie gemeldet, eine Dividende von 7% (0) verteilt, 100 000 M. dem Notunterstützungsfonds, ebensoviel der besonderen, 32 000 M. der gesetzlichen Reserve und 10 000 M. dem Werkerhaltungsfonds zugewiesen und endlich 39 855 M. vorgetragen werden sollen. Nach der Bilanz betragen Materialien 910 369 M. (359 074), in Arbeit befindliche Gegenstände 4 631 872 Mark (1 073 679), Effekten 979 250 M. (1 243 648), Debitoren einschl. Bankguthaben und Anzahlungen 11 799 941 M. und auf der anderen Seite Kreditoren 12 486 021 M. (600 425). Nach dem Rechenschaftsbericht konnte im Geschäftsjahr 1920 trotz häufiger Schwierigkeiten in der Material- und Brennstoffversorgung ein geregelter Betrieb durchgeführt werden. Ausreichende Arbeit in Neubau und Reparatur war vorhanden. Der erste grosse Seedampfer soll im September 1921 abgeliefert werden. Die in der Generalversammlung vom 14. Dezember 1920 beschlossene Kapitalserhöhung auf 9 Mill. M. ist durchgeführt und das Agio der gesetzlichen Reserve überwiesen.

Unionwerke A. G. Maschinenfabrik in Mannheim-Berlin. Der Aufsichtsrat beschloss eine Dividende von 12% auf das verdoppelte Aktienkapital von 6 Mill. M. vorzuschlagen (i. V. 10% und 50 M. Bonus), ferner die Erhöhung des Aktienkapitals von 6 auf 10 Mill. M. Den alten Aktionären sollen hierbei junge Aktien im Verhältnis von 2:1 zum Kurse von 125 angeboten werden. Die neuen Aktien sollen für das ganze laufende Geschäftsjahr ohne Zinsberechnung voll dividendenberechtigt sein.

Deutsche Waren-Verkehrs-A. G. (Dewag) in Berlin. Zur Gründung dieses Unternehmens wird uns von beteiligter Seite geschrieben: Der tiefe Valutastand der Mark, ihre geringe Kaufkraft, die Unsicherheit ihrer zukünftigen Entwicklung machen es dem einzelnen Händler, auch grossen Handelsorganisationen unmöglich, die von dem ausländischen Verkäufer billigerweise verlangten Sicherheiten zu stellen. Ausländische Unternehmungen tragen sich deshalb schon mit dem Gedanken, in Deutschland selbständige Zweigniederlassungen mit eigenem Warenvertrieb zu errichten, um sich das Verfügungsrecht über die Ware bis zur Bezahlung sichern zu können. Darin liegt eine nicht zu unterschätzende Gefahr für eine Ueberfremdung des deutschen Handels, die sich neuerdings beispielsweise bei der Versorgung mit Fleisch und Fleischwaren aus Amerika geltend zu machen droht. Der an sich gesunde Gedanke, dem ausländischen Lieferanten zwecks Umgehung umständlicher und unter den gegenwärtigen Verhältnissen meist ungenügender Kreditierungen das Eigentum an der Ware bis zur Abwicklung des Geschäftes zu sichern, wird daher in anderer Weise erreicht werden müssen, ähnlich, wie es die Einführung von Rohstoffen zum Zwecke der Veredelung nicht ohne Erfolg bereits versucht hat. Dies durchzuführen, ist die Deutsche Waren-Verkehrs-Aktien-Gesellschaft (Dewag) gegründet worden, zunächst nur mit einem Kapital von 10 Mill. M., das voll eingezahlt ist. Sie wird selbst keine Geschäfte abschliessen, sich vielmehr auf die Vermittlung von Geschäften über Lebensmittel und Rohstoffe sowie deren Durchführung in der Weise beschränken, dass sie die eingeführte Ware für den Verkäufer in treuhänderische Verwahrung (in Kühlhäusern oder in sonstigen Lagerräumen) und in Verwaltung nimmt sowie für den Absatz sorgt, alles unter Beschaffung der erforderlichen Kredite an den Käufer und nach Bedarf auch an den Verkäufer. Das für diese Kredite auf gedeckter Basis benötigte Geld steht bereit. An der Gründung sind beteiligt: die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank in München, die Dresdner Bank in Berlin, das Bankhaus Hardy u. Co. G. m. b. H. in Berlin, der Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer u. Co. in Barmen, die Handelsbank Aktiengesellschaft, vormals Berliner Viehkommissions- und Wechselbank in Berlin, die Dresdner Handelsbank Aktiengesellschaft in Dresden sowie die Handels- und Verkehrsbank Aktiengesellschaft in Hamburg. Den Aufsichtsrat bilden: Geheimer Oberregierungsrat a. D. von Tilly in Berlin, Vorsitzender, Direktor Hans Müller in München, Stellvertreter des Vorsitzenden, Bankdirektor Ritscher in Berlin, Geheimer Regierungsrat a. D. Dr. jur. von Flotow in Berlin, Kommerzienrat Hinsberg in Barmen, Bankdirektor Carl Zillmer in Berlin, Bankdirektor Fritz Köhler in Berlin, Bankdirektor Richard Wagner in Dresden und Obermeister Schumacher in Hamburg. In den Vorstand wurden vorläufig berufen: Herr Bankdirektor Willy Neuendorff und Herr Rechtsanwalt Oskar Goecke, beide in Berlin. Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Berlin. Die Errichtung einer Zweigniederlassung in Hamburg ist in Vorbereitung.

Bazar A.-G., Berlin. Die Generalversammlung setzte die Dividende für jeden Genussschein auf 90 M. fest. Das Ergebnis des vergangenen Geschäftsjahres wurde von der Verwaltung als glänzend bezeichnet. Die Aussichten für das neue Geschäftsjahr seien ebenfalls gut.

Aachener Bank für Handel und Gewerbe. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der diesjährigen Generalversammlung die Verteilung von 7% Dividende (10) und — mit Rücksicht auf das aussergewöhnliche Erträgnis des Jahres 1920 — 8% Extra-Dividende (0) vorzuschlagen. Im laufenden Jahre war der Geschäftsgang bisher noch befriedigend, wenn sich sein Umfang auch nicht bis zur Höhe des entsprechenden vorjährigen Zeitabschnittes erhebt.

„Vaterländische" und „Rhenania", Vereinigte Versicherungs-Gesellschaften, Elberfeld/Köln. Der Nettoüberschuss beträgt 2 884 454 M., aus welchem eine Dividende von 145 M. für die Aktie für 1920 verteilt wird. In der Generalversammlung wurden die aus dem Aufsichtsrat ausscheidenden Herren Generaldirektor Kommerzienrat und Konsul Oscar Sternberg in Mannheim und Justizrat Josef Middeldorf in Aachen wieder- und Herr Konsul a. D. Hans C. Leiden in Köln neu gewählt.

Wittenauer Boden-A.-G. in Berlin. Die Gesellschaft erzielte im Jahre 1920 einen Gewinn aus Beteiligungen von 134 000 M. Nach Abzug der Unkosten, Zinsen und Steuern ergibt sich ein Verlust von 98 208 M. (59 017), um den sich der Verlustvortrag auf 463 339 M. (365 339) erhöht. Das ungünstige Ergebnis ist darauf zurückzuführen, dass das Jahr 1920 ebensowenig wie das vorhergegangene eine Belebung der Bautätigkeit mit sich gebracht hat. Infolgedessen war es nicht möglich, Terrainverkäufe zu tätigen. Um eine Beteiligung an dem zeitweise sehr lebhaften Geschäft in bebauten Grundstücken herbeizuführen, gründete die Gesellschaft die Immobilien-Verkehrs-Kontor G. m. b. H., deren Tätigkeit einen befriedigenden Nutzen abwarf.

Aktiengesellschaft für Ernährung und Landwirtschaft. Die ordentliche Generalversammlung der Gesellschaft, deren nominelles Kapital 1 Mill. M. beträgt, hat für die 3¾ Monate des ersten Geschäftsjahres die Verteilung einer Jahresdividende von 12% festgesetzt.

Ungarische Allgemeine Creditbank in Budapest. Dem jetzt vorliegenden Geschäftsbericht des Instituts, das bekanntlich 16% Dividende (i. V. 20%) verteilt, entnehmen wir folgendes: Die Beteiligungen bei der Bank für Chile und Deutschland, der Brasilianischen Bank für Deutschland, der „Mitropa", Mitteleuropäischen Schlafwagen- und Speisewagen-Gesellschaft, der Dobsinaer Kupferwerke, der A.-G. zur Nutzbarmachung der Wasserkräfte Dalmatiens und der Bosnischen Kohlenindustrie A.-G. Una wurden mit teils kleinerem, teils grösserem buchmässigem Nutzen abgestossen. Beteiligungen an einigen Lokalbahnen und an Syndikatsgeschäften mit ausländischen Geschäftsfreunden erfuhren keine wesentliche Aenderung. Die Bank Balkanique dürfte im Zusammenhang mit der Erholung Bulgariens von den Kriegsfolgen bei erweitertem Geschäftsumfang ein befriedigendes Resultat erzielt haben. Die Landesbank für Bosnien und Herzegowina, deren Nationalisierung bevorsteht, dürfte für 1918 bis 1920 je 10% Dividende verteilen. Von neuen Gründungen wird u. a. erwähnt das Transdanubische Volkswirtschaftliche Studiensyndikat zum Studium der Möglichkeiten des industriellen und landwirtschaftlichen Aufschwunges der Plattensee-Gegend; diese Gründung erfolgte gemeinsam mit dem Balaton-Verband und der A.-G. für Elektrische und Verkehrs-Unternehmungen. Gemeinsam mit holländischen Geschäftsfreunden wurde mit 20 Mill. Kr. Aktienkapital die Ungarisch-Holländische Landwirtschaftliche A.-G. gegründet zwecks Errichtung von Unternehmungen für intensive wirtschaftliche und landwirtschaftliche Industrie; ihre Tätigkeit habe bereits begonnen. Bevorstehend ist die Gründung einer Landes-Torfindustrie-A.-G. mit 28 Mill. Kr. Kapital zwecks Fortsetzung des bisher durch das ungarische Ackerbauministerium aufrechterhaltenen Torfproduktionsbetriebes. Ebenfalls holländisch ist die Gründung der Nederlandschen Petroleum Maatschappij Photogen mit 14 Mill. holl. Gulden Kapital, worauf 3,55 Mill. eingezahlt sind; diese erwarb die Aktien der Mineralöl-Raffinerie-A.-G. und will aus deren Betrieben nationale Gesellschaften bilden. Auch an der Danube Navigation Company Limited, 1,2 Mill. Pfd. Kapital, hat sich die Bank beteiligt. Die englische Gesellschaft gliederte die Süddeutsche Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft vollständig und die Erste Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zum Teil ihrem Interessenkreis an und übernahm 28,8 Mill. Kr. neue Aktien der nunmehr 58,8 Mill. Kr. Kapital darstellenden Kön. Ung. Fluss- und Seeschiffahrts-A.-G.

Berliner Börse vom 2. Juni.

Ungleichmässig.

Bei weiter andauernd grosser Zurückhaltung verkehrte die Börse heute in nicht gleichmässiger Haltung, war aber teilweise erholt auf Deckung gender Spekulation. Die Ursache dürfte in den steigenden Devisenkursen zu suchen sein, unter deren Wirkung sich auch Valutapapiere befestigten. Die Reichskanzlerrede mit allem, was dort über das zukünftige Finanz- und Steuerprogramm gesagt wird, bot keine Ueberraschung, es fehlten die nötigen Ziffernangaben, insbesondere die Steuersätze, so dass für die Börse jetzt weiter die Parole „abwarten" heisst. Die Festigkeit der Devisen ist zweifellos nur auf die Betätigung der internationalen Spekulation, der sich die Platzspekulation allerdings mit lebhaften Rückkäufen anschloss, nicht etwa, wie manche Ausstreuungen glauben machen wollen, auf die im Augenblick sogar recht unerheblichen Devisenkäufe der Reichsbank zurückzuführen.

Von den erwähnten Valutapapieren traten besonders Deutsch-Uebersee Elektrizität hervor, die bis zu 43% gewannen, da noch die Erwartungen eines günstigen Abschlusses der spanischen Gesellschaft hinzutreten. Sonst lagen Elektrowerte wieder recht still, Felten & Guilleaume weiter schwach, dagegen Schuckert gut behauptet. Auf den festen Kabelknrs zogen Baltimore 15% an und ihnen schlossen sich im Verlaufe auch Canadabahn-Zertifikate an mit 27% Kursgewinn. Montanwerte lagen geteilt, Rückkäufe erfolgten besonders in Deutsch-Luxemburgern, Lothringer Hütten, Mannesmann, Rheinstahl, Rombachern. Die Phönix-Aktien waren weiter begehrt in Erwartung der morgigen Aufsichtsratssitzung. Hoesch schwächten sich dagegen auf Gewinnlösungen ab. Anilinwerte lagen lustlos, Berliner Anilin schwächer. Von Nebenwerten seien Automobilwerte und Kaliaktien als weiter fest hervorgehoben. Deckungen befestigten den Kurs von Hirsch Kupfer, Rheinmetall und Zellstoff Waldhof. Kolonialwerte traten sehr zurück. Im freien Verkehr erzielten u. a. Kaoko 165, Südsee 1630, ferner Benz 181, Kabel Rheydt auf Bezugsrechtserwartung 560, die demnächst einzuführenden Chillingworth-Aktien waren zu 380 angeboten.

Das Bezugsrecht „Teutonia" Misburger Portland-Zement wird am 3., 6. und 7. d. Mts. notiert.

Am Einheitsmarkte notierten höher: Stodick 20, Egestorff Masch. 30, Sangerhausen Masch. 13, Deutsche Wolle 44, Velbert Eiseng. 18, Reichelt Metall 45, Wieler & Hartmann 20, Ilse Bergbau 23.

Niedriger: Amme, Giesecke 20, Alfeld Gronau Papier 13, Roth Nähmasch. 12, Breslauer Sprit 44, Fürther Tafelglas 12, Dürener Metall 13, Kunz 12, Bamberger Mälzerei 15, Simonius 17.

Valutamarkt.

Vom Berliner Devisenmarkt. Ein Eindruck der Programmrede des Reichskanzlers auf den Devisenmarkt liess sich nicht verkennen. Die Entente-Devisen sind im Anschluss an die schon gestern einsetzende Befestigung weiter gestiegen. Auch Kabel New York zog an. Das Geschäft war etwas lebhafter. Im freien Verkehr der Börse wurden gehandelt: Auszahlung Amsterdam 2195, London 248, Italien 334 G., Stockholm 1465, Wien 14⅜, Sofia 74½ B., Paris 533—535, Kopenhagen 1130 bis 1140, Helsingfors 126, Prag 92¾ G., Kabel New York 63⅝, Schweiz 1120, Budapest 26¼. Am Notenmarkt erzielten: Dollarnoten 63¼, ungarische 23, polnische 6,35, österreichische 10,90, rumänische 104⅞.

Basel, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die deutsche Devise notierte heute im freien Verkehr 8,95 G und 9,05 B (am 1. 6.: 9,05 G und 9,15 B).

Zürich, 1. Juni.

	1. 6.	31. 5.		1. 6.	31. 5.
Berlin	9,10	9,10	Italien	30,10	29,95
Wien	1,32½	1,35	Brüssel	47,90	47,35
Prag	8,42½	8,35	Kopenhagen	101,00	101,50
Holland	196,00	197,00	Stockholm	131,25	131,25
New York	5,70	5,74	Christiania	87,75	88,00
London	22,19	22,23	Madrid	74,50	74,25
Paris	47,90	47,35	Buen. Aires	185,00	182,50

Budapest 245,00 (245,00). Bukarest 9,40 (9,40).

London, 1. Juni.

	1. 6.	31. 5.		1. 6.	31. 5.
N. York	390½	386½	Amsterd.	11,30	11,29
Paris	46,27½	46,82½	Berlin	245,25	244,00
Brüssel	46,42½	46,12½	Schweiz	22,19	22,22
Mailand	73½	74½	Spanien	29,66½	29,75

Privatdiskont 5¹¹⁄₁₆.

Wien, 1. Juni.

	1. 6.	31. 5.		1. 6.	31. 5.
Berlin	942,00	957,00	London	23,15	23,40
Amsterd.	226,00	207,00	Paris	49,70	49,50
Kopenh.	105,75	106,25	Zürich	104,50	104,75

Prag, 1. Juni.

	1. 6.	31. 5.
Berlin	108,75	109,25
Marknoten	108,75	109,25
Wien	11,10	11,15

Warenmärkte.

Berliner Produktenbörse vom 2. Juni.
Nichtamtl. Preise, 50 kg ab Stat.:

	2. 6. ℳ		2. 6. ℳ
Vikt.-Erbsen	130—145	Leinkuchen	130—150
do. klein	—	Mohn	—
Futtererbsen	115—125	Senfsaat	—
Linsen	—	Steff.-Schnitz.	85—88
Peluschken	100—113	Zuck.-Schn. br.	—
Ackerbohnen	115—122	do. weisse	135—155
Wicken	85—90	Trock.-Schnitz.	58—62
Mais, fr. Kaiwag.		Torfmelasse	47—50
Hamb. lok. Bhn.	—	Heu, ges. u. trock.	18—20
do. März	—	do. gut	22—25
do. April	—	Kleeheu	—
do. Mai	—	Stroh, drahtgpr.	17—18
Lupinen, blau	35—42	do. gebünd.	16—17
do. gelb	50—62	Roggenlangstr.	—
Serradella, neue	50—55	Haferstroh,	
Raps	210—220	drahtgepresst	—
Rübsen	—	Runkelrüben	—
Leinsaat	220—240	Kohlrüb., weiss	—
Rapskuchen	65—75	do. gelb	—

Mais (Preise um 1½ Uhr) lose frei Kaiwaggon Hamburg Plata Juni 111 ℳ, Mixed & Galfox bahnstehend 103 ℳ, Juni 102 bis 104 ℳ. Bezugsscheine je nach Provinz weisse 32½—34 ℳ, rote 32—33½—32 ℳ.

Frühmarkt (amtliche Notierungen): Loko per 50 kg frei Wagen gelber Platamais 120—122 ℳ, amerikanischer Mixed 116—118 ℳ. Futtererbsen 125—127 ℳ.

Die Tendenz des Produktenmarkts ist eine ruhige, und Vorsicht zeigt sich bei den Interessenten, und zwar besonders den Käufern auf allen Gebieten. Für Mais ist die Stimmung schwach. Von Platamais ist nicht mehr viel zu hören, und sein Aufgeld gegen andere Provenienzen schwindet allmählich. Von Mixed und Galfox ist aus beliefertem und zu beliefernder Regierungsware ziemlich viel Angebot im Markt und Abgaben sind in ihren Forderungen nachgiebiger. Nicht unerhebliche Verkäufe haben per Juni stattgefunden. Bezugsscheine blieben billiger als gestern angeboten. Im Hülsenfruchtgeschäft zeigte sich zu den bestehenden Preisen Absatz für Futtererbsen, die knapp sind, und für Peluschken, die weiter verwendbar bleiben, Ackerbohnen und Wicken sind ruhiger bei weniger Kauflust. Lupinen in gelber feiner Ware begehrt, sonst vernachlässigt. Raps aus kommender Ernte ist viel gefragt und wird in Schlesien selbst bis 230 M. bezahlt. Andere Artikel ruhig.

Berliner Metallbörse vom 2. Juni.
Preise für 100 kg in Mark.

	2. 6.	1. 6.
Elektrolytkupfer (Vereinsnot.)	1951	1926
Raffinadekupfer (99—99,3 %)	1575	1550
Hüttenweichblei	575—585	560—570
Hüttenrohzink (Synd.-Preis)	—	—
do. (im freien Verkehr)	675	660
Remelted Plattenzink	415—420	410
Hüttenaluminium (98—99 %)	2525	2500
do. in Walz- od. Drahtbarren	2625	2600
Bankazinn	4550	4475
Straitszinn	4450	4400
Australzinn	4450	4400
Hüttenzinn (99 %)	4250	4250
Reinnickel (98—99 %)	4050	4050
Antimon (Regulus) 99 %	675	650—675
Silber (1 kg 900 fein)	1040	1030—1040

Amerikanischer Funkdienst.

New York, 1. Juni.
Devisen- und Geldmarkt.

	1. 6.	31. 5.		1. 6.	31. 5.
Atchison Top.	80½	80½	Pennsylvania	34	35
do. pref.	75½	75½	Reading	72½	70½
Baltimore	40½	41½	St. Louis & S. Fr.	24½	24½
Canadian Pacific	111½	114½	Southern	20½	20½
Chesapeake	58½	57½	Southern Pacific	75	74½
Chicago Milw.	28½	28½	Texas Pacific	23½	24
do. Rock Island	33½	—	Union Pacific	118½	120
Denv. & Rio Gr.	½	½	Wabash pref.	22	25
Erie	14	14	American Can.	29½	29½
Gr. North. pref.	68½	67½	do. Car & Fndr.	123½	122½
Illinois Central	89½	89	do. Hide & Lth.	11½	11½
Interbor Cs. Cp.	4	4	do. pref.	53½	53
Cans. Cty and S.	27½	26½	do. Smelt. & Ref.	41½	42½
do. pref.	49	48	Anaconda Copp.	39½	39½
Louisv. & Nashv.	100	99	Bethlehem Steel	56	55½
Missouri Kansas	2½	2½	Central Leather	36½	36½
Missouri Pacific	21½	21½	Intern. Merc. Mar.	14½	14½
Nat. R Mex. 2 pr.	4½ G	5 G	do. pref.	53½	53½
New York Centr.	69	68½	StudebakerCorp.	72½	70½
do. Ont. & West.	18	18½	Un. Stat. Steel C.	80	79½
Norfolk & West.	95½	95	do. pref.	108½	108½
Northern Pac.	71½	70½			

Aktienumsatz: 650 000.

New York, 1. Juni.
Produktenmarkt.

	1. 6.	31. 5.		1. 6.	31. 5.
Weizen, rot, loco	183½	177	Mehl Sp. wheat cl.	7,25-7,75	7,25-7,75
Hartw.	185½	179	Getreid. Fr. Engl.	7 sh	7 sh
Mais, loco	83½	82½	Kontin.	21 cts.	21 cts.

Chicago, 1. Juni.

		1. 6.	31. 5.
Weizen per	Juli	137	137
"	Spt.	—	128½
Mais	Juli	66½	64½
"	Spt.	68½	64½
Hafer	Juli	42½	40½
"	Spt.	43½	42½
Roggen	Juli	129	122½
"	Spt.	113,00	106,50
Schmalz	Juli	9,47½	9,45
"	Spt.	9,80	9,75
Pork	Juli	17,05	16,35
Rippen		9,60	9,55
Speck niedrigster Preis		9,00	9,00
höchster		10,00	10,00
Leichte Schweine niedr. Preis		7,95	7,95
do. höchst.		8,15	8,20
Schwere Schweine niedr.		7,75	7,75
do. höchst.		8,00	8,00
Schweinezufuhren in Chicago		17 000	25 000
do. im Westen		86 000	90 000

Kurszettel vom 2. Juni 1921

Umrechnungssätze: 1 Lstrl.=20,40 M., 1 Doll.=4,20 M., 1 Rbl.=2,16 M., 1 Goldrbl. (alt. Gldr.)=3,20 M., Slbrbl. (alt. Kred.)=2,16 M., 7 fl. sdd. Währ.=12 M., 1 fl. östr. Währ. u. 1 fl. Silb.=1,70 M., 1 östr. Goldg.=2 M.

1 Krone östr.-ung. Währ.=0,85 M., 1 Gld. holl. Währ.=1,70 M., 1 F. oder 1 Lira oder 1 Peseta oder 1 Leu=0,80 M., 1 skandinavische Kron.=1,12½ M., 1 Peso (Gold)=4 M., 1 Peso (argentin. Papier=1,75 M.

Amtliche Wechselkurse

Bank-Disk.	Devisen		2. 6. Geld	2. 6. Brief	1. 6. Geld	1. 6. Brief
5	Reichsbank-Disk.					
4½	Holland	Guld.	2197 80	2202 20	2167 80	2172 20
5	Belgien	Frk.	536 95	538 05	527 45	528 55
7	Christiania	Kr.	976 50	978 50	962 50	964 50
6½	Kopenhag.	Kr.	1141 85	1143 85	1118 85	1121 15
6½	Schweden	Kr.	1478 50	1481 50	1448 55	1451 45
9	Helsingfors	fin. M	125 10	125 40	126 10	126 40
6	Italien	Lire	338 65	339 35	331 65	332 35
6½	London	Lstr.	250 25	250 75	245 62	246 12
6½	Neuyork	Doll.	64 05	64 19	63 30	63 44
5	Paris	Frk.			527 95	529 05
4½	Schweiz	Frk.			1106 50	1108 50
5	Spanien	Pes.			826 65	828 35
6	Wien alt.	Kr.	—	—	—	—
6	Dt.-Oest. abg.	Kr.	14 38	14 42	14 68	14 72
6	Prag	Kr.	93 15	93 35	91 80	92 00
6	Budapest	Kr.	26 57	26 63	26 72	26 78

Banknotenkurse in der Morgenausgabe.

Laufende Kassa-Notierungen nach amtl. Feststellung

5% D.-R.-Anl	77,50	Mannesm.	593-88-90,50
3½% "	67,87	Obschl. E.-B	299-98,50
3% "	72,50	Obschl. E.-I.	259-58
4% Pr. Kons.	69,37	Phönix	699-67,50
3½% "	60	Rheinstahl	434-37
3% "	55,12	Rombacher	339
		Thal. Eisenh	306-10
Berl. Handel	212-11	A.G.f. Anilin	406-09,50
Com. u. Priv.	213	Bad. Anilin	519-17-20
Drmst. Bank	182	Elberf. Farb	438-39-38
Dtsch. Bank	319,75	Hchst. Farb	428,87-22
Discont.-Gs.	232	Ob. Kokw.	461
Dresd. Bank	223,75-24	Allg. El. Ges.	284,75-90
Mittd. Credit	164,50	Bergm. Elek	301,25
Natibnk. f. D.	183,25	D. Uebers. El	1145
Oest. Stbhn.	122,75-22	Felten-Guil.	565-66
do. Südbahn		G.f.el. Unter.	196,12
Bltim. u. Ohio	471	Schuckert	236-35,25
Canad. Cert.	560-80	Siemens-H.	280,50
Orientbahn		Gebr. Böhler	493
Schantung	548,50-47	Daimler	185-77
Oest. Kredit	63,50-63,25	Dt. Waffen	522-23-24,50
Türk. Tabak	1060	Dyn. Nobel	344,50-47,50
Argo Dampf		Hirsch Kupf	326,75-26,50
Hbg. Paketf.	164-6	Orenst. Kop	343,50
Hansa	275,25	Rheinmetall	350
Nordd. Lloyd	143,75-42,75	Köln-Rottw.	373
Bismarckht.	712	Dtsch. Kali	335-30
Boch. Gußst.	441-50	KaliAscherl	312-11
D.-Luxemb.	300-299	Westeg. Alk	463-61
Gels. Bergw.	307,50-07,12	Neu-Guinea	495,50-95
Harpener	452,50-52,25	Otavi Minen	371-77,50
HoeschStahl	320	do. Genuß	444,50-40-42
Hohenlohe	234-33		
Laurahütte			

Einheitskurse

Deutsche Anleihen

Reichssch. 15	5	99 75
do 16 fäll. 1932	4½	83 60
do Agio ausl.	4½	72 00
do fällig 1924	4½	94 40
Reichsanl. 24	5	77 50
do	4	76 20
do	3½	67 90
do	3	72 70
Schutzg.-Anl	4	73 30
Sparpräm.-A	4	86 00
PrStSch 1.2.22	5	99 60
do 1. 11. 22.	5	99 70
do ausl. 1914	4	88 40
Preuß Konsol	4	69 70
do do Staff. A.	3¾	61 00
do do	3½	60 40
do do	3	56 20
Bad. Staats01	4	81 50
Bay. St.-Anl.	4	77 80
do	3½	65 75
Brem. 19 uk. 30	4½	97 40
do 08, 09, 11.	4	91 00
do	3	59 00
Hambg. St.-R.	3½	72 50
do a. St. A. u. 21	4½	96 00
Meckl. St.-A.	4	75 25
do. Cons. A.-O.	3½	—
Sächs. St. A. 19	4	74 25
do Staats-Rte.	3	58 00

Preuß. Rentenbriefe

Preußische	4	79 75
do.	3½	70 90
Rhein. Westf.	4	97 25
do. do.	3½	86 40

Stadtanleihen

Altona	4	76 00
Augsburg	4	85 00
Berlin 04	4	88 00
do 12	4	84 30
do 82	3½	90 00
Bromberg	4	34 50
Cassel	4	—
Charlottbg. 99	4	92 00
do 08	4	76 50
Cöln 08	4	94 00
do 12	4	93 25
do 19	4	92 75
Cöpenick	4	—
Danzig	4	—
Dortmund	4	89 00
Dresden	4	83 75
Düsseldorf	4	86 75
Flensburg	4	81 00
Frankfurt M.	4	98 25
do	3½	86 25
Hannover	3½	—
Karlsruhe	4	89 00
Königsberg	4	83 25
Magdebrg. 06	4	88 00
Mannheim	4	—
München	4	94 00
Nürnberg	4	93 75
Posen	4	—
Schöneberg	4	76 75
Stettin	3½	81 75
Stuttgart	4	—
Wilmersd. 19	4	75 90

Preuß. Pfandbriefe

Brl. Pfandb. u.	4	91 75
do neue	3½	81 10
do neue	3	84 50
Brdb. Pfdamt	4	94 50
Kur- u. Neum.	3½	—
do Comm.	4	94 50
Ldsch. Centr.	4	96 50
Ostpreuß.	4	86 25
do.	3½	—
Pommersche	4	96 90
Sächs. neue	4	97 00
Schlesische	4	—
Schlesw.-H.	4	97 70
Westfälische	4	107 00
Wstpr. neuld.	4	62 50
Brd. Giro	4½	100 10
Dt. Kom. Verb	4	91 60
Gr. Berl. Verb	4	79 75
Pomm. Komm	4	92 80

Losanleihen

Augsburg	—	86 00
Braunschw.	—	510 00
Cöln-Mind.	3½	168 00
Hamburg	3	—
Oldenburg	3	—
Sa.-Meining.	—	108 00

Ausländ. Anleihen

Bosn. E.	5	87 00
Griech. Mon.	4	390 00
do Gold	4	—
Mexik. 99	5	731 00
do 04	4	—
Oest. Schatz.	4½	33 75
do E.-A.	4½	25 50
do Gold	4	55 25
do Kron.	4	26 50
do c. Rente	4	25 40
Rumän. 03	5	134 25
do 13	4½	114 00
do 89	4	100 50
do 90	4	120 00
do konv.	4	92 75
do 05	4	100 50
Türk. Adm.	4	67 00
do Bagd.	4	112 00
do unifiz.	4	—
do 05	4	65 00
do 08	4	64 00
do Zoll	4	69 50
do Lose		—
Ung. Rente 18	4½	41 00
do 14	4½	40 75
do Gold	4	64 00
do 10	4	37 00
do Kronen	4	34 50
Budapest	4½	42 50
Lissabon	4	99 00
Sofia	5	99 30
Wien Invest.	4	44 00
do Stadt	4	24 50
Chil. Hyp.	5	—
Mexik. Bonds	4½	462 00
Poln. Pfdbr.	4½	15 12

Inl. Hyp.-Pfdb.

Berl. Hp. 13-16	4	88 25
do 17-18	4	92 75
do 19-20	4	94 75
do abg.	4	87 50
D. Hyp. Bk. 24	4½	101 50
do 18-21	4	89 50
do 22-23	4	91 00
Gotha-Grd 22	4	100 00
Hambg. Hyp.	4	92 10
do uk	4	100 00
Mein. Hp 11-16	4	94 50
do 17	4	94 50
do 18	4	100 00
do Präm.	4	195 00
Nordd. Grd. 20	4	100 00
Prß. Bod. 24-29	4	90 50
do 30	4	97 50
Pr. Cent. B. 90	4	91 00
do 12	4	96 50
Pr. Hyp. AB 11	4	92 25
do 12	4	95 75
Pr. Pfdbrf B. 31	4	88 00
do 32-33	4	96 00
Sächs. Bod. 13	4	100 00
Schles. B. O.	4	87 00
Schönbrg. H.	4¼	—

Eisenb.-Obligat.

Anatol. I	4½	111 50
Mazedon.	3	91 00
Oest. St. 1. VI.	5	77 50
Südösterr.	2⅖	77 10
do neu	2⅖	56 00
do	5	33 00
do E	4	—
Denver Rio I	5	683 00
Nat. Rail Mex.		—
Tehuantp.	5	457 00
do.	4½	390 00

Kleinbahn-Oblig.

El. Hochb. 09/12	4	78 25
Allg. D. Klein	3	73 40
do. Loc. u. Str.	4½	85 50
do. do. uk. 21	4½	—
do.	4	92 90
Gr. Berl. Strb.	4½	79 25
do. 1911	4	75 25

Industrie-Oblig.

A. E.-G. 9	4½	104 50
do. 6-13	4½	104 50
do. 1-5	4	96 00
Bergmann	4½	96 25
Berl. El.-W.	4½	—
do.	4½	92 00
El. Anlagen	4½	91 50
do. Liefrg.	5	99 75
do. Licht u. K.	5	99 10
do. do.	4½	93 00
Ges. f. el. U.	4	89 00
do. do.	4½	95 75
L. Loewe	4½	97 75
Neue Boden	4	53 00
Siem. & Halsk.	4½	100 25
do.	4	90 00
Siem. & Schck.	4½	99 10
do. 12	4½	97 00
Zool. Gart.	4½	—
do.	4	—

Eisenb.-Akt. u. St.-Pr.

v=vorgeschl. Dividende	G.-Jahr	vorl. Div.	letzt Div.	2. Juni	1. Juni
Aachen-Mas	1.1.	0	—	—	—
do. G.-S.M.pSt	1.1.	0	—	—	—
Baltimore	1.7.	—	—	482 50	467 00
Canada Cert.	1.7.	—	—	580 00	548 00
Elektr. Hb.	1.1.	5½	5½	99 87	99 87
do. 5% Vorz.	1.1.	5	5	99 00	99 00
Eutin-Lüb.	1.1.	3½	—	—	—
Halberst.-B.	1.1.	0	—	84 50	83 00
Halle-Hettst.	1.1.	0	—	68 50	68 25
Königsb.-Cr.	1.4.	8	—	—	—
Krefelder	1.4.	0	—	—	—
Lübeck.-Büch	1.1.	3	0	175 00	175 00
Luxbg.-Pr. H.	1.1.	—	—	—	—
Niederlaus.	1.1.	2½	—	58 25	60 00
Oesterr.-Ung	1.1.	7⅛	—	120 50	122 75
Pennsylvan.	1.1.	—	—	900 00	900 00
Schantung	1.1.	—	—	547 00	550 00
do. G.-S.	1.1.	—	—	1850	1900
Westsicil.	1.1.	—	—	119 50	118 50
Zschipk.-Fin.	1.4.	11	—	226 00	226 00

Kleinbahn-Aktien

	G.-Jahr	vorl. Div.	letzt Div.	2. Juni	1. Juni
Aachener Kl.	1.1.	0	4	106 00	106 00
A. E. G. Schn.	1.1.	4½	—	—	—
do. Vorz.-A.	1.1.	5	—	53 00	54 00
Allgem. D. Kl.	1.1.	0	0	80 00	80 25
do. Lok-u. St.	1.1.	6	7½	124 75	124 50
Danziger El	1.1.	7	7	—	—
Deutsche Eis	1.1.	4	—	106 50	107 00
Erfurter elek.	1.10	7½	0	73 00	73 00
GrosseCassel	1.10	6	0	81 00	81 25
Hamb. Hochb	1.1.	5	5	96 50	96 25
Hannov. V.-A	1.1.	6	6	109 50	109 75
Magdebrg. St.	1.1.	4	0	107 50	108 00
Stettiner Str.	1.1.	5½	0	—	—
do. Vorz.-A.	1.1.	5½	0	—	—
Südd. Eisenb.	1.4.	0	0	111 00	110 00
Ver. Eisenb. V.	1.1.	0	0	28 00	25 00

Schiffahrts-Aktien

	G.-Jahr	vorl. Div.	letzt Div.	2. Juni	1. Juni
Argo	1.1.	30	30	790 00	—
D.-Austral.	1.1.	10v	10v	392 00	393 37
Hmbg.-Am. P.	1.1.	8	8	164 12	164 87
Hambg. Reed.	1.1.	0	13	175 00	185 00
H.-Südamer.	1.1.	16	16	325 00	—
Hansa	1.1.	10	10	273 00	275 25
Kopenhagen	1.1.	60	40	—	—
Nordd. Lloyd	1.1.	8	8	142 75	144 00
Schles. Dmpf.	1.1.	12	15	—	—
Ver. Elbe	1.1.	0	30	289 00	293 50

Bank-Aktien

	G.-Jahr	vorl. Div.	letzt Div.	2. Juni	1. Juni
Badische Bk.	1.1.	6½	9	345 00	—
Bk. f. Brau-I.	1.4.	7	8	185 25	188 50
Bk. f. Thüring.	1.7.	8	9	187 50	190 00
Barmer B.-V.	1.1.	8½	10	152 25	152 62
do. Kreditb.	1.1.	9	15	214 75	214 50
Bayer. Hand.	1.1.	5¼	—	—	—
Berg.-M. I.-G.	1.1.	9	11	158 00	159 50
Berl. Handel	1.10	10	12½	211 00	212 00
do. Hyp.-Bk.	1.1.	8½	6	105 12	106 75
do. Kass. V.	1.1.	4	8	—	123 12
Bras. Bk. f. D.	1.7.	0	15	466 00	474 00
Brnschw. Bk.	1.1.	7½	10	166 00	166 00
do. Hann. Hyp.	1.1.	8½	9½	166 75	167 00
Centr. f. Eisb.	1.7.	0	0	—	—
Chemn. B.-V.	1.1.	9	12	201 00	201 50
Cob.-Got.	1.1.	6	7	—	148 00
Com.- u. Priv.	1.1.	9	12v	213 00	213 50
Dän. Ldm.-B.	1.1.	12	12	—	—
Danz. Privatb	1.1.	8	10	181 50	182 25
Darmst. Bk.	1.1.	8	—	182 00	181 50
Dessau. Ldsb.	1.1.	7½	10	151 50	150 00
D.-Asiat. Bk.	1.1.	—	—	445 00	450 00
D. Ansiedlg.	1.1.	8	8	—	—
Deutsche Bk.	1.1.	12	—	309 75	309 50
do. Effect.-Bk.	1.1.	7	9v	—	168 00
do. Hyp.-Bank	1.1.	7½	7½	126 00	126 00
do. Nat.-Bank	1.1.	8	10	—	—
do. Übers. Bk.	1.1.	30	—	680 00	680 00
Diskonto-K.	1.1.	10	—	252 00	251 50
Dresdner Bk.	1.1.	9	—	224 00	224 00
Ess. Kred.-A.	1.1.	9	11	186 00	185 00
Goth. Grdkd.	1.1.	9	9	156 25	158 00
Hambg. H.-B.	1.1.	10	10	179 00	179 75
Hildesh. Bank	1.1.	9	10	—	—
Kieler Bank	1.1.	6½	11	153 50	154 00
Leipzig. Kred	1.1.	9	12	185 75	195 75
Lüb. Komm.	1.1.	7	9	—	148 00
Luxemb. Bk.	1.1.	0	6	222 00	205 00
Mecklbg. Bk.	1.1.	8	9	—	121 00
do. Hypoth.-B.	1.1.	15	16⅔	212 00	212 00
do.-Strel. Hyp.	1.1.	3	4	—	—
Meining. Hyp.	1.1.	7½	8	145 50	145 50
Mitteld. Bod	1.1.	0	4½	93 50	94 50
do. Credit	1.1.	8	10	164 00	165 00
do. Privatbk.	1.1.	9	—	207 00	208 00
Nat.-Bk. f. D.	1.1.	7	10	183 25	183 25
Nordd. Grund	1.1.	6	6	120 00	119 00
Old. Sp. u. L.	1.1.	10	10	195 00	195 00
Osnabrck. B.	1.1.	8	8v	170 25	185 00
Ostbank f. H.	1.1.	7	—	159 00	159 25
Oesterr. Cred.	1.1.	11,9	—	63 50	64 00
do. Länderbk	1.1.	6	—	77 75	76 50
Pfälz. Bank	1.1.	7	9	161 50	163 75
do. Hyp.-Bk.	1.1.	9	9	—	—
Plauener Bk.	1.1.	10	11	—	—
Potsd. Cr.-B.	1.1.	8	9	153 50	153 50
Pr. Bodenkr.	1.1.	7½	7½	137 00	136 00
do. Cent.-Bod.	1.1.	8⅓	8½	150 50	150 00
do. Hp.-A.-Bk.	1.1.	7	7	122 00	122 50
do Pfandb.-B.	1.1.	7½	7½	132 75	133 00
Reichsbk.-A.	1.1.	8,79	8,7	139 00	139 12
Rhein. Hyp.	1.1.	9	9	—	—
do. Kreditbk	1.1.	7	—	—	174 75
Rh.-Wf. Bod.	1.1.	6	6	120 50	—
RostockerBk	1.1.	5	6	—	136 00
Sächs. Bank	1.1.	2½	7	270 00	255 00
Schl. B. O.-B.	1.1.	7½	7½	118 00	116 25
Siegen. B.	1.1.	7½	10	—	—
Sd. Disk.-Ges.	1.1.	8	—	—	—
Ver. Hambg.	1.1.	9	12	182 50	183 75
Westd. Bod.	1.1.	6	6	129 00	128 00
Wiener B.-V.	1.1.	8½	12v	42 00	41 87
do. Unionbank	1.1.	9	—	38 50	39 00
Württ. Bk.-A.	1.1.	7	8v	—	—
do. Vereinsb.	1.1.	7	8v	—	—

Brauereien

	G.-Jahr	vorl. Div.	letzt Div.	2. Juni	1. Juni
Berl. Kindlbr.	1.10	12	16	394 00	390 00
do. St. Pr.	1.10	14	18	412 00	414 75
Böhm. Brauh.	1.10	9	10	—	—
Bolle Weißb.	1.10	5	8	—	—
Dt. Bierbrau.	1.10	7	9	223 00	212 00
Dortm. Un. Br	1.10	20	45	—	475 00
Engelhardt	1.10	15	15	361 00	365 00
Friedrichshn.	1.10	6	7½	—	—
Germania	1.10	i. L.	—	—	—
LandréWeißb	1.10	10	10	250 00	355 00
Lindener Br.	1.10	11	10	—	275 00
Löwenbrauer	1.10	8	10	—	—
Schlossbrau.	1.10	4	4	—	—
SchulthPatzh	1.9.	14	12	470 00	470 00

Kolonial-Werte

	G.-Jahr	Div.		2. Juni	1. Juni
Dtsch.-Ostafr. G	1.1.	i. D. 14		195 00	195 00
Kamerun E. 1000	1.1.	i. D. 1		136 25	136 25
do. do. 100	1.1.	i. D. 1		136 25	136 25
Neu Guinea	1.4.	1.14/15		495 00	496 00
Ostafr. E.-G.-A.	1.1.	i. 07		—	—
Otavi Min. u. Eb.	1.4.	i. 08		471 00	471 00
do. Genussch.	1.4.	i. 08		440 00	448 00
South West Afr.	1.1.	—		213 00	212 00

Industrie-Papiere

v=vorgeschl. Dividende	G.-Jahr	vorl. Div.	letzt Div.	2. Juni	1. Juni
Aachen Leder	1.1.	40	40	645 00	630 00
Aachen Spin.	1.1.	82	32	385 00	390 00
Accum.-Fab.	1.1.	17	20	415 00	420 00
Adler Portl.	1.1.	6	10	290 00	301 00
Adl. & Opp. L.	1.7.	20	—	867 75	865 00
Adlerhütt. Gl.	1.1.	20	25	644 00	649 00
Adlerwerke	1.11	10	10v	230 00	240 00
A.-G. f. Anilin	1.1.	18	20	408 50	412 00
do. f. Bauausf.	1.1.	13	15	261 00	260 00
do. f. Bürst.-I.	1.7.	12	15	322 00	329 75
do. f. Pappenf.	1.4.	28	—	335 00	335 50
do. f. Verkehr	1.1.	20	45	585 00	591 00
Alexanderw.	1.7.	8	12	240 00	240 12
AlfeldDelligs	1.1.	12	15	—	—
Alfeld-Gron.	1.1.	23	20	457 00	470 00
Allg. B. Omn.	1.1.	0	4	188 00	185 25
Allg. Bod.-A.	1.1.	1	o. D.	—	—
Allg. Elek.-G.	1.7.	10	14	293 00	287 00
do. Vrz.-Akt.	1.7.	—	—	116 50	116 25
AlsenPrtl.-C.	1.1.	15	15	420 50	425 00
Alum.-Ind.	1.1.	18	16	—	—
Amme, Gies.	1.1.	15	25	445 00	485 00
Ammend. Pp.	1.7.	60	60	—	800 00
AngloContin.	1.1.	6	15	345 00	349 25
Anhalt. Kohle	1.1.	12	12	448 00	435 00
do. Vrz.-Akt.	1.1.	6	6	131 00	131 00
Anker-Werk.	1.9.	12	12	354 00	355 00
Annabg. St.	1.7.	15	25	—	—
Annener Guß	1.7.	5	20	—	—
Aplerbeck	1.1.	0	0	—	—
Archimedes	1.7.	15	35	480 50	483 00
Arenbg. Bgb.	1.1.	15	23	911 00	915 00
Arnsdorf. Pa.	1.10	i. L.	—	60 00	63 00
Aschaffbg. P.	1.1.	25	25	460 00	455 00
Augsb.-Nürn	1.7.	10	12	430 00	430 00
Bachm. & La.	1.12	25	40	456 00	467 50
Bad. Anilin	1.1.	18	20	520 00	520 00
Baer & Stein.	1.1.	35	35v	991 00	990 00
Balcke, Ma.	1.1.	20	20	475 00	465 00
Bamberg. M.	1.8.	0	0	235 25	240 00
Bk. f. Brgb. u. I	1.4.	0	0	38 00	60 00
Banning, M.	1.7.	9	12	537 00	527 00
BaroperWalz	1.7.	12	30	562 00	564 00
Bartz & Co.	1.1.	25	35v	460 00	464 50
Basalt A.-G.	1.1.	12	16v	450 00	457 00
Baug. Brl.-N.	1.1.	i. L.	o. D.	—	—
do. Kais. Wilh.	1.10	i. L.	o. D.	480 00	480 00
Bauld. Seestr.	1.1.	oDb	—	—	—
Bau. Weißens	1.1.	i. L.	m. T	695 00	695 00
Bayer. Cellul.	1.1.	20	40	494 00	490 00
Bayer. Hartst	1.1.	0	10	350 00	360 00
Bayer. Spieg.	1.1.	40	40	600 00	595 00
Bazar Genuß	1.4.	60M	90M	290 00	285 50
Bedburg Woll	1.10	25	25	549 75	530 00
J. P. Bomberg	1.10	20	20	405 00	403 00
Bendix, Holz	1.5.	6	—	245 00	244 75
C. Berg, Evek.	1.7.	0	20	—	404 00
Jul. Berger, T.	1.7.	20	25	440 00	441 00
Bergm. Elekt.	1.1.	12	15	304 00	301 25
Berl.-Anh. M.	1.1.	12	12	270 00	276 50
do. Cementb.	1.1.	i. L.	oDb	—	—
do. Cichorienf.	1.1.	i. L.	i. L.	69 00	69 00
do. Dampfmü.	1.7.	10	14	330 00	330 00
do. Elekt.-W.	1.7.	8	10	245 00	245 00
do. do. Vrz.-A.	1.7.	4½	4½	93 50	93 50
do. Gub. Hutf.	1.7.	30	46⅔	569 00	560 00
do. Holz-Com.	1.1.	22	30	496 00	495 00
do. Jute-Spin.	1.1.	6	6	227 50	234 00
do. Masch.-B.	1.7.	12	18	383 00	379 00
do. Nr. Kunst	1.7.	22½	15	337 00	340 00
do. Sped. Ver.	1.1.	21	26v	451 00	478 00
do. do. Vrz.-A.	1.1.	20	25v	425 00	430 00
Berth., Messg.	1.1.	12	12	347 00	340 00
Borzel. Bergw	1.1.	12	—	275 00	—
Bet.- u. Monb.	1.2.	15	20	415 25	415 25
Bing, Nrnb. M.	1.1.	18	18	278 00	292 00
Birkenwd.	1.1.	m. T	i. L.	—	—
Bismarckh.	1.7.	5	28	712 00	719 00
R. Blumenfeld	1.1.	12	12	264 75	264 75
Blumwe & S.	1.1.	15	—	—	—
Boch. Gußst.	1.10	5	15	450 00	444 00
Bod. Hb. Sch.	1.1.	o. D.	—	57 50	57 30
Boed., Reim.	1.1.	20	—	481 00	395 00
Gb. BöhlerCo.	1.1.	12	16	493 00	501 00
Borna Brnk.	1.1.	8	15	—	—
Borsigw Terr	1.1.	o. D.	—	107 50	108 00
Bösp. Walzw.	1.7.	6	20	496 00	490 00
Braunk. u. Br.	1.7.	8	16	420 00	427 75
Brschw. Koh.	1.1.	10	20	519 00	516 00
BraunschwJ.	1.7.	12	10	441 00	445 00
do. Maschinen	1.4.	15	—	550 00	539 50
Breitenbg. C.	1.1.	6	10	263 00	268 00
Brem. Allg. G	1.1.	8½	5	123 00	122 25
do. Linoleum	1.1.	0	40v	562 00	550 00
do. Vulkan	1.1.	15	30	540 00	550 00
do. Wollkäm.	1.1.	20	25	498 00	499 75
Bresl. Sprit	1.10	25	25	655 00	698 50
BrownBoveri	1.4.	8	—	—	—
Brüning & S.	1.1.	15	—	—	—
Brüxer Kohl.	1.1.	29	—	—	—
BuderusEisw	1.1.	7½	12	579 00	565 00
E. Busch, opt. I	1.4.	20	—	405 00	405 00
F. W. Busch, L	1.5.	30	—	757 00	766 00
Busch Wgf.	1.10	25	30	495 00	497 00
ButzkeCo., M.	1.1.	10	12	249 00	250 00
Byk Guldenw	1.7.	10	12	302 00	300 00
Calmon Asb.	1.1.	20	15	304 50	309 75
Capito, Klein	1.1.	10	25	590 00	590 00
Carlsh. Altw.	1.7.	8	15	325 00	325 00
Carol., Braun.	1.1.	30	30	690 00	698 00
Carton. Losch	1.7.	22	80	398 00	395 00
do. Msch. u. F.	1.7.	i. L.	oDb	—	—
Charlottb. W.	1.10	5	9	192 00	194 50
Charlottenh.	1.7.	12	28	1172	1161
Ch. F. Buckau	1.1.	13	30v	432 00	439 00
do. St.-Pr.	1.1.	13	30v	421 00	421 00
doGrieshElek	1.1.	12	16	402 00	405 00
do. Grünau	1.1.	12	16v	405 00	400 00
do. v. Heyden	1.1.	16	26	387 00	380 00
do. Milch	1.11	15	15	334 00	333 75
do. Weiler	1.1.	12	15	—	325 75
do. Ind. Gelsk.	1.1.	25	75	712 00	703 00
do. W. Albert	1.1.	30	25	575 00	608 50
doLubszynski	1.1.	15	15	277 00	277 00
Chemn. Wk. Z.	1.7.	8	10	199 00	197 00
Conc. Bergb.	1.1.	22	—	410 00	410 50
do. chem.	1.7.	8	75	679 50	672 00
do. Spinn.	1.1.	16	25	335 00	339 00
Cons. Schalke	1.1.	12	25	1000	1000
Corona	1.1.	12	15	—	—
CröllwitzerP.	1.7.	10	15	510 00	505 00
Daimler Mot.	1.1.	5	5v	179 75	183 00
Delmenh. Lin.	1.1.	6	25	480 00	489 00
DessauerGas	1.1.	9	11	240 00	244 00
Dtsch. Atl.-T.	1.1.	—	—	210 00	215 00
do. Lux. Bgw.	1.10	11	15	299 00	297 00
do. Nied Tel	1.1.	—	—	268 00	262 00
do. Südam. T.	1.1.	—	—	211 00	207 50
do. Übers. El.	1.1.	—	—	1155	1110
do. Asph.-G.	1.1.	4	30	425 00	433 00
do. Babc. u. W.	1.10	12½	20	640 00	640 00
do. E.-Sig.-W.	1.1.	0	—	267 50	257 75
do. Erdöl	1.1.	45	—	850 00	850 00
Dtsch. Gußst.	1.3.	6	14v	280 00	280 00
do. Jut.-Spinn	1.1.	25	30	515 00	520 00
do. Kabelwerk	1.1.	15	17	290 00	291 50
do. Kaliwerke	1.1.	25	—	330 00	320 00
do. Kunstled.	1.1.	14	14	223 50	225 00
do. Schachtb.	1.1.	20	30	669 00	665 00
do. Spiegelgl.	1.1.	25	25	436 00	439 00
do. Steinzeug	1.1.	0	20	325 25	329 00
do. Tonu. Stnz.	1.1.	14	18	—	318 00
do. W. u. Mun.	1.1.	30	30	523 00	525 00
do. Wasserw.	1.1.	5	10	159 00	155 00
do. Wollwaren	1.1.	30	30	480 00	465 00
do. Eisenhdl.	1.1.	15	15	270 00	270 00
RW. Dinnend.	1.1.	10	15	300 00	305 00
Dittm.-N. u. G.	1.1.	32	40v	990 00	980 00
Dommitz. To.	1.4.	20	—	385 00	401 00
Donnersm. H.	1.1.	15	10v	675 00	609 00
Dör. & Lehrm.	1.1.	6	8	312 25	319 00
do. V.-A.	1.1.	6	8	—	—
Dresd. Baug.	1.1.	4	6	156 00	158 50
do. Gardinen	1.6.	20	—	385 00	383 00
do. Schnellpr.	1.6.	12	—	—	278 00
Dür. Metallw.	1.1.	15	15	600 25	612 00
Dürkoppw.	1.10	25	18	650 00	631 00
Dssld. E. Wey	1.7.	10	14	442 00	446 00
Düss. Eis., Dr.	1.7.	5	8½	—	—
Düss. Eisenh	1.10	12	30	451 00	451 00
do. Kammg.	1.1.	8	12	466 00	465 00
do. Masch.-B.	1.1.	15	20	335 00	340 00
Dux Kohlenv.	1.1.	10	—	455 00	451 50
Dyn. A. Nobel	1.1.	16	16	347 50	345 00
EckertMasch.	1.10	10	12	400 00	401 00
Egest., Salzw.	1.1.	10	35	451 00	455 00
Eilenb. Katt.	1.7.	5	20	—	—
Eintr. Kohlen	1.1.	27	27	530 00	537 00
Eisb. Verkmit	1.4.	45	20v	420 00	—
Eisenerz A.G.	1.1.	0	0	205 00	205 00
Eiseng. Velb.	1.7.	20	30	549 00	527 00
Eisenw. Kraft	1.1.	6	40v	—	—
do. Meyer j. Co.	1.1.	12	25v	409 75	408 50
Elberf. Farb.	1.1.	18	20v	441 50	439 00
Elektra, Drsd	1.4.	5	—	143 00	143 00
Elektr. Anlag	1.1.	5	6	151 00	160 25
do. Lief.-Ges.	1.1.	12	14	212 00	212 00
do. Liegnitz	1.1.	5	—	161 00	160 00
Elkt. LichtKr.	1.10	0	10	198 75	199 00
do. Unt. Zürich	1.7.	0	0	—	—
Els. Bd. Wollf.	1.1.	25	35	381 50	390 00
J. Elsbach Co.	1.9.	17	20	380 00	380 00
E. m. u. St. Ullr.	1.7.	9	9	273 50	273 00
Erdmsd. Spin.	1.1.	12	16	295 50	300 00
Erlang. Baum	1.1.	12	20	491 00	434 00
Eschw. Brgw.	1.7.	12	15	315 00	319 75
Essen. Steink	1.1.	12	12	373 00	375 00
Excels. Fahrr	16.9	15	20	328 00	322 00
Faber, Bleist.	1.1.	20	25	399 00	400 00
Fafnir Werke	1.10	5	—	—	337 00
FahlbergList	1.1.	15	25v	464 00	473 00
Falkust. Gard	1.7.	10	30	423 00	401 00
Fein-JuteG.S	1.1.	14	14	420 00	425 00
Feldm. Papier	1.1.	25	20	339 50	340 00
Felten & Guill.	1.1.	15	20v	566 00	572 75
Filt. u. Braut.	1.1.	12	18	388 00	386 00
Fränkbg. Portl	1.1.	6	25	—	—
Flensb. Schiff	1.1.	12	10	401 00	410 00
Flöth. Masch.	1.1.	12	12	601 00	600 00
Frkf. Chauss.	1.1.	0	10	97 00	97 00
do. Gas	1.1.	0	—	—	—
Frankonia	1.9.	15	30	380 50	363 50
Franst. Zuck.	1.9.	34	24	1030	1049
Freund Masch.	1.1.	5	10	290 50	273 00
Friedr. Kali.	1.1.	16	—	475 00	477 00
Friedrichsh.	1.1.	25	—	—	892 00
R. Frister A.G	1.1.	10	10v	247 00	242 00
Froeb. Zucker	1.5.	22	—	—	615 00
Gaggen. V. A.	1.7.	8	12	283 00	282 00
do. Ausm. Deutz.	1.7.	7	10	276 50	273 00
Gebhard & Co.	1.1.	12	15	350 00	326 00
Gebh. & König	1.1.	—	25	330 00	351 00
Geisw. Eisen.	1.1.	5	—	—	—
Gelsenk. Brg.	1.10	11	9	307 25	309 25
do. Guß. Mun.	1.10	5	15	[illegible]	375 00
Genschow	1.7.	10	8	[illegible]	318 00
Georg Marien	1.7.	1	8	435 00	438 00
GrbFrb. Renn	1.1.	18	12	468 00	480 00
Germ. Portld.	1.7.	18	20	319 75	321 00
Gerresh. Glas	1.1.	12	25	725 00	716 50
Ges. f. el. Unt.	1.1.	8	12	[illegible]	195 00
Giesel, Portl.	1.1.	8	30	365 00	368 00
Gildemeister	1.7.	22	—	—	—
Js. GirmesCo.	1.1.	22	25	—	334 00
Gladb. Schnel	1.1.	20	30	406 00	409 50
do. Woll-Ind.	1.1.	20	30	599 50	595 00
Gladenbeck	1.1.	12	—	—	208 00
Gl. M. Schalke	1.1.	20	70	883 00	888 00
Glauz. Zuck.	1.6.	25	—	665 00	670 00
Glockenstahl	1.1.	—	20	446 00	434 50
GbrGoedhart	1.1.	0	22v	745 00	759 50
Th. Goldschm	1.1.	12	20	659 50	651 50
Görl. Wagg.	1.7.	17	24	418 00	418 00
Goth. Wagg.	1.7.	15	20	521 00	515 00
Greppin. Wrk	1.1.	22	44	—	848 00
Grevenbr. Ma.	1.1.	15	—	—	—
Gritzn. Masch	1.1.	20	25	412 00	415 00
GrLichtf Bau	1.11	i. L.	7½	236 00	236 00
do. Terrain	1.1.	12	25	435 00	430 00
Gr. Strehl. Co.	1.1.	10	30	—	344 00
Grün & Bilfgr.	1.1.	8	10	298 00	304 00
E. Gundlach	1.1.	12	15	376 00	366 00
Alf. Gutm. M.	1.1.	28	33	561 00	558 00
Habm. & Guck	1.1.	9	10	282 00	289 00
Hackethal Dr	1.1.	20	20	339 00	340 00
Hagelberg, W	1.4.	0	20	284 00	281 00
Hall. Masch.	1.1.	85	35	730 00	720 00
Hmbg. El.-W.	1.7.	5	8⅓	169 00	170 00
Hammersen	1.1.	20	24	398 50	401 00
Hdisg. f. Grdb.	1.1.	0	—	—	—
Hd. Belleall.	1.1.	7	10	171 50	179 00
Hann. Immob	1.1.	9	9	—	—
do. MschEgest	1.7.	22½	30	770 00	740 00
do. Waggonfbr	1.10	20	20	401 00	401 00
Hb. WienGum	1.7.	10	24	490 25	494 25
Hb. Els. u. Br.	1.1.	42	46	—	1249
Hark. Bg. StP.	1.7.	6	16⅔	379 00	379 00
Hark. Brückb	1.1.	14	20	318 00	318 00
do. do. St.-Pr.	1.1.	15	21	—	390 00
Harpener	1.7.	5	12	425 25	457 25
Harim. S. Fb.	1.7.	8	18	412 00	411 75
Hasper Eisen	1.7.	10	20	—	—
C. Heckmann	1.10	0	44	580 00	574 00
Hedwigshütt.	1.4.	16	—	410 50	414 00
Heilm. Imm.	m T	0	—	499 00	500 00
Hein, Lehm.	1.1.	15	25	471 00	480 50
Heine & Co.	1.3.	25	25	308 00	303 00
Held & Franck	1.10	25	25	397 00	391 00
Hemmoor Cm	1.1.	15	15	390 00	400 00
Herm. Mühln.	1.1.	—	—	—	—
Hildebr. Mhl.	1.7.	9	9	259 75	250 00
Hilg. Verzink	1.1.	30	25	604 00	608 00
Hille-Werk.	1.1.	14	14	252 00	252 00
HilpertMsch.	1.1.	8	10	230 00	226 50
Hirsch, Kupf.	1.1.	18	12	300 00	330 00
Hirschb. Led.	1.1.	12	15	326 25	324 50
Höchst. Frbw.	1.1.	13	15	331 50	335 50
Hoesch, E. u. S	1.1.	10	15	423 50	424 37
Hoffm. Stärk.	1.7.	0	24	820 00	830 00
HohenloheW.	1.1.	20	10	296 00	291 25
Horch-Werk.	1.4.	5	—	233 00	235 50
Hotelbetr.-Gs.	1.11	8	6	311 00	328 00
do. Vrz.-Akt.	1.1.	15	15v	430 00	427 00
Hotel Disch	1.4.	5	5v	111 00	111 00
Howaldtsw.	1.1.	0	10	259 00	—
Höxt. Godelh.	1.10	12	20	333 00	338 00
Hubert. Brk.	1.1.	20	25	350 00	352 00
Humb. Msch.	1.1.	12	6	530 00	539 00
Humb.-Mühle	1.1.	5	—	265 00	270 00
Ldw. Hupfeld	1.7.	20	12	425 00	426 00
Hutschenr.	1.7.	20	20	320 00	325 00
Httw. Kayser	1.10	17	20	457 00	457 00
do. Nsch. Gbg.	1.1.	10	10	347 00	348 00
		20	20	310 00	303 00
Ilse, Bergbau	1.1.	10	22	473 00	450 00
Industriebau	1.1.	15	15	265 00	264 00
Jeser. Asph.	1.1.	24	35	560 00	565 00
do. Vrz.-Akt.	1.1.	5	12	117 00	120 00
John Akt.-G.	1.1.	12	12	230 00	236 00
M. Jüdel & Co.	1.1.	4	—	317 50	311 00
Jülich Zuckfb	1.7.	0	12	—	617 00
Junghans	1.1.	12	18	298 00	305 00
do. Vorz		—	—	114 50	114 50
Kahla Porzell	1.1.	25	35	604 00	594 75
Kahlbaum	1.10	25	25	625 00	630 00
Kaiser-Keller	1.1.	15	0	250 00	254 00
Kaliw. Aschsl	1.1.	30	10v	311 00	308 50
Kalker Msch.	1.7.	20	20	565 00	571 00
Kammerichw	1.1.	30	30	705 00	711 00
Kandelhardt	1.7.	—	8	—	—
Kapler Masch	1.1.	6	10	340 00	330 00
Karlsr. do.	1.7.	12	20	389 00	390 00
Kass. Federst	1.1.	15	25	585 25	584 00
Kattow Bergb	1.4.	25	20	264 00	265 00
KeulaEisenh.	1.7.	0	10	248 00	245 75
Keyl. & Thom.	1.1.	15	40	804 00	809 00
Kirchner & Co	1.1.	4	45	464 50	461 00
Kleinb. T. Brsl	1.1.	0	0	118 00	120 00
KochsAdlNm	1.1.	18	25	486 00	498 00
KoehlmStärk	1.10	18	18	428 00	430 00
Kohlendestill	1.4.	i. L.	i. L.	250 50	250 00
Kolb & Schüle	1.1.	25	—	—	—
Kolm & Jourd	1.5.	25	25	350 50	351 00
Köln-Neuess.	1.1.	22	30	584 50	679 00
Köln-Rottw.	1.1.	15	16	374 00	374 75
Köln. G. u. El.	1.1.	0	7v	152 50	147 00
do. Vorz.-A.	1.1.	—	9v	166 00	169 50
Kölsch Walzg	1.1.	15	—	—	815 00
König Wilh.	1.1.	25	90	690 00	690 00
do. do. St.-Pr.	1.1.	17	25	—	—
Königsb. Lag.	1.8.	6	—	204 75	207 00
Kön. Walzmü	1.1.	10	15	290 50	291 00
do. Zellstoff	1.4.	15	—	—	—
KönigsbornB	1.1.	12	20	—	—
KönigszPorz.	1.7.	15	25	844 75	836 00
Kont. Asph. A	1.1.	0	45	495 00	495 25
Kont. El. Nürn	1.4.	0	—	—	—
do. Vorz.-A.	1.4.	3	—	142 00	143 50
Kont. Wasser.	1.1.	4	—	135 00	135 00
Körbisd. Zck.	1.4.	8	—	—	—
Gebr. Körting	1.1.	15	15	268 00	266 00
KörtingsElek	1.4.	15	—	372 00	370 00
Köster Leder	1.4.	20	—	—	—
Kosth. Cellul.	1.1.	6	12	312 00	318 00
KraußLokom	1.1.	10	15	402 00	409 00
Krefeld. Stahl	1.1.	0	—	—	—
W. Krefft	1.7.	10	15	378 00	378 00
Kronprinz Mt	1.1.	15	25	890 00	899 75
Gbr. Krüg & C.	1.1.	15	15	394 50	394 50
KruschwZck.	1.7.	20	20	269 00	270 00
Kunz, Treibr.	1.1.	35	35	483 00	495 00
Kupf. Dtschl.	1.1.	10	10	320 00	319 00
Küppersb.	1.1.	15	15	374 00	378 00
Kyffhäuserh.	1.1.	6	8	—	270 00
Lahmeyer & C	1.4.	8	—	211 00	210 00
Lauchhamm.	1.7.	6	20	394 75	395 00
Laurahütte	1.7.	0	20	319 00	320 00
Leipz. Grd.-B.	1.1.	6	8	—	—
do. Gummiw.	1.1.	6	15	271 75	271 00
do. PianZimm.	1.7.	18	30	360 00	360 50
do. Werkzeug	1.1.	10	15	335 00	335 00
Leonh. Brnk.	1.7.	4	10	—	—
Leopoldsgr.	1.1.	10	12	380 00	370 00
Leopoldsh Ch	1.7.	6	25	610 00	610 00
do. St.-Pr.	1.7.	6	25	605 00	—
Leyk.-Jos. fK.	1.1.	15	—	—	—
Lichtenb. Ter.	1.1.	0	—	85 00	85 00
Linde's Eism.	1.1.	12	20	303 00	307 00
Lindenb. Stah	1.7.	15	15	451 00	435 00
C. Lindström	1.1.	20	20v	285 25	290 00
LingelSchuh.	1.7.	12	12	323 00	325 00
Lingnerwerk	1.1.	15	15	419 75	415 00
Linke-Hofm.	1.1.	28½	24	377 00	378 00
do Vorz.-Akt.	1.1.	4½	4½	—	—
L. Löwe & Co.	1.1.	18	24	383 00	388 00
H. Löhnert	1.1.	45	—	—	—
C. Lorenz	1.1.	20	—	480 00	485 00
Lth. Hüt.-Bw.	1.7.	0	12	420 00	414 00
do. Cement	1.1.	0	0	481 00	483 00
Luckau & Stef	1.1.	15	20	276 25	280 00
Lüdensch Mt.	1.5.	30	—	564 50	568 00
Lüneb Wachs	1.7.	10	20	529 50	529 50
G. Luther M.	1.7.	8	18	471 00	473 50
Magd. A. Gas	1.1.	7½	12	229 00	225 00
do. Bergw.-G.	1.1.	25	20	—	—
do. St.-Pr.	1.1.	25	20	—	—
do. Mühlen	1.10	15	18	340 00	333 00
C. D. Magirus	1.1.	14	12	249 00	253 00
Malmedie & C.	1.10	8	25	443 00	450 00
Mannesm.-R.	1.7.	8	20	590 50	586 00
Marie, ks. B. a.	1.7.	7	15	—	655 00
Mrh. in Kotz.	1.4.	17	—	330 00	331 25
„Mark" P.-C.	1.1.	25	35	799 75	794 75
Märk.-W. Bg.	1.1.	7	15	370 00	379 00
Markt- u. K.	1.1.	8	12	234 50	234 50
Masch. Baum	1.8.	17½	22	405 00	410 00
do. Breuer	1.1.	10	18	—	245 00
do. Vorz.-A.	1.1.	12	15	254 00	262 25
do. Buckau	1.1.	13	30	660 00	640 00
do. Kappel	1.7.	6	30	638 00	644 75
do. Maximil.	1.1.	8	20	361 00	369 00
M. Web. Lind.	1.1.	0	35	365 00	369 75
do. Sorau	1.10	20	20	454 50	457 00
do. Zittau	1.5.	26	—	461 00	455 00
F. Méguin & C	1.1.	18	—	455 00	465 00
MehltheuerT.	1.1.	31	20	334 00	326 50
H. Meinecke	1.1.	10	15	275 00	270 00
Merk. Wollw.	1.12	20	22	406 00	420 00
Dr. P. Meyer	1.1.	10	12v	248 00	250 00
Milow. Eisen	1.1.	0	—	42 00	36 50
Mimosa	1.1.	24	24	380 50	380 50
Mix & Genest	1.1.	7	15	344 00	355 00
Mühle Rünin	1.7.	25	22½	800 00	800 00
Mühl. Bergw.	1.1.	11	12	445 00	448 00
MüllerGumm	1.1.	15	15	289 00	293 00
Müll. Speisef.	1.1.	15	30v	—	—
Nat.-Autom.	1.1.	12	12	171 00	166 50
Nauh. säu. Pr.	1.1.	i. L.	o. D.	40 00	37 00
Neckarwerke	1.1.	5½	—	162 25	156 00
NeptunSchw.	1.1.	8	12	282 00	280 00
Neu-Finkenk	1.1.	o. D.	—	120 50	120 50
Neu-Grunew	1.7.	i. L.	o. D.	—	—
Neu Westend	1.7.	i. L.	o. D.	1210	1215
Niederl. Kohl.	1.4.	12	—	465 00	710 00
Niederschl. El	1.7.	2	6	154 50	154 50
Nitritfabrik	1.4.	16	—	310 00	310 00
Nordd. Cellul.	1.1.	4	—	—	—
do. Eiswerke	1.1.	14	20	413 00	413 00
do. Gummi	1.1.	8	0	180 50	180 00
do Jute-Sp. B.	1.1.	6	12	357 50	358 00
do. do. V. La. A.	1.1.	9	15	455 00	455 00
do. Lagerhaus	1.1.	i. L.	o. D.	550 00	510 00
do. Lederpapp	1.10	0	6	235 00	235 00
do. Steingut	1.4.	25	50	710 00	759 00
do. Tricotweb	1.5.	8	—	306 00	313 00
do. Wollkämm	1.1.	12	32	424 00	425 00
Nordpk. Terr	1.1.	i. L.	o. D.	—	—
Nbg. Herk.-W	1.10	16	20	329 00	330 00
Obschl. E.-B.	1.10	6	33⅓	299 75	295 75
do. Eisen-Ind.	1.1.	14	20	258 50	259 00
do. Kokswerk	1.1.	17	30	464 00	460 00
Odw. Hartst.	1.1.	12	20	381 00	381 00
Oeking Stahl	1.7.	6	20	430 00	421 00
Olfrb. Gr. Ger	1.4.	10	16	—	—
E. F. Ohles E.	1.7.	0	2½	251 00	236 00
Oppeln. Cem.	1.1.	12	30	357 00	354 00
Orenst. & K.	1.1.	16	31v	545 00	541 00
Osnabr. Kupf.	1.7.	10	15	400 00	383 00
Ottens. Eisw.	1.1.	10	15	290 50	292 00
Panzer	1.7	10	15	350 00	351 00
PassageA.-G.	1.1.	20	9	246 00	249 00
Peipers & Cie	1.7.	12	25	780 00	780 00
Pfersee Spin.	1.1.	12	18	—	—
Phönix Brgb.	1.1.	8	20	697 75	689 25
Jul. Pintsch	1.1.	15	20v	422 00	422 00
Plauen. Gard.	1.7.	25	45	674 00	670 00
do. Spitzen	1.7.	8	12	275 00	273 00
do. Tüll u. Grd.	1.7.	15	20	290 00	295 00
H. PögeElekt.	1.7.	17	17	245 00	251 00
Polyphonw.	1.1.	20	20	278 75	271 75
Pongs Spinn.	1.1.	20	20	356 75	365 00
Poppe & Wirth	1.1.	20	30	433 00	449 00
Porta-Union	1.1.	12	15	334 00	339 50
Preßsp. U.-S.	1.8.	12	30	765 00	—
Rasquin Frb.	1.7.	30	40	694 00	694 00
RathgeberW.	1.5.	14	—	435 00	437 00
Rauchw. Wlt.	1.1.	60	60	711 50	700 00
Ravensb. Sp.	1.1.	8	15	469 00	459 87
Reichelt Met.	1.1.	20	40	625 00	580 00
J. E. Reineck.	1.7.	12	20	350 00	354 50
Reisholz Pap.	1.7.	11	18	336 00	328 75
Reiß & Martin	1.1.	25	30v	690 00	681 00
Rheinf. Kraft	1.1.	0	0	—	—
Rhein. Braun.	1.4.	20	—	685 50	684 00
Rh. Chamotte	1.1.	25	75	—	196 00
do. Elektrizit.	1.8.	7	10	198 75	—
Rhein. Gerb.	1.1.	20	14	—	—
do. Metallw.	1.10	0	0	—	—
do. do. V.-A.	1.10	0	0	351 00	346 00
do. Möbelstoff	1.1.	20	30	416 00	429 00
do.-NassauB.	1.1.	12	40v	950	1025
do. Spiegelgl.	1.1.	25	60	649 50	651 00
do. Stahlwerk	1.7.	6	20	437 00	440 00
do.-Westf. I.	1.1.	6	7	253 00	261 00
do. do. Cem.	1.1.	15	25	419 50	418 00
do. do. Kalkw.	1.7.	7	25	580 00	—
do. do. Spreng	1.1.	12,8	12,8	280 00	270 00
RheydtElekt.	1.7.	10	10	422 00	410 00
Dav. Richter	1.4.	24	—	390 00	—
Riebeck Mont	1.4.	12	—	489 50	482 00
J. D. Riedel	1.1.	26	26	482 00	480 00
S. Riehm Sö.	1.10	15	35	305 00	500 00
Gebr. Ritter	1.1.	10	10	273 00	274 00
Rockstr. & S.	1.5.	14	—	432 00	428 00
Roddergr. Br.	1.1.	18	24	582 00	587 00
Rombach. H.	1.7.	0	12	336 00	330 00
Ph. Rosenthal	1.1.	30	50	643 00	640 00
Rositz. Braun	1.7.	5	10	401 00	395 00
do. Zucker.-R.	1.10	14	14	389 75	388 75
Rückforth	1.1.	15	25	520 00	520 00
Ruscheweyh	1.7.	8	12	249 00	230 00
Rütgerswerk	1.1.	12½	30	370 00	315 00
Sachsenwerk	1.1.	20	16	289 00	290 00
Sächs. B. Ptl.	1.1.	8	12	350 00	350 00
do. Cartonn.	1.1.	17½	20	315 00	312 00
do. Guss. Döhl.	1.7.	12	40	675 00	634 00
do. Kammg. V.	1.1.	14	20	468 00	460 00
do. Thür. Ptl. C	1.1.	12	20	349 00	342 00
do. Waggonf.	1.7.	35	25	495 00	490 00
do. Webstuhl.	1.7.	10	20	519 50	515 00
Saline Salzg.	1.1.	4	6	154 00	154 00
Sangerh. M.	1.10	15	20	898 00	885 00
Sarotti, Scho.	1.7.	20	40	1400	1435
G. Sauerbrey	1.7.	7	12	234 00	236 00
Saxonia Cem.	1.1.	6	16	304 00	302 00
O. F. Schaefer	1.1.	5	0	315 00	310 00
Schedowitz K	1.1.	35	47½	—	—
Schering Ch.	1.1.	18	25	580 00	607 00
do. Vrz.-Akt.	1.1.	4½	4½	91 00	—
Schiess & Co.	1.7.	0	8	269 50	261 00
Schles. Zinkh	1.1.	0	15	—	—
do. do. St.-P.	1.1.	0	15	—	—
do. Cellulose	1.7.	15	25	341 00	335 00
do. El. u. Gas B	1.1.	8	10	—	189 00
do. Lein. Krm	1.9.	18	20	186 00	181 00
do. Mühlenw.	1.1.	15	15	424 50	415 00
do. P. Cem. Gr.	1.1.	10	30	361 00	364 50
do. Textilw.	1.7.	18	20	315 00	325 00
Schlf. Schulte	1.7.	15	40	628 00	640 00
H. Schneider	1.1.	25	25	325 00	325 25
Schoeller-Eit.	1.1.	10	26	368 00	365 50
W A. Scholten	1.9.	15	18	—	—
Schomburg	1.10	40	40	750 50	770 00
Gebr. Schönd.	1.7.	0	0	269 50	268 00
Schönebeck	1.7.	4	25	426 00	432 00
Schönw. Porz.	1.1.	10	15	500 00	514 00
Herm. Schött	1.1.	12	40	475 00	475 00
Schrift. Huck	1.1.	6	8	225 50	230 00
Schub. & Salz.	1.4.	20	25v	468 25	468 25
Schuck. & Co.	1.10	8	10½	235 50	235 25
H. A. Schulte	1.1.	15	15	—	—
F. Schulz jun.	1.1.	25	25	370 00	370 00
Schwanebck.	1.1.	5	15	—	—
Schwelm. Eis.	1.7.	10	16	563 00	560 00
Seck Mühlb.	1.1.	8	10	390 00	390 00
G. Seebeck	1.7.	12½	25	350 00	349 75
Segall Stpfw.	1.1.	45	30v	345 00	344 00
Fr. Seiff. & Co.	1.1.	20	25v	562 00	562 00
Sieg.-Sol. Gß.	1.1.	8	15	275 00	279 00
Siemens Elkt.	1.10	0	0	120 00	122 00
Siemens Glas	1.1.	17	20	840 00	840 00
Siemens & H.	1.10	12	14	280 00	283 50
Simonius Cell	1.1.	0	20	380 00	—
SinnerB. u. Pr.	1.7.	12	12	430 00	420 00
Sond & Stier	1.7.	6	15	264 50	267 00
I. O. Spinn & S.	1.4.	10	—	320 50	320 00
Spinn. Renner	1.1.	10	15	408 00	408 00
Sprengst. Cb	1.1.	13,6	13,6	—	—
Stadtb. Hütte	1.7.	6	9	270 00	260 00
Stahl & Nölke	1.7.	15	12	588 00	—
Stahnsd. Terr	1.1.	0	0	74 50	73 00
Staßf. Ch. Fb.	1.7.	6	30	574 00	570 00
Steaua Rom.	1.1.	20	—	905 00	965 00
SteingColditz	1.1.	26	36	727 25	739 00
Stett. Bred. C.	1.1.	8	—	—	—
do. Cham. D.	1.1.	12	20	560 00	581 00
do. Elekt.-W.	1.7.	7	7	132 00	132 00
do. Vulkan	1.1.	8	12	345 50	349 00
R. Stock & Co.	1.10	15	25	329 50	330 00
H. Stodiek & C	1.11	15	17	435 00	—
Stöhr & Co. K.	1.1.	20	35	644 00	649 00
Stoew. Nähm.	1.1.	41	25	420 00	422 00
StolbergerZk	1.1.	20	30	420 00	419 50
Gb. Stollwerk	1.1.	—	—	140 00	139 00
Strals. Spielk	1.7.	16⅔	16⅔	785 00	795 00
Stuhlf. Goss.	1.7.	10	150	270 00	265 00
Sturm A.-G.	1.10	10	15	334 00	330 50
Südd. Immob.	1.1.	0	0	82 62	82 00
Tafelglas	1.5.	40	—	630 25	642 00
Tecklb. Schiff	1.1.	18	25	582 00	571 00
Tel. J. Berlin	1.7.	6	15	336 00	330 00
Telt. Kanaltr.	1.1.	oDb	—	90 50	90 00
Tempelh. Feld	1.7.	0	0	94 00	97 00
Terra A.-Ges.	1.6.	30	—	483 00	483 00
Terr. Hohz.-K	1.7.	0	0	123 00	122 00
do. N. Bot. G.	1.1.	oDb	—	—	—
do N.-Schönb	1.1.	4	0	143 50	143 50
do. Nordost	1.1.	0	0	—	—
do. Südwest.	1.7.	i. L.	oDb	—	—
do. Witzleben	1.1.	i. L.	oDb	—	—
Teut. Misburg	1.1.	5	15	395 00	395 00
Thale Eisenb.	1.1.	80	50	820 00	820 00
Fdr. Thomée	1.7.	10	20	540 00	—
ThörlsV. Oelf.	1.1.	12	25	660 50	670 00
Thr. Bleiweiß	1.11	14	24	435 50	443 50
Thür. Nadelf.	1.7.	8	10	217 50	216 50
do. Salinen	1.1.	5	7	174 00	165 00
Leonh. Tietz	1.1.	10	—	158 00	160 00
Tittel & Krüg.	1.1.	10	10	635 00	639 00
Trachb. Zuck.	1.7.	7	14	690 00	650 00
Triptis A.-G.	1.1.	12	16	376 00	380 00
Tuchfb. Aach.	1.10	20	25	325 25	334 00
Tüllfbr. Flöha	1.4.	20	20v	379 50	385 00
Türk. Tab.-R	1.3.	—	—	1070	1060
Union F. ch. P.	1.10	7	12	484 00	485 00
do.-W. Masch.	1.2.	15	—	280 00	291 00
do. Gießerei	1.1.	25	20	335 00	330 00
U. d. Lind. Bau	1.1.	0	i. L.	—	—
Unterh. Sp.	1.1.	8	15	—	—
Varz. Papierf.	1.1.	15	40	572 00	586 50
Vr. Brl. F.-G.	1.1.	15	15	272 00	270 00
V. BrlMörtlw.	1.1.	0	0	169 50	172 50
V. Chm. Chrlb.	1.7.	20	20	596 00	599 75
do. Dt. Nickel	1.4.	22	—	621 00	610 00
do. Dtsch Petr	1.1.	0	0	250 00	240 25
do. Flanschfb.	1.1.	17	22	—	—
do. Glzst. Elbf.	1.1.	20	20	—	1195
do. Gothania	1.1.	20	20	297 50	295 00
do. Kohl. A. G.	1.1.	14	—	—	—
do. K. Troitsch	1.1.	20	35	483 00	—
do. MärkTuch	1.1.	20	20	—	335 00
do. Metw. Hall	1.1.	12	30	410 00	395 00
doNrd. Sd. Spr	1.10	20	34	725 00	738 00
do. Pinselfabr	1.10	30	25	386 00	380 50
do. Prtl. Schim	1.1.	15	25	335 00	335 00
do. Schmirgel	1.4.	35	40	540 00	548 00
do. SchuhB. W	1.1.	18	18	295 00	298 50
do. Smyrn.-T.	1.1.	12	15	285 00	289 00
do. Thür. Met.	1.7.	30	30	630 25	630 00
do. Ultramar.	1.1.	10	10	429 75	430 00
do St. Zyp. u. W	1.7.	0	30	1019	1014
Viktoriawrk.	1.10	10	22	358 00	351 00
VogelTel.-Dr	1.10	18	35	444 00	444 00
Vogt & Wolf	1.9.	10	10	—	—
VogtldMasch	1.7.	20	18	268 50	266 00
do. do. Vorz.	—	—	6	—	110 50
do. Tüllfabrik	1.1.	34	25	318 00	315 00
Volkstä. Porz	1.1.	16	18	325 00	325 00
Vorw. Biel. Sp	1.1.	4	10	285 00	277 00
Vorwohl. Prtl	1.1.	12	25	459 00	449 50
Wander. Wrk.	1.10	20	35	511 00	514 00
Warstein. Gr.	1.7.	10	30	436 00	445 00
WassGelsenk	1.1.	8½	8½	190 25	191 00
Wegelin Ruß	1.7.	27	30	399 00	400 00
Wegel & Hübn	1.1.	7	18	298 00	292 00
Wenderoth	1.7.	11	13	368 00	360 00
Wernshausen	1.1.	23	35	720 00	727 00
do. Vrz.-Akt.	1.1.	24	36	—	—
Wersch. Weiß	1.4.	11	—	—	559 00
Weser A.-G.	1.1.	10	10	301 00	301 00
Wessel Porz.	1.1.	8	15	399 00	400 00
WesselSchuh	1.8.	18	18	298 00	309 50
Westdeut. Jut	1.1.	7	10	455 00	455 00
Westereg. Al.	1.1.	35	—	461 00	467 00
do. Vrz.-Akt.	1.1.	4½	—	102 00	102 50
Wf. Drht. Hm.	1.7.	5	10	250 00	250 50
do. Eis. u. Drht	1.7.	0	20	352 00	355 00
do. Kupfer	1.7.	12	16	439 00	494 00
Westl. Boden	1.1.	i. L.	o. D.	400 00	400 00
Weyers. Ksch.	1.7.	12	30	381 00	373 50
Wicking Prtl.	1.1.	25	22	404 00	404 75
Wiel. & Hrdtm	1.8.	7	10	370 00	350 00
Wiesloch Ton	1.1.	4	16	439 00	439 00
Wilhelmshütt	1.7.	10	20	270 00	286 00
Wilke Dpfk.	1.4.	28	65	604 00	610 00
Wissner, Met.	1.7.	25	40	742 00	740 00
WittenerGlas	1.1.	i. L.	—	—	—
do. Gußstahl	1.7.	15	30	—	—
Wittkop Tief.	1.9.	15	20	436 00	435 00
Wrede, Mälz.	1.9.	7	7	270 00	255 00
Wunderlich	1.11	10	24	531 00	520 00
Zeitz. Masch.	1.7.	40	35	965 00	960 00
Zellstoff-Ver.	1.7.	18	20	320 25	320 25
Zellst. Waldh.	1.1.	0	25v	479 00	476 25
Zwick. Masch.	1.5.	15	—	402 00	404 50

Chefredaktion: Rudolf Cuno. — Verantwortliche Redakteure: Für Innere Politik: Carl Karsten. Für Auswärtige Politik: O. G. v. Wesendonk. Für das Feuilleton: Otto Gysae. Für den Volkswirtschaftlichen Teil: Otto König. Für den Börsenteil: Gustav Wehnert. Für den lokalen Teil: Dr. Rudolf Brock. Für den Sportteil: Jens v. Egan-Krieger. Für den übrigen Teil des Blattes: Dr. Hans Simon. Für den Anzeigenteil und Geschäftliche Mitteilungen: Paul Doß. Sämtlich in Berlin.
Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30-32